

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Wochenzeitung: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungszetteligen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (jetztgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Mehr über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzess für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Mai 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Flottenverein und Panzerplatten-Patrioten.

Dem deutschen Flottenverein war unlängst von einer Reichskorrespondenz vorgeworfen worden, daß er, der so heuer redselig Propaganda für Flottenbauten macht, sich auch einmal ein wenig näher mit den Panzerplatten-Patrioten und deren Bewucherung des deutschen Volkes beschäftige. Der Flottenverein hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, sich an die Firma Krupp mit der Bitte um Aufklärung darüber zu wenden, was es denn eigentlich mit der Ueberzeugung der deutschen Regierung aus sich habe, die den Panzerplattenfabrikanten, speziell der Firma Krupp, seit Jahren vorgeworfen werde. Er ersuchte speziell um Beantwortung folgender vier Fragen:

1. Ob die Firma Krupp den Vereinigten Staaten Panzerplatten zu billigerem Preise geliefert habe als an Deutschland?
2. Ob es richtig sei, daß die Firma Krupp zur Herabsetzung der Panzerplattenpreise erst durch die Verhandlungen der Budgetkommission im März 1901 benothen worden sei?
3. Ob die Behauptung zutreffend sei, daß die Firma Krupp an die deutsche Marine noch zu höheren Preisen geliefert habe, als bereits in Amerika die Preise herabgesetzt gewesen seien?
4. Ob das Herabgehen der Preise in Amerika die Veranlassung gewesen sei, daß die Firma Krupp auch ihrerseits niedrigere Preise gestellt habe?

Diese Fragen hat die Firma Krupp folgendermaßen beantwortet:

- ad 1. Sie habe überhaupt niemals Panzerplatten an Amerika geliefert, nicht einmal solche angeboten.
- ad 2. Sie habe dem Reichsmarineminister bereits am 23. Juni 1900, also wenige Tage nach der Annahme des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900, die Bereitwilligkeit erklärt, eine erhebliche Herabsetzung der Preise einzutreten zu lassen. In der Budgetkommission sei die Angelegenheit erst acht bis neun Monate später, nämlich am 2. März 1901 zur Sprache gekommen.
- ad 3. Die Firma Krupp habe die Herabsetzung der Preise nicht nur sofort angeboten, sondern nachher auch auf die ihr schon vertragmäßig zu bestimmten Preisen übertragenen Lieferungen, soweit sie noch nicht abgewickelt gewesen seien, einen Nachlaß gewährt.
- ad 4. Die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär der amerikanischen Marine und den dortigen Panzerwalzwerken hätten erst im September 1900 begonnen, also gleichfalls erst mehrere Monate, nachdem die Firma Krupp dem Reichsmarineminister eine Preisermäßigung angeboten habe. Die amerikanische Preisermäßigung sei übrigens darauf zurückzuführen gewesen, daß an die Panzerwalzwerke auf einmal ein Quantum von 37 000 Tonnen in Auftrag gegeben worden sei, das Jahreslieferungen enthalten habe, hinter denen die deutschen Jahresraten auch nach dem neuen Flottengesetz erheblich zurückgeblieben seien. Im übrigen sei es ein Unbding, von Panzerplattenpreisen an und für sich zu sprechen. Die Hauptrolle bei der Preisfestsetzung spielen die gestellten Anforderungen, die in den beiden Ländern bekanntlich nicht dieselben seien.

Was diese Fragen und Antworten anlangt, so ist zunächst zu bemerken, daß die Frage 1 ganz überflüssig war. In der Budgetkommission sowohl wie in den Plenardebatten am 7. März 1901 wurde ausdrücklich erklärt, so z. B. von dem die Firma Krupp angreifenden Abgeordneten Müller-Fulda, daß kein Mensch behaupten wolle, daß die Firma Krupp Panzerplatten an Amerika geliefert habe. Diese Panzerplatten seien vielmehr von amerikanischen Firmen geliefert worden. Ein Vergleich zwischen diesen Panzerplatten und denen der Firma Krupp sei deshalb angebracht, weil die Panzerplatten nach dem Krupp'schen Verfahren hergestellt worden seien, weshalb die amerikanischen Werke an die Firma Krupp pro Tonne eine Lizenzgebühr von 100 M. zu zahlen hatten.

Zu der Antwort auf die Frage 2 sei folgendes festgestellt: In der Reichstags-Sitzung vom 7. März 1901 erklärte der Staatssekretär des Reichsmarineminister v. Tirpitz, daß zwar Verhandlungen bezüglich einer Preisreduktion mit der Firma Krupp schwanden, daß dieselben aber noch zu keinem Abschluß gelangt seien. Nur soviel könne er mitteilen, daß die Firma Krupp sich erboten habe, den Preis pro Tonne um 150 Mark zu ermäßigen, wenn ihr eine Jahreslieferung von wenigstens 6000 Tonnen zugesichert werde. Die amerikanischen Panzerplatten aber wurden damals bereits zum Preise von 1900 Mark geliefert, während die Firma Krupp sich bisher 2320 Mark pro Tonne hatte zahlen lassen. Krupp wolle also immer noch 270 Mark mehr haben als die amerikanischen Panzerplattenfabrikanten, trotzdem diese doch noch 100 Mark pro Tonne Lizenzgebühr an die Firma Krupp zu zahlen hatten! Es handelte sich also immer noch um eine Ueberzeugung und Bewucherung Deutschlands durch die Kanonenfirma!

Zu der Antwort auf Frage 3 ist zu bemerken, daß der Abg. Müller-Fulda als Berichterstatter der Kommission in seiner Antwort auf die Rede des Herrn v. Tirpitz ausdrücklich konstatierte, daß sich die Firma Krupp die 100 Mark

mehr auch dann noch hat bezahlen lassen, nachdem das Flottengesetz zu Stande gekommen war und sich ihr damit Ausfluchten auf große Lieferungen eröffneten. Für die Lieferungen im März und April des Jahres 1900 und die im Laufe des ganzen Etatsjahres erfolgten Lieferungen sei ein billigerer Preis nicht eingetretten! Nach wie vor seien 2320 M. pro Tonne gezahlt worden, während die amerikanische Regierung bereits seit August 1900 nur 1900 M. bezahlt habe!

Zu der Antwort auf Frage 4 erklärt zwar die Firma Krupp, daß den amerikanischen Panzerplattenfabrikanten auf einmal das Quantum von 37 000 Tonnen in Auftrag gegeben worden sei, sie verschweigt aber, daß diese Lieferung sich auf 5 Jahre verteilte, daß also die Jahreslieferung nicht ganz 7500 Tonnen betrug. Ferner behauptet die Firma Krupp, daß das deutsche Jahresquantum erheblich hinter dem amerikanischen Jahresquantum zurückgeblieben sei. So lange uns nicht die Firma Krupp bestimmte Zahlen angibt, gestatten wir uns, diese Behauptung in Zweifel zu ziehen.

So viel über die Bewucherung des deutschen Volkes durch die Firma Krupp bis zum März 1901. Später erklärten sich dann die Panzerpatrioten bereit, auch ihrerseits den Panzerplattenpreis auf 1920 M. zu reduzieren, wenn ihnen sämtliche Panzerplattenlieferungen bis zum Jahre 1907 übertragen würden. Daß aber selbst bei diesem Preise die Panzerplattenfirmen ganz ungeheuerliche Profite machten, das konstatierte damals die „Königliche Volkszeitung“. Sie schrieb:

Die maßgebenden Personen dürften sehr wohl wissen, daß die seitler mit 2320 M. pro Tonne bezahlten Platten den Herstellern nur 950 bis 1000 M. pro Tonne kosten und daß, selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1920 M. erreichen, den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Proz. auf die Herstellungskosten berechnet bleiben würde. Glaubt nun das Reichsmarineminister wirklich, unter allen Umständen teurer fabrizieren zu müssen, und womit will es diese Ansicht begründen? Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konsortium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1908 ab gleiche Qualität Niederdruck-Panzerplatten zu 1550 M. pro Tonne, also 770 M. billiger als seither an die Lieferanten bezahlt worden, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teiles der künftigen Lieferung gegeben werde. Diese Offerte scheint auch zur Kenntnis der selbstergebenen Privilegierten gekommen zu sein. . . Damit (mit der oben erwähnten Uebertragung sämtlicher Lieferungen bis zum Jahre 1907) soll der Entschluß eines neuen Werkes der Boden entzogen werden, da dieses dann auf Jahre hinaus von allen Lieferungen für das Reich ausgeschlossen sein würde. . .

Alles das beweist, welche fabelhaften Summen unsere Panzerplattenpatrioten an unserem Marinismus verdienen. Und der deutsche Flottenverein, der das, was wir soeben konstatierten, mit leichter Mühe den Erklärungen der Firma Krupp gegenüber selbst hätte feststellen können, hätte alle Ursache, wenn er denn wirklich einmal von der Notwendigkeit einer starken Flotte überzeugt ist, darauf hinzuwirken, daß die Flottenlieferungen möglichst verbilligt werden, denn je billiger geliefert wird, desto mehr Schiffe können ja gebaut werden! Da aber freilich hinter dem Flottenverein die Flotteninteressenten und Panzerplattenpatrioten selbst stecken, kommt es dem Flottenverein besonders darauf an, daß möglichst viel Milliarden für den Bau von Panzerschiffen verpulvert und in die Taschen der Flotteninteressenten geleitet werden. Die „Wehrkraft des Reiches zur See“ ist manchen dieser Herren nur Mittel zum Zweck!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai.

#### Reichstag.

Von den Petitionen, über die der Reichstag am Freitag beschließen sollte, wurden angefangs der Beschlußfähigkeit diejenigen, welche Befähigungsnachweis und Lehrlings-Ausbildung, Eheerzgerjur, Stilllegung von Kohlenzechen usw. betreffen, wiederum von der Tagesordnung abgesetzt. Nur eine bedeutende Petition kam zur Verhandlung: die Bitte der Kreisynode Berlin II um Unterdrückung der schlechten Literatur- und Kunstzeugnisse. Die Herren Pastoren hatten sich schrecklich darüber geboht, daß der „Simplicissimus“-Künstler einen von ihnen in die Baden gefahren war und den Die. Weber wegen seiner Rede auf dem Rührer Unstillschleisskongress als eine „gradentriessende Schöpfenteule“, eine „evangelische Unschlitzkerze“ und einen „gottseligen Weltbesteuerer“ vernehmlich angebeißt hatte. Flugs forderten sie vom Reichstag schärfere Strafgesetze gegen die unsittliche Literatur, insbesondere gegen die Witzblätter. Die katholischen Dunkelmänner fanden sich in edlem Bunde mit ihnen zusammen. Herr Koeren vom Zentrum war der erste, der den Heinge-Heigen dieses Tages eröffnete. Er sprach mit einer gewissen Vorsicht: die Obstruktion vom Frühjahr 1900 scheint ihm noch in den Gliedern zu liegen. Mit einer Absichtlichkeit, die freilich verständig und wirkte, stellte er für sich und die Petenten jede Absicht eines Angriffs auf Kunst und Wissenschaft in Abrede; er streute sogar ein paar anerkennende Worte an die Adresse der sozialdemokratischen Presse ein; nach seiner Behauptung sollen allein die Kolportage-Literatur und sonstiges Zeug, über dessen negativen Wert volle Einstimmigkeit herrscht, getroffen werden. Aber noch vor Tisch, will

sagen vor Sitzungsschluß las man es anders: der alte ultramontane Jurist Koeren wurde von dem jungen antifemistischen Juristen Vattmann süßen gestraft, der den Haß der Dunkelmänner gegen den „Simplicissimus“ mit fast rührender Offenheit zum Ausdruck brachte. Herr Vattmann ist ein wahrer Christ; er tut denen wohl, die er hasst; der von ihm so brünstig verabscheuten Linken bereitet er ein paar köstliche Minuten, indem er das oben erwähnte Spottgedicht des „Simplicissimus“ auf den Vicentiaten von München-Cladbach verlas und die Wirkung der satirischen Verse durch die salbungsvolle Entrüstung, mit der er sie begleitete, in ebenso ungewollter wie ausgiebiger Weise steigerte. Die Genossen Heine und Stadthagen geißelten die Sittlichkeitsheuchelei der geschorenen und geschickelten Moralpaffen mit verdienter Schärfe und gutem Humor; von nationalliberaler und von freimüthiger Seite schloß man sich ihren Ausführungen an; aber die alte Heinge-Wehrheit, von der sich nur der Graf Reventlow abspaltete, konnte sich das Vergnügen nicht versagen, die Witzschrift der Berliner Synode dem Reichstagskanzler „zur Erwägung“ zu empfehlen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 18. Mai.

#### Zentrum und Bergarbeiterschut.

In der „Germania“ ist zu lesen: „Für uns vom Zentrum ist die Stellung zur Bergarbeiterschutnovelle klar vorgezeichnet durch unser bisheriges Verhalten. Die Regierungsvorlage ist das Minimum, was wir für jetzt als Bergarbeiterschut absolut verlangen müssen; also auch den sanitären Maximalarbeitsstag von acht Stunden. Im Reichstage ist uns diese Sache sicher. Daher setzen wir auch den kommenden Dingen ziemlich ruhig entgegen.“

So klar und bestimmt hat sich das Zentrum in letzter Zeit noch niemals ausgesprochen. Nur läßt diese Aeußerung noch immer vermischen, wie das Zentrum zu verfahren gedenkt, um mindestens die Vorschläge der preussischen Regierungsvorlage unter allen Umständen zum Besche zu machen. Wird es zu den Abg. Erzberger angefinstigten Anträgen seine Unterschriften geben und dann dafür sorgen, daß deren Verhandlung im Reichstage schleunigst erfolgt?

Die „Königliche Volkszeitung“ besetzt noch immer die Methode des Drumherumredens. Sie schreibt:

Es ist wenig wahrscheinlich, daß bei der zweiten Lesung eine Verständigung herbeigeführt wird. Dann bliebe nur noch die Möglichkeit, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung eine solche zustande käme. In der Hauptfrage wird es darauf ankommen, wie die Konservativen sich verhalten. Die Regierung hat denselben durch ihre Offizialen jetzt oft und deutlich genug vor Augen gehalten, welche Folgen ihr fortgesetzter Widerstand gegen dieses soziale Reformwerk haben müßte. Nicht nur das Ansehen der preussischen Regierung, sondern auch das der konservativen Partei müßte gewaltig darunter leiden, wenn infolge Verweigerung des Abgeordnetenhauses die notwendige Reform der Berggesetzgebung von Reichswegen durchgeführt würde. Die Konservativen mögen vielleicht darauf rechnen, daß Graf Bälow sich nur schwer dazu entschließen dürfte, die Hälfte des Reiches gegen Preußen in Anspruch zu nehmen. Das ist zweifellos der Fall. Andererseits aber hat Graf Bälow den Bergarbeitern gegenüber sich so stark engagiert, daß er nicht mehr zurückgehen kann. Vom sozialen Gesichtspunkte aus könnte es nur erwünscht sein, wenn der Reichstag die Sache in die Hand nähme, weil dann jedenfalls ein besseres Gesetz zustande käme, als es vom preussischen Landtage zu erwarten ist; aber dem preussischen Staatsinteresse wäre jedenfalls wenig damit gedient, wenn das Gesetz Preußen vom Reichstage aufkotroliert werden müßte.

Was bedeutet: Verständigung? Die Leute, die der Verständigung das Wort reden, haben darunter bisher nur immer an ein Nachgeben der Regierung gedacht. Und tatsächlich hat ja die Regierung mindestens den sanitären Arbeitstag längst preisgegeben, so daß ein Gesetz, das der Regierungsvorlage entspricht, vom Landtage unter keinen Umständen zu erwarten ist. Darüber besteht nicht der geringste Zweifel mehr. Hat also das Zentrum den ehrlichen Willen, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um mindestens ein der Regierungsvorlage entsprechendes Gesetz zu schaffen, dann ist das Gerede von einer Hoffnung auf Verständigung überflüssig. In der Frage des Arbeitstages ist die „Verständigung“ schon erfolgt. Das Zentrum kann nur noch vom Reichstage die Wiederherstellung der Regierungsvorlage erlangen. Da muß aber schnell gehandelt werden, ehe die weiter erhoffte „Verständigung“ zwischen Regierung und Landtag das Eingreifen der Reichsgesetzgebung unmöglich macht. —

#### Deutsches Reich.

##### Militär-Pensionsgesetz.

Die Budgetkommission des Reichstages seht am Freitag die Spezialberatung fort, und zwar beim § 9: Pensionsfähiges Dienstverdienst. Als solches soll nach der Vorlage gelten: das etatsmäßige Gehalt, Wohnungsgeldzuschuß, der pensionsfähige Wert freier Dienstwohnungen, der mittlere Gehalt der Klassen A 1 und 2 für Offiziere vom Brigadefeldkommandeur aufwärts; für die übrigen Offiziere der Klassen A, 1-3; für Offiziere vom Regimentkommandeur aufwärts eine Durchschnittsbildung von 500 M.; die Dienstzulagen für Offiziere vom Brigadefeldkommandeur aufwärts, bei den Leutnants der Wert der Berechtigung der Teilnahme am gemeinsamen Offiziersklub und der Aufnahme in das Lazarett. Der ein Einkommen von 12 000 M. übersteigende Betrag soll nur zur Hälfte als pensionsfähig angerechnet werden. Abg. Erzberger (Zentr.) beantragte, auch die Bezüge über 12 000 Mark voll als pensionsfähig anzurechnen, gemäß den Reichstagsbeschlüssen zum Pensionsgesetz für Reichsbeamte, Abg. Graf



**Oriola** will diesen Antrag nur deshalb annehmen, weil bei den Reichsbeamten eine ähnliche Bestimmung besteht. Sonst habe er aber keine Lust, den Generalen mit ihren hohen Gehältern so hohe Pensionen zu bewilligen, zumal bei den unteren Beamten- und Militärschichten Bedürftigkeit, ja Not bestehe. Durch den Antrag Erzberger werde der Pensionssatz um etwa 400 000 M. erhöht. Abg. **Gradnauer**: Durch den gestrigen Kommissionsbeschluss zu § 4 (Verschlechterung durch das Amendement Mugdan) ist die freundliche Stellung der Sozialdemokratie zur Aufbesserung der Pensionen der unteren Offiziersgrade sehr ersichert worden. Durch die Ablehnung der erst vom Zentrum selbst gestellten, dann aber mit seiner Hilfe wieder befestigten Forderung, daß zu einer Pensionierung stets ein Gutachten der Ärzte erforderlich ist, sei von der Kommission geradezu sanktioniert worden, daß die Militärverwaltung das Recht habe, ohne jedes Attest Offiziere auch schon vor Vollendung des 80. Lebensjahres zu pensionieren. Die Sozialdemokratie müsse sich daher ihre endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vorbehalten, wie sie auch keineswegs geneigt sei, bei den höheren Offizierschichten 20 Sechzigstel des Dienstverdienstes als Grundlage des Pensionbetrages zu bewilligen, statt 15 Sechzigstel. Ebenso fehle jeder Nachweis der Notwendigkeit, die Entschädigung für Vurschen von dem jetzigen Satz von 300 M. auf 500 M. zu erhöhen. Völlig unannehmbar sei die Forderung, den zur Aufnahme in das Lazarett berechtigten Offizieren statt 15 M. 100 M. anzuzurechnen; das selbe gelte für die 108 M. in Beziehung auf den gemeinsamen Offizierschaft. Wundern müsse er sich über das Zentrum, das bei der Generaldiskussion sich gegen die Pensionserhöhungen bei den hohen Gehaltschichten ausgesprochen habe, jetzt aber auf einmal weit über die Regierungsvorlage hinausgehe. Die Sozialdemokratie könne nicht zustimmen, daß dem Major auswärts so große Erhöhungen des dienstfähigen Einkommens und der Pensionen eintreten; dagegen verlange die Sozialdemokratie, daß beim Mannschafts-Pensionsgesetz bedeutende Erhöhungen vorgenommen werden müssen. Dort seien die Notleidenden. Soll aber diesen etwas Ordentliches geboten werden, dann ist es auch schon wegen der Finanzlage einfach ausgeschlossen, die Pensionen der Offiziere mit hohen Einkommen zu steigern. Die Bestimmungen im Reichsbeamten-Pensionsgesetz können nicht in Betracht gezogen werden; außerdem erstrauten sich die hohen Offiziere ohnehin schon großer Vergünstigungen. Den über 12 000 M. hinausgehenden Betrag an Einkommen pensionfähig zu erklären, ist eine soziale Ungerechtigkeit sondersgleichen. Sei den unteren Chargen werde nur minimales geboten, und oben sollen trotzdem Erhöhungen eintreten, die außerordentlich sind, z. B. beim Divisions-Kommandeur nach 37 Dienstjahren um 773 M., also von 10 819 auf 11 592 M., beim Brigade-Kommandeur nach 33 Dienstjahren um 1000 M., d. h. von 7608 auf 8608 M., beim Regiments-Kommandeur nach 30 Jahren um 825 M., von 5487 auf 6312 M., beim Oberleutnant nach 27 Jahren um 1022 M., von 4354 auf 5376 M., beim Major nach 25 Jahren um 908 M., von 3507 auf 4413 M. Gegen solche Pensionserhöhungen wende sich die Sozialdemokratie ganz entschieden. Er beantrage daher auch, daß im § 9 festgelegt werde, daß Dienstverdienst, die höher als 12 000 M. sind, nur bis zu dieser Grenze pensionfähig sind.

General **Vallet de Varees** trat für Erhöhung der Vurschenentschädigung ein, weil heute 300 M. für einen Vurschen nicht mehr ausreichen und der Offizier einen Anspruch auf Verbeihung habe. Abg. **Vesche** (Soz.) wandte sich gegen das künstliche Hinaufschrauben des Einkommens und der Pension. Der Kriegsminister gab den etwas künstlichen Aufbau an manchen Stellen zu und trat für den Antrag Erzberger ein. Sonst könnte es vorkommen, daß ein Oberpräsident trotz seines niedrigeren Dienstverdienstes mehr Pension erhält als ein kommandierender General; ein Regierungspräsident mehr als ein Divisions-Kommandeur. Schatzsekretär **Stengel** gab zu verstehen, daß der Antrag Erzberger von der Regierung ausgegangen ist. Die eigentümliche geschäftliche Lage bei der Behandlung von Reichs-Gesetzesvorlagen bringe es mit sich, daß die verbündeten Regierungen im Bedarfsfälle ihre eigenen Vorlagen nicht selbst amendieren können. Sie müssen deshalb eventuell notwendige Amendements einem Reichstags-Abgeordneten in die Tasche stecken, damit sie dieser als Antrag einbringe. Das sei übrigens ein offenes Geheimnis. Abg. **Erzberger** verteidigte nochmals „seinen“ Regierungsantrag.

Die Abstimmung über § 9 wurde vorläufig ausgefällt und zur Beratung des § 6: Betrag der Pension geritten. Die Regierungsvorlage fordert, daß die Pension bei vollendeter zehnjähriger oder kürzerer Dienstzeit jährlich 20 Sechzigstel des zuletzt bezogenen Dienstverdienstes beträgt; sie steigt nach vollendeter zehnjähriger Dienstzeit mit jedem weiteren Jahre um 1 Sechzigstel bis auf 45 Sechzigstel.

Ein Antrag **Gradnauer** und **Genossen** will die Pensionsätze wie folgt festlegen:

Die Pension beträgt bei einer Dienstzeit von weniger als zehn Jahren jährlich 20 Sechzigstel des zuletzt bezogenen pensionfähigen Dienstverdienstes. Sie beträgt bei vollendeter zehnjähriger Dienstzeit für Leutnants und Oberleutnants 25 Sechzigstel, für Hauptleute zweiter und erster Klasse 20 Sechzigstel, für Offiziere vom Bataillons-Kommandeur auswärts 15 Sechzigstel und steigt mit jedem weiteren Dienstjahre um 1 Sechzigstel bis auf 40 Sechzigstel des zuletzt bezogenen pensionfähigen Dienstverdienstes. Die Mindestpension eines höheren Ranges darf nicht hinter der Höchstpension des zunächst niederen Ranges zurückbleiben.

Das Zentrum beantragte diese Fassung:

Die Pension beträgt in Stellen vom Bataillons-Kommandeur einschließlich abwärts bei vollendeter zehnjähriger oder kürzerer Dienstzeit jährlich 50 Proz. und steigt innerhalb der nachfolgenden 15 Dienstjahre mit jedem weiteren Dienstjahre um 1 Proz. und von da ab mit jedem weiteren Dienstjahre um 1/2 Proz. bis auf 75 Proz. des zuletzt bezogenen pensionfähigen Dienstverdienstes.

Abg. **Graf Oriola** will in einem Antrage ebenfalls mit 50 Proz. beginnen lassen, dann bis zum 30. Dienstjahre um 1 Proz., von da ab um 1/2 Proz. bis 75 Proz. die Pension steigen. **Graf Oriola** erklärte, auch sein Wunsch sei es, die unteren Chargen aufzubessern, da diesen die Regierungsvorlage keine entsprechende Versorgung biete. Bezüglich des Antrages Erzberger habe er Bedenken, da dieser Antrag eine Anzahl Offiziere schlechter stelle. Abg. **Gradnauer**: Die Anträge können zunächst nur die Tendenz der Antragsteller feststellen. Der Zentrumsantrag gehe auch bei den unteren Offizierschichten zu weit, da er stellenweise eine Verdoppelung der jetzigen Pensionsätze zur Folge haben dürfte. Er würde trotzdem zustimmen, wenn es sich bei den in den unteren Chargen pensionierten Offizieren nur um Personen handelte, die wegen wirklicher gesundheitlicher Schädigungen aus dem Dienstverhältnis ausscheiden müssen, also nicht mehr erwerbsfähig sein würden. Das sei aber nicht der Fall, weil auch oft Offiziere verabschiedet werden, ohne in gesundheitlicher Beziehung geschädigt zu sein, und nach dem Kommissionsbeschluss des § 4 die Militärverwaltung daran auch gar nicht gehindert sei. Jungen und körperlich rüstigen Leutnants Pensionen von 1100—1400 M. zu geben, sei nicht angängig, wenn den Unteroffizieren und Mannschaften selbst bei völliger Erwerbsunfähigkeit bis zu 540 M. hinauf als Vollrente geboten werden soll. Der sozialdemokratische Antrag halte für die Leutnants die Mitte zwischen Regierungsvorlage und der Zentrumsforderung. Für die Hauptleute sei die Regierungsvorlage angemessen, für höhere Dienstgrade sei feinerer Anlaß, höhere Pensionen als bisher zu bewilligen. Schatzsekretär **Stengel** wandte sich gegen die Anträge des Zentrums und des Grafen Oriola mit Rücksicht auf die Finanzlage. Er gebe auch zu bedenken, daß tatsächlich viele der verabschiedeten jüngeren Offiziere noch erwerbsfähig seien, kranken und invaliden Offizieren soll ja mit den Mitteln des Ausgleichsfonds beigeprungen werden. So weitgehenden Anträgen, wie denen des Zentrums, werden die verbündeten Regierungen nicht beitreten können. Der Kriegsminister erklärte, die Militärverwaltung habe auch den Satz von 50 Proz. als Anfangspension gefordert, sie sei aber damit im Wunsche nicht durchgebrungen. Er müsse sich aber dagegen ausdrücken,

daß die höchste Pension, wie es die Anträge wollen, erst nach 45 Dienstjahren erreicht werde. Die Regierung halte an 85 Dienstjahren fest.

Nach weiterer Diskussion wird die Weiterberatung des § 6 vertagt, inzwischen sollen Berechnungen über die finanzielle Wirkung der einzelnen Anträge beschafft werden.

Bei der Abstimmung über den § 9 wird der Antrag **Gradnauer** abgelehnt, der Antrag **Erzberger** angenommen; ebenso der ganze Paragraph gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. — In der nächsten Sitzung (Dienstag nächster Woche) steht zuerst die Kamerunbahn zur Beratung; dann folgt die Weiterberatung der Pensionsgesetze.

**Der Begriff der militärischen Notwehr**, der in der letzten Zeit vielfach erörtert worden ist, wurde, wie uns **Riel** berichtet wird, anerkannt in einem militärischen Gerichtsverfahren, das gegen Marinerekruten anhängig gemacht worden war. Ein Oberheizer — im Gefreitenrang stehend — der in der Wiler Kaserne untergebrachten Werftdivision beabsichtigte vor zirka zwei Monaten eines Abends einem Rekruten, der sich sein besonderes Mißfallen zugezogen hatte, eine „erzieherische Lektion“ zu erteilen. Er hatte nach Japsenreich die Stube der Rekruten von außen abgeschlossen, um Hilfskräfte herbeizuholen. Inzwischen betrafften sich die Rekruten, die Böses ahnten, mit Feuerschloßeln, Besen, Eimern und dergleichen. Als der Oberheizer eindrang, setzten sie sich energisch zur Wehr, und bei der in der Dunkelheit sich abspielenden Schlägerei verletzten der besonders bedrohte Rekrut seinem Peiniger Messerstücke, die diesen übel zuriichteten und den Verlust eines Auges zur Folge hatten. Eine strenge militärgerichtliche Untersuchung wurde gegen die Rekruten eingeleitet, das Verfahren ist aber jetzt eingestellt worden, weil die Matrosen, auch der Messerstecher, in Notwehr gehandelt hatten. Die Akten über den Oberheizer, der inzwischen aus dem Militärdienst ausgeschieden ist, sollen durch das zuständige Bezirkskommando der Staatsanwaltschaft übermittelt werden, damit die ordentlichen Gerichte gegen ihn vorgehen.

**Schiller und die Hohenzollern!** Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Straßburg geschrieben, daß während des Festes, den die Universität zum Gedächtnis Schillers veranstaltete, zu gleicher Zeit 250 Schritte vor der Universität Wilhelm II. eine Parade über die gesamte Straßburger Garnison abgehalten habe. Infolge dieser Parade feierten bei der Universitätsfeier die Vertreter der Behörden, wie der Statthalter und der Staatssekretär. Die Parade begann genau zur gleichen Zeit wie die Universitätsfeier, zu der der Kaiser durch den Statthalter ausdrücklich eingeladen war.

Auch der konservative „Reichsbote“ wundert sich darüber, „daß bis jetzt nichts davon bekannt geworden ist, daß der Kaiser in irgend einer Weise sein Interesse oder seine Teilnahme für die Schillerfeier der deutschen Nation kundgegeben habe“.

Die Verwunderung des Frankfurter demokratischen und des Berliner konservativen Blattes beruht auf einer Unkenntnis des Verhältnisses, das die Hohenzollern zu dem desertierten Militärarzt, späteren Hofrat Schiller haben. Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß die Hohenzollern eine viel richtigere Auffassung von dem Wesen des Dichters haben, als die Byzantiner, die gleichzeitig Schiller und die Hohenzollern zu feiern bestreben. Wilhelm I. hat die Schillerfeier als Prinzregent 1859 einen gegen ihn gerichteten Volksdienst genannt, und die Grundsteinlegung des Schillerdenkmals und der Schillerpreis verdanken lediglich der Absicht des Regenten ihre Entstehung, die Volkstümlichkeit jener Schillerfeier zugleich abzuleiten und für sich nutzbar zu machen. Jene hohenzollernischen Schillererehrungen waren taktische Schachzüge, geboren aus der Abneigung gegen Schiller, nicht aus Liebe. Wenn man neuerdings darüber geklagt hat, daß der offizielle Schillerpreis niemals wirklichen Dichtern gegeben wird, sondern daß immer höfische Zwecke mit der Verteilung verbunden worden sind, so ist dies ganz im Sinne des Stifteres.

Es ist nicht anzunehmen, daß Wilhelm II. über das Wesen Schillers anders denkt als sein Großvater, und die Aufrichtigkeit, mit der der jetzige Kaiser die Ehrung eines Revolutionärs ablehnt, ist durchaus anerkenntnenswert. Es ist im Interesse des Gefeierten wie der Feienden durchaus angemessen abzulehnen, wo man schließlich nicht anerkennen kann. Uebrigens ist es ein Glück, daß der Kaiser keinen Versuch gemacht hat, eine offizielle Schillerfeier in Szene zu setzen. Der Lärm war schon jetzt unerträglich. Wie hätte man erst geklärt, wenn es sich darum gehandelt hätte, durch die Feier Schillers höfische Gunst zu gewinnen! Wahrscheinlich hat in Kenntnis der Stimmungen seines Herrn der Graf **Willow** seine ursprüngliche Absicht nicht ausgeführt, einige Schilleritate zu einer Festrede zusammenzuführen.

**Das Programm im Geldschrank.** Die „Freie Deutsche Presse“ weicht nichts darauf zu erwidern, wie sie ihre Gegnerschaft gegen die Reichserbschaftsteuer mit der freisinnigen Programmforderung einer Erbschaftsteuer vereinigen kann. Was sie sonst zur Entschuldigung ihrer großspaltigen Entblöschung sagt, ist ungewöhnlich verwirrt. Sie sei

„keineswegs gegen jede Besteuerung von Erbschaften, sondern nur gegen eine neue und hohe Erbschaftsteuer des Reiches. Die Uebertragung von Landessteuern dieser Art auf das Reich in den Grenzen der preussischen Erbschaftsteuer haben wir stets bestritten. Der „Vorwärts“ möchte es so darstellen, als ob eine Reichserbschaftsteuer nur die großen Vermögen treffen würde. Das preussische Erbschaftsteuergesetz besteuert schon Erbschaften im Werte von über 150 Mark.“

Die preussische Steuer ist überhaupt keine eigentliche Erbschaftsteuer, sondern eine bloße Stempelabgabe. Wir treten für eine Erbschaftsteuer für größere Vermögen ein. Das erklärt dies Blatt für unmöglich, weil — Preußen alle Erbschaften über 150 M. besteuert. Ein tolle Logik! Nun aber will ja gerade das Organ der Volkspartei für eine Reichserbschaftsteuer nach preussischer Art eintreten. Also hat es selbst offenbar gegen die Heranziehung der kleinen Erbschaften nichts einzuwenden, und nur die Besteuerung der großen Vermögen ist ihm unbehaglich. Die „Freie Deutsche Presse“ erklärt mithin nur deshalb eine Beschränkung der Steuer auf die größeren Erbschaften für unmöglich, weil sie die Heranziehung gerade der kapitalistischen Erbschaften nicht wünscht! —

**Kulturkämpferchen.** Die große „Bewegung“ um die akademische Freiheit hat auch auf dem Verbandstage deutscher Hochschulen in Weimar nichts zutage gefördert, was einen glänzigeren Eindruck erwecken könnte. Nach wie vor versteht man sich auf eine Paulei gegen konfessionelle Verbindungen. Sie wollen „Freiheit“, aber sie verteidigen ganz nach dem Muster des reaktionären Polizeistaates den „Mißbrauch“ der Freiheit. Darunter verstehen die jungen Herren nach den für den „Verband deutscher Hochschulen“ beschlossenen Grundfängen:

„Mißbrauch der Freiheit aber ist es, wenn man... insbesondere zu geschlossenen Korporationen rein politischer oder konfessioneller Natur von der übrigen Studentenschaft absondert.“

Mißbrauch der Freiheit ist also, wenn man von der Freiheit Gebrauch macht. Uebrigens sind die Leute so gnädig, nicht die z wangsweise Unterdrückung der konfessionellen Verbindungen zu verlangen. Sie wollen nur ein „Prinzip“ aufstellen.

Wie wär's, wenn die Helden den entfalteten Begeisterungssturm auch für Proteste gegen die Unterdrückung sozialwissenschaftlichen Studentenvereine oder gegen die Vorklitterung der sozialistischen Wissenschaft und die Aussperrung oder Maßregelung sozialdemokratischer Universitätslehrer nutzbar machten! —

**Die Geburt eines neuen Gesetzgebers** wird in folgender hochpolitischer Familienanzeige verständig: In das Herrenhaus berufen ist der Regierungspräsident a. D. Wirkliche Geheim Oberregierungsrat **Jeddo** von **Puttkamer-Rippoglen**, wohnhaft zu **Charlottenburg**, durch Allerhöchsten Erlass vom 24. April 1905 auf Präsentation der

Familie von **Puttkamer an Stelle des am 20. Dezember 1904 verstorbenen Generalmajors a. D. Rittergutsbesizers von Puttkamer-Rippau.**

### Eifrige „Vorwärts“-Leser.

Man berichtet uns unterm 10. Mai: Daß der „Vorwärts“ im Ministerium gründlich studiert wird, ist allgemein bekannt, und in welcher Weise in Beziehung auf den Inhalt Nachforschungen angestellt werden, dürfte folgende kleine Episode darlegen. In der Nummer vom 9. April berichtete man unter der Spitzmarke: „Agrarische Putschwirtschaft“ aus Halle, daß der Großgrundbesitzer **Rudolf Durhardt** von **Kröllwitz** bei **Merseburg** mit seiner Dienstmagd seit Jahren im Konfubinat lebe, und daß ein Gendarm **Marx** in der Sache Ermittlungen angestellt habe. Als der Gendarm nach einem anderen Ort versetzt wurde, besah der Agrarier noch die Dreifigkeit, dem **Pastor Reinstein** mitzuteilen, er, **M.**, habe den **Gendarm Wegge** gebracht. Der Gendarm fühlte sich beleidigt, der Agrarier erhielt eine Anklage, und **Pastor Reinstein** trat vor der **Halle'schen Strafkammer** als Zeuge auf und sagte: Ich habe den **Eindrud**, die zuständigen behördlichen Organe haben im Falle **Durhardt** nicht funktioniert, denn zum Einschreiten lag sowohl ein staatliches als ein kirchliches Interesse vor.

Der letztere Satz soll nicht den Beifall des Ministers des Innern gefunden haben, denn bald nach der Veröffentlichung wurde dem Landrat des Kreises **Merseburg** die „Vorwärts“-Notiz zugefandt mit dem Hinweise, Nachprüfungen anzustellen und dem Ministerium darüber „Tatbericht“ einzusenden, inwiefern die behördlichen Organe nicht funktioniert hätten. Der Landrat, der — so könnte man vermuten — als ein Organ, das nicht funktioniert habe, mit in Frage kommen könnte, soll bei den Nachprüfungen etwas in Schivulitäten geraten sein, zumal **Pastor Reinstein** seine vor Gericht unter dem Eide abgegebene Aussage selbstverständlich aufrecht erhält.

Ob es nun dem Herrn Landrat bei seinen jedenfalls schwierigen und mit Eifer betriebenen Nachforschungen glücklich gelingen wird, das richtige Organ zu finden, das nach Ansicht des **Pastors** nicht funktioniert hat, und ob er dem Ministerium einen befriedigenden Tatbericht einsenden wird, das kann man bis jetzt noch nicht sagen. Vielleicht genügen diese Zeilen vorläufig, den Wissensdurst des Ministeriums zu stillen. —

### Zu den Landtagswahlen in Sachsen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Wie bekannt, ziehen bei den diesjährigen Landtagswahlen die ehemaligen Kartellbrüder, Konervative und Nationalliberale, gestreut in den Wahlkampf. Die Ursache dieser Trennung ist — das Dreiklassenwahlrecht. Diese Tatsache gibt uns jedoch keinen Anlaß zur Schadenfreude. Wir betrachten die feindlichen Kartellbrüder gleichermäßen als Reaktionsäre, die wohl in bezug auf das Milieu von einander abweichen, aber grundsätzlich gemeinsam dem politischen Fortschritt sich entgegenstellen.

Das Kartell trat formell zum erstenmal im Jahre 1897 in die Erscheinung. Die Fortschritte der Sozialdemokratie in Sachsen trieben zwar schon bei früheren Wahlen — speziell bei Stichwahlen — zum Reichstage wie zum Landtage die beiden Parteien zusammen, und die gelegentliche Vereinigung gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, brachte ihnen unlesugbar Erfolge. Diese Erfolge machten Schule. Als daher **Bismarck** den berüchtigten **Kriegsschwindel** für die Reichstagswahlen 1897 in Szene setzte, riet er zugleich den beiden Parteien zu einem formellen Kartell im Reich. Der Rat wurde befolgt, und es ist ja bekannt, wie nach den für die Kartellparteien erfolgreichen Reichstagswahlen von 1897 das nationalliberal-konservative Kartell als härtester Wall gegen die schwarze Opposition des Zentrums und die rote der Sozialdemokratie zugleich gepriesen wurde. In Sachsen, wo unsere Partei trotzdem ziffermäßig erwiesene Fortschritte machte, hielten die vereinigten Reaktionsäre das Kartell für unentbehrlich und aufrecht.

Wenigstens bei den Landtagswahlen im Jahre 1897 zeigte es sich aber schon, daß das Kartell sozialdemokratische Wahlerfolge nicht zu verhindern vermochte; bei diesen, wie bei allen nachfolgenden Landtagswahlen errang die Sozialdemokratie neue Mandate. Dann kamen die Reichstagswahlen im Jahre 1890, die das Kartell der beiden Parteien im Reich zerstückelten; die Kartellparteien wurden in die Minderheit gedrängt, und die Schuld an dem Rückgang schrieben die Konservativen dem Kartell mit den politischen anhängigen Nationalliberalen zu. Wohl bekümmert die sächsischen Kartellbrüder ihre Gesinnungsgenossen im Reich, den Druck zu vermeiden, allein es nützte nichts. Nun blieb nur noch das sächsische Kartell übrig. Gemeinsam suchten die sächsischen Reaktionsäre gegen den Ansturm der Sozialdemokratie zu retten, was zu retten war; aber es half alles nichts, selbst bei den Landtagswahlen gewann die Sozialdemokratie in einer Reihe von Wahlkreisen das Uebergewicht.

Von Wut und Angst verübten dann im Jahre 1896 die sächsischen Kartellbrüder den Wahlrechtsraub, um die Sozialdemokratie bei den politischen Kämpfen in Sachsen in den Hintergrund zu drängen. Die Nationalliberalen beherrschte dabei außerdem der Hintergedanke, das Erbe der Sozialdemokratie antreten, die Mandate in den industriellen Wahlkreisen erringen zu können. Darin haben sie sich schmähslich getäuscht, denn sie wurden von ihren konservativen Kartellbrüdern um diese Mandate betrogen und immer mehr an die Wand gedrückt. Endlich wagten sie es, sich aus Herbrudermörderischen Unklammerung loszumachen und ziehen nunmehr selbständig in die Wahlbewegung. Daß sie dabei keine Selde spinnen werden, dafür sorgen aber ihre ehemaligen Kartellbrüder, ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie in ihren Angriffen zwischen nationalliberalen und konservativen Wahlrechtsräubern keinen Unterschied macht; daß sie überhaupt das Kartell aufgegeben haben, ist also den Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts zuzuschreiben, denn unter diesem System haben sie weniger von den um ihr Wahlrecht betrauten Wählern der dritten Klasse, die in ihrer Wehrheit sozialdemokratisch gesinnt sind, zu befürchten, wohl aber von den konservativen, die in die industriellen Kreise der ersten und zweiten Wählerklasse eindringen, bisher aber schon die Kleinverwerbetreibenden und Handwerkerstände beherrschten.

Aus diesen Gesichtspunkten muß die Auflösung des Kartells und der Beginn des Landtagswahlkampfes in Sachsen betrachtet werden. Die gegenseitige Bekämpfung der feindlichen Kartellbrüder wird uns manches Gaudium bereiten, aber für die Führung unseres Kampfes gegen die Wahlentziehung ist das von nur geringer Bedeutung. —

### „Legende“ und „Klitterung“?

Herr **Reuch** erucht uns um die Aufnahme der folgenden Abwehr: Ein wunderliches Schwanken hat die liberale Presse in der Kritik meines Buches über **Hammerstein** gezeigt. Nachdem zuerst die geschichtlichen Urkunden, die ich mitgeteilt habe, als ein wertvolles Material zur Kritik der konservativen Politik gerühmt worden waren, schlug plötzlich die Stimmung um, und nun hastete sich die Kritik von jener Seite in vollkommener Uebereinstimmung mit der in konservativen und agrarischen Blättern an die einzigen Stellen des Buches, an denen ich erhebliche Tatsachen ohne Nennung des Gewährsmannes mitgeteilt habe: an die Ausführungen über den Tod des bayerischen Königs **Ludwig II.** und an die Mitteilung über die Verammlung von konservativen Notabeln, deren Unterstützung **Hammerstein** im Namen des Grafen **Eulenburg** für eine Suspension des allgemeinen Wahlrechts gesucht hat. Die „Freie Deutsche Presse“ (Freis. Zeitung) ließ sich von „wohlinformierter Seite“ schreiben, daß meine Behauptung über die Episode **Eulenburg** „ganz ungläublich“ sei, eine „Geschichtsklitterung“. **Eulenburg** habe nicht Kanzler, sondern Statthalter in den Reichsländern werden wollen. „Schon aus inneren Gründen wäre es auch der Gipfel der Unwahrscheinlichkeit, daß konservative Koryphäen, die ausdrücklich von **Reuch** als Journalisten und Politiker der äußersten Rechten bezeichnet wurden, den Staatsstreich nicht begünstigt haben sollten.“ So liest es in dem Artikel der „Freien deutschen Presse“ wörtlich. Die „Vossische Zeitung“ registrierte diese Behauptung ebenso wie einen giftigen Artikel des „Reichsboten“, jenes



**Waldes.** Das seinen früher so großen Einfluß auf die Pastoren mit jedem Jahre mehr schwinden sieht, und eine Neuerung der agrarischen Tageszeitung, die auf Grund ihrer Erfindungen festgestellt einer der stärksten Kräfte meines Buches sei die Erzählung, daß nach dem Sturze Caprivis dem Grafen Eulenburg das Amt des Reichskanzlers angeboten worden sei. Weder davon noch von dem Staatsratsplanen wüßten „kundige Kreise“ irgend etwas.

Die Freivolität dieser Dementis ist erstaunlich; die kurzen Zeile, auf denen sie zu gehen haben, werden schon heute ganz erlahmen; denn in der heute erscheinenden Nummer der „Nation“ bestätigt der Abgeordnete Hellmuth von Verlaß als Teilnehmer an jener Notablenitzung meine Behauptung; ich könnte eventuell noch auf weitere Teilnehmer mich beziehen, aber das Zeugnis von Verlaß genügt ja vollkommen, um die „wohl-informierte Seite“ der „Freisinnigen Zeitung“ ebenso außer Gefecht zu setzen, wie die vortrefflichen kundigen Beobachter der „Deutschen Tageszeitung“. Ich will nur noch hinzufügen, daß es auch der „Freisinnigen Zeitung“ bekannt sein könnte, daß von jeder, ganz besonders aber seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, gerade zur extremsten Seite der konservativen Partei solche Politiker gehört haben, die einen gewissen demokratischen Einschlag mitbrachten und von diesem zum Teil in ihrer späteren Entwicklung bestimmt worden sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ferner in Abrede gestellt, daß Versuche gemacht worden seien, das Erscheinen der Schrift zu verhindern. Diese Prohibition nötig, einen Briefwechsel zu veröffentlichen, den ich sonst für mich behalten hätte. Mitte Januar, nachdem eine Korrespondenz die Tagespresse von der bevorstehenden Veröffentlichung unterrichtet hatte, erhielt ich von Herrn v. Gloeden kurz nacheinander mehrere Briefe, in denen er mir mitteilte, daß Versuche gemacht würden, die Schrift zu unterdrücken, und daß man mich dieselbe auffordern würde, nicht alles zu veröffentlichen oder mich um Einsicht in das Manuskript bitten werde. Am 15. Januar traf ein Telegramm von Herrn v. Gloeden aus Sigmaringen ein: „Bitte, lassen Sie sich von nichts beirren.“ Unmittelbar vorher erhielt ich folgenden Brief:

Herrn Schriftsteller Hans Leuß  
Hochwohlgebornen

Steglich.  
Zeitungsnotizen zufolge beabsichtigen Sie eine Sammlung von Briefen aus dem Nachlasse des ehemaligen „Kreuz-“Zeitungs-Redakteurs Freiherrn von Hammerstein herauszugeben. Im Interesse der konservativen Partei liegt dem Herrn Freiherrn von Manteuffel-Krosigk sehr viel daran, von dem Inhalte der beabsichtigten Veröffentlichung baldmöglichst Kenntnis zu erhalten und läßt er Sie deshalb bitten, ihn zu einer Unterredung hierüber am Sonnabend, 14. d. M., gegen 2 Uhr nachmittags in seinem im Landeshaus Matthäistr. 2/21 eine Treppe hoch befindlichen Sprechzimmer aufsuchen zu wollen.

In vorzüglicher Hochachtung ergebent  
Gied, Privatsekretär.

Meine Antwort lautete: „Es ist sehr dreist, mir mitzuteilen, daß ich den Freiherrn v. Manteuffel aufsuchen soll, wenn dieser mit mir eine Unterredung im Interesse der konservativen Partei wünscht. Ich bin für den Freiherrn, wie für jeden anderen Mann, in meiner Wohnung zu sprechen.“

Damit war der Zwischenfall erledigt und ich denke, damit wird auch der Versuch der „D. Tageszeitung“ erledigt sein, mich Lügen zu strafen.

## Ausland.

### Balfour über die Landesverteidigung.

Im Unterhaus hielt am Donnerstag Balfour eine große Rede über die Frage der Landesverteidigung sowohl in bezug auf das Mutterland als auch speziell auf Britisch-Indien.

Die Verteidigung des Mutterlandes sei der wichtigste Teil, denn wenn diese schlecht gesichert sei, so müge das britische Reich zwar ein großartiges Gebäude sein, es ruhe aber dann auf löcherigen Säulen. Angenommen, unsere Flotten wären nicht in den heimischen Gewässern und unsere Armeen im Ausland, so würde die Frage, die wir an unsere militärischen Ratgeber stellen, die sein: Welches ist die geringste Anzahl von Mannschaften, mit welcher ein fremdes Land möglicherweise eine Invasion Englands versuchen könnte? Lord Roberts hält es nicht für möglich, einen derartigen Versuch mit weniger als 70 000 Mann zu unternehmen. Balfour zählt die Schwierigkeiten auf, welche sich solchen angenommenen Invasionen entgegenstellen würden. Er betont, daß ungefähr 200 000 Mann im Gesamtinhalt von 250 000 Tonne nötig sein würden, um 70 000 Mann zu transportieren. Das Zusammenbringen einer derartigen Anzahl von Schiffen würde es schwierig machen, eine Invasion in überraschender Weise vorzunehmen; überdies würde eine Landung 48 Stunden in Anspruch nehmen und die Transportschiffe würden den Angriffen von Uferbooten und Torpedobooten ausgesetzt sein. Balfour behandelt dann die Frage der Verteidigung Indiens und sagt, daß eine Invasion Indiens ein häufig wiederkehrender Gesprächsgegenstand unter den russischen Offizieren sei, daß er aber nicht glaube, daß sie irgend einen Teil der russischen Regierungspläne bilde. Wenn wir die Grenzfrage endgültig festlegen müssen, so kann dies nur geschehen, wenn wir die Schwierigkeiten, die eine feindliche Streitmacht zu überwinden hat, unermindert aufrecht erhalten. Die Transportfrage ist die größte Schwierigkeit einer angreifenden Armee und wir dürfen nicht zulassen, daß irgend etwas geschieht, um den Transport zu erleichtern. Meiner Meinung nach müßte es als eine direkte feindselige Handlung gegen England betrachtet werden, wenn irgend ein Versuch gemacht würde, eine Eisenbahn im Zusammenhang mit den russischen strategischen Bahnen auf afghanischem Boden zu bauen. Ich habe nicht den geringsten Grund, anzunehmen, daß die russische Regierung jetzt, hoffentlich auch in Zukunft nicht, beabsichtigt, eine solche Bahn zu bauen. Sollte aber der Versuch trotzdem gemacht werden, so glaube ich, wenn es auch zuerst unsere Interessen nicht zu berühren scheint, daß dies der denkbar schwerste, geradezu gegen das Herz des Kaiserreichs Indien gerichtete Schlag wäre. (Zustimmung.) Balfour schließt: Wenn wir jedoch aus Minderheit, Pässigkeit oder Feigheit eine allmähliche Aufbesserung Afghanistans zulassen in der Weise, wie wir notgedrungen die Absorbierung verschiedener Aghanate Zentralasiens zugelassen haben, wenn wir gestatten, daß die russischen strategischen Eisenbahnen immer näher an die Grenze herankommen, dann wird Großbritannien unweigerlich für seine Sorglosigkeit dadurch bezahlen müssen, daß es eine viel größere Armee unterhalten muß, als wir mit ruhigem Gewissen zu halten planen könnten. Voraussicht und Mut werden diese Gefahren abwenden, aber ohne Voraussicht und Mut können sie über uns kommen. (Zustimmung.)

Campbell-Bannerman (Lib.) erklärt sich im allgemeinen mit den Ausführungen Balfours einverstanden und gibt dem Gedanken Ausdruck, daß Balfour einen vernünftigen gemäßigten Standpunkt in bezug auf Afghanistan einnehme.

## Portugal.

Ministerkrise. Nach einer aus Lissabon in Madrid eingegangenen Meldung wird dort infolge der Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen dem Justizminister und dem Finanzminister in der Frage der Verpachtung der Einnahmen aus dem Tabak herrschen, eine Ministerkrise für unvermeidlich gehalten. Die Zensur halte alle auf die politische Lage bezüglichen Depeschen zurück.

## Russische Judenhege.

Der Zarismus wendet systematisch die Judenhege an, um die gegen ihn angesammelte Empörung abzulenken. Selbst die offiziellen Telegramme lassen erkennen, daß die Behörden die Hegeleien direkt begünstigen, die ja wohl auch von ihnen angeleitet sind. Die Gegeneinanderhege der Feinde des Zarismus ist das alte und letzte Mittel der russischen Camorra.

Ueber die Judenmordereien in Schitomir wird die folgende Auslassung des „Regierungsboten“ telegraphiert:

Daß die Zahl der Opfer bei den Unruhen in Schitomir verhältnismäßig gering ist, ist den energischen Maßnahmen zuzuschreiben, die die Regierung zur Unterdrückung und zur Verhütung von Unruhen ergriffen hat. Bereits seit dem 21. April haben die Juden in Schitomir eine herausfordernde Haltung an den Tag gelegt, so gebrauchten sie z. B. das Bild des Kaisers als Ziel für Schimpfungen. Dem Ministerium des Innern, so fährt das Blatt fort, liegt eine Reihe von Berichten über von Juden auf der Straße gegen Christen verübte tätliche Verleumdungen vor.

Am 25. April wurde in Schitomir ein Aufruf des Wohlhinnischen Komitees der sozialrevolutionären Partei verbreitet, worin eine Judenhege angekündigt wurde. Die Verantwortung hierfür falle der Verwaltung am Orte zu, wodurch ein Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufgereizt sei. Das oben erwähnte herausfordernde Verhalten der von der revolutionären Propaganda beeinflussten Juden habe nicht nur die Maßnahmen der Verwaltung gegen die Unruhen beeinträchtigt, sondern sogar Konflikte geschaffen. Um solche unmöglich zu machen, habe der Minister des Innern den Gouverneuren vorgeschrieben, neben energischen Maßnahmen auch dem gutgesinnten Teil der Juden nahezu legen, daß sie im Interesse der jüdischen Massen ihre in den politischen Kampf hineingezogenen Glaubensgenossen vor einer Feindschaft erzeugenden herausfordernden Haltung gegen die Christen warnen mögen.

Es ist natürlich hohhafter Unfug, daß die Juden eine herausfordernde Haltung gegen die Christen eingenommen haben sollen. Die offizielle Darstellung will lediglich die Norddienste der Behörden rechtfertigen, ja sie protzieren geradezu neue Hegeleien, indem sie sie für begründet erklärt. Zwischen den Zeilen dieser verlogenen Hegelei liest man leicht die Wahrheit: Das von dem westeuropäischen Bankjudentum ausgehaltene Jarenregiment hat unaufgeklärte Massen gegen die sozialistisch gesinnten jüdischen Proletarier gedungen und betraffnet.

Ein offizielles Telegramm gibt folgenden Streckenrapport: In Schitomir sind während der Unruhen 15 Juden getötet und 81 verwundet worden; von Christen wurden drei getötet und acht verwundet.

Nach Berichten des „Tag“ fand eine noch furchtbarere Judenhege in Laurien statt, vornehmlich in Melitopol, wobei die russische Einwohnerschaft die jüdische direkt beraubte und die geplünderten Sachen in aller Ruhe in Sicherheit brachte. Die Polizei verhinderte wiederholt das Löschen brennender Häuser, die Juden gehörten. Ganze Straßen wurden vollständig demoliert, darauf die Wohnungen mit Petroleum begossen und niedergebrannt. Insgesamt brannten 42 Magazine mit Vorräten von über einer Million Mark Wert nieder. Auf den Straßen wurden regelrechte Schlachten geliefert.

## Die Hinrichtung der Mörder.

Rischni-Rowgorod, 11. Mai. Am Mitternacht wurde der aus dem Theater heimkehrende Gendarm-Oberleutnant Greshner am Eingang seines Hauses durch Revolvergeschosse getötet; der Wächter des Hauses wurde schwer verletzt. Der Täter wurde ergriffen; er nennt sich Edelmann Rischorod.

## Kämpfe in der Mandchurei.

Petersburg, 12. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Linewitsch telegraphiert unterm 11. Mai: Eine unserer Abteilungen wurde in einem Engpaß, 10 Werst südwestlich von dem Dorfe Schimiaofo, am 5. Mai von dem Feinde angegriffen und gezwungen, sich nach Schimiaofo zurückzuziehen. Am 6. Mai zwang eine andere russische Abteilung 10 Werst von Ufangor die Japaner zurückzugehen. Gegen Abend ging der Feind wieder zum Angriff über. Es kam zum Bajonettkampf; der Angriff wurde jedoch zurückgewiesen. Die erste genannte Abteilung hatte am 7. d. Mts. während des ganzen Tages und während der ganzen Nacht bei Schimiaofo zu kämpfen; das Gefecht blieb jedoch unentschieden. Die unserer zweiten Abteilung gegenüberstehenden japanischen Truppen erhielten Verstärkungen; am 7. Mai begann sich diese Abteilung deshalb zurückzuziehen. Eine dritte Abteilung, welche bis zum Engpaß von Tawangulin vorrückte, wurde von dem Feinde angegriffen und operierte so glücklich gegen ihn, daß es ihr gelang, von dem Engpaß Besitz zu ergreifen. Am 7. Mai unternahm der Feind einen entschiedenen Angriff gegen unsere rechte Flanke, wurde aber zurückgeschlagen.

Tosio, 12. Mai. Antich wird mitgeteilt: Am Morgen des 9. d. Mts. griffen die Russen in Stärke von 2 Regimentern Infanterie, 5 Sotnien und einer Batterie, die aus Kanhanhengzu, 15 Meilen von Hengsheng kamen, und in der Nähe von Hengsheng an. Um 2 Uhr nachmittags begann der Feind unter dem Schutz von Artilleriefeuer einen energischen Angriff, wobei die Infanterie bis auf hundert Meter an unsere Stellung heranlang. Unsere Truppen gingen dann zur Offensive über und verjagten den Feind, der 60 Tote und 160 Verwundete auf dem Platz ließ. Außer solchen, die Uniform trugen, waren unter den Toten und Verwundeten auch viele in chinesischer Kleidung. Der Verlust des Feindes wird auf 300 Mann geschätzt, der unsrige beträgt ein Mann tot, 50 verwundet.

## Ein Streifzug der Wladiwostokrenner.

Tosio, 11. Mai. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Es wird bestätigt, daß am 9. d. M. zwei russische Kriegsschiffe, wahrscheinlich „Rossija“ und „Gromoboi“, auf der Höhe von Komori gezeigten sind; seit dem 9. d. M. sind sie nicht mehr gesehen worden. Anscheinend haben sie keinen japanischen Küstenfahrer aufgebracht.

## Zum Neutralitätskonflikt.

Paris, 12. Mai. Es verlautet, daß vom Minister des Auswärtigen Delcassé im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Rouvier vorbereitete Gesetze über die Neutralitätsangelegenheit werden einen Bericht über die verschiedenen Unterredungen des japanischen Gesandten in Paris mit Delcassé, ferner Telegramme des französischen Gesandten in Tokio, die dem Generalgouverneur von Indochina erteilten telegraphischen Weisungen, Telegramme des Admirals Jonquière über eine Unterredung mit Admiral Roschdestwenski und schließlich Depeschen der französischen Vorkämpfer in London und Petersburg enthalten. Dieses Gesetzbuch werde, so wird aus offizieller Quelle versichert, beweisen, daß Frankreich sogar über die ihm durch sein Neutralitätsreglement auferlegten Verpflichtungen hinausgegangen ist, indem es den Admiral Roschdestwenski veranlaßte, auf die Wohlthaten mehrerer Bestimmungen des Neutralitätsreglements zu verzichten.

Paris, 12. Mai. Der Deputierte Pressensio richtete an den Minister des Auswärtigen Delcassé ein Schreiben, in welchem er ihm ankündigt, daß er nach Wiedereröffnung der Kammer eine Interpellation einbringen werde, ob der Minister, entsprechend dem vom Parlament kundgegebenen Willen, die notwendigen Maßnahmen

ergriffen habe, um einen feindlichen Charakter der französischen Politik in Marokko und die Aufrechterhaltung der Neutralität Frankreichs in Ostasien zu sichern. „Ich wäre Ihnen sehr verbunden“, heißt es in dem Schreiben, „wenn Sie für die Erörterung dieser Interpellation, von der ich gleichzeitig den Ministerpräsidenten verständigt habe, einen möglichst nahen Zeitpunkt festsetzen wollten.“

Tosio, 12. Mai. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Die letzten von Frankreich gegebenen Zusicherungen bezüglich der Neutralität haben der Lage etwas von ihrer Spannung genommen, wenn sie auch die tiefgehende Verstimmung im Volke nicht gehoben haben. Die Presse, welche die Regierung dringend auffordert, eine starke Haltung Frankreich gegenüber einzunehmen, verlangt Erklärungen und führt aus, es sei notwendig, daß Frankreich die Vorgänge zwischen dem 8. und 9. d. Mts. aufkläre.

## Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte in ihrer Sitzung am Freitag über eine Petition aus Moskau betreffend Herabsetzung der Branntweinsteuer für die kleinen Schwachbier-Brauereien und beschloß, das Petikum dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Ein Herr Pieske in Charlottenburg scheint ein arger Feind der Sozialdemokratie zu sein. Er petitioniert um Aenderung des Reichstagswahlgesetzes, um die Sozialdemokratie aus dem Reichstage zu vertreiben, und um Verschärfung des Preßgesetzes um die sozialdemokratische Agitation durch die Presse zu verhindern. Wie aus der Begründung seiner Petition hervorgeht, möchte er besonders dem sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“ eins auswichen. Ferner verlangt der gute Mann, daß Bestimmungen erlassen werden, welche den Juden die Zulassung zum Richteramt verbieten. — Alle seine Herzenswünsche ließ die böse Petitionskommission unberücksichtigt; die schöne Petition wurde für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum befunden, d. h. dem Papierkorbe überliefert. Derselbe Petent hatte wohl auch schon vom Abgeordnetenhaus das Verbot des „Vorwärts“ verlangt.

Kommission für die Maß- und Gewichtordnung. In der Freitags-Sitzung wurde zu § 7 von Jubel und Genossen der Antrag eingebracht: „Die Fässer für Trimbrenntwein und alkoholfreie Getränke unterliegen ebenfalls dem Abzinszwang.“ Von seiten der Regierungsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß die Frage noch nicht genügend geklärt sei; eine Umfrage habe ergeben, daß die Interessenten eine Abzinsung resp. eine Nachabzinsung ablehnten, auch sei festgestellt, daß es alkoholfreie Getränke so gut wie gar nicht gebe, es sei deshalb das Beste, die Regelung dieser Frage dem Bundesrat zu überlassen. Die Abgeordneten Jubel, Stolle und Virl zeigten, wie notwendig eine Abzinsung resp. Nachabzinsung auch dieser Gefäße ist, um die Konsumenten vor Schaden und Betrug zu schützen; die Regierung habe unterlassen, bei der Umfrage die am meisten Interessierten, die Gastwirtverbände zu befragen. Müller-Sagan führte aus, die Gastwirte seien doch auch nur einseitige Sachverständige, durch die Abzinsung würde nicht viel gewonnen werden, es müßte denn auch nach jedem Antrieben des Fasses eine Nachabzinsung stattfinden, wer solle die Kosten dafür tragen? Nachdem Jubel und Stolle erwidert hatten, wurde in der Abstimmung über Absatz 1 der Antrag Jubel u. Gen. abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. Zu Abs. 2 lag ein Antrag Raab vor: Ausländischer Obstwein, Bier und Wein, deren Weiterverkauf in Originalgebinde geschieht, unterliegen dem Abzinszwang nicht. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Bergesebnovelle betreffend die Stilllegung der Zechen setzte die Beratung beim Titel 6 der Vorlage, der von der Aufhebung des Bergvertragswesens handelt, fort. Bei § 156, welcher bei Weigerung der Betriebsfortsetzung seitens des Bergwerkseigentümers dem Oberbergamt das Recht gibt, die Einleitung des Bergwerks auf Entziehung des Bergvertragswesens durch einen Beschluß auszusprechen, wird auf eine Anfrage von der Regierung erklärt, daß die Entziehung des Bergvertragswesens erst dann erfolgen kann, wenn der Aufforderung zur Aufrechterhaltung des Betriebes in der gestellten Frist nicht Folge geleistet wird. Es wird konstatiert, daß die Frist drei Monate nicht überschreiten darf. Der § 156 wird angenommen. Im § 161 wird im zweiten Absatz ausgesprochen, daß der Verzicht des Eigentümers auf sein bisheriges Eigentum ihn von seinen Verpflichtungen, die in dem vorhergehenden Abschnitt der Vorlage festgelegt sind, nicht entbindet. Von national-liberaler Seite wird beantragt, die Bestimmung zu streichen. Der Eigentümer werde schwer dazu kommen, den Verzicht auf das Bergwerkseigentum auszusprechen, aber es sei unbillig, ihn dann, wenn er es trotzdem täte, noch für weitere Kosten des Zwangsbetriebes und der Bauhaltung verantwortlich zu machen. Von der Regierung wird dem Antrag widersprochen, da dann der Zwangsbetrieb vereitelt werde. Der national-liberale Antrag findet aber bei konservativen und Zentrumsmittlern Unterstützung. Es wird dabei betont, daß die Sache für Aktiengesellschaften, die sich im Besitz von Bergwerken befinden, nur eine theoretische Bedeutung habe. Von seiten der National-liberalen wird auf die große prinzipielle Wichtigkeit der Frage hingewiesen und hervorgehoben, daß bei Annahme des Antrages das Gesetz für viele unannehmbar werde. Diesen Ausführungen stellte sich die Regierung mit der Erklärung gegenüber, daß auch für sie das Gesetz schwer annehmbar werde, wenn die Bestimmung des § 161 gestrichen werde. Trotzdem lehnte die Kommission den entsprechenden Absatz des § 161 mit großer Mehrheit ab. Angenommen wird § 207a, der mit Geldstrafe bis 2000 M. und im Übermaßfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten Bergwerksbesitzer bestraft, die den ihnen durch die Bestimmungen der Vorlage auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandeln. Mit unwesentlichen Aenderungen wird der Rest des Gesetzes angenommen, und die erste Lesung der Vorlage ist damit beendet.

Anschließend wird noch über einen vom konservativen Abgeordneten Schulze-Pelkmann gestellten Antrag verhandelt, welcher lautet: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, da der § 65 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 eine ausreichende Handhabe nicht bietet, um das freiwillige, die beteiligten Gemeinden und deren Einwohner schwer schädigende Stilllegen von Bergwerkunternehmungen zu verhindern, noch in dieser Session dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Berggesetz dahin ergötze, daß gegen jene Schädigungen wirksame Vorkehrungen getroffen werden können, ferner eine Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 herbeizuführen, welche den Gemeinden gestattet, analog der Besteuerung von Diebstahlschaden gemäß § 27 des Gesetzes eine Abgabe von dem Wert stillgelegter, aber noch betriebsfähiger Bergwerkunternehmungen zu erheben.“

Der Antrag wird nach kurzer Beratung der Regierung zur Erwägung überwiesen.

In der Abend-sitzung wurde zunächst der grundlegende § 65 des Entwurfes nach dem Vorschlag der National-liberalen in folgender Fassung angenommen: „Der Bergwerkseigentümer ist verpflichtet, das Bergwerk so zu betreiben als der Unterhalt und die Einstellung des Betriebes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen, sofern die Eröffnung der Fortsetzung des Betriebes Gewinn verspricht.“ Sodann wird in § 65b, der in der ersten Lesung abgelehnte Zwangsbetrieb wieder hergestellt. Ein national-liberaler Antrag, die Kosten des Zwangsbetriebes dem Staate aufzubürden, soweit sie nicht aus den Erträgen gedeckt werden, wurde abgelehnt. Die Rechtsmittel der Bergwerkseigentümer gegen die Entscheidung des Oberbergamts wurden weiter ausgedehnt als in der Vorlage, insbesondere auch auf die Einführung des Zwangsbetriebes. Abgelehnt wurde eine Einschubung in § 65d, wonach die Kosten des Zwangsbetriebes, soweit sie nicht durch die Erträge gedeckt sind, dem Staate zur Last fallen, sobald durch rechtsgültige Entscheidung festgestellt worden ist,







Reichstag.

184. Sitzung vom Freitag, den 12. Mai 1905, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.

Zunächst werden einige Rechnungssachen in dritter Lesung debattiert.

Die auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Paris am 3. Dezember 1903 zwischen Deutschland und einer großen Anzahl von Staaten geschlossene Uebereinkunft wird in dritter Beratung auf Antrag des Abg. v. Normann (l.) en bloc angenommen.

Es folgen Petitionen.

Die ersten Petitionen betreffen die Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk und das Privilegium der Lehrlingsausbildung. Die Diskussion ist in einer früheren Sitzung geschlossen und die Abstimmung ausgefällt worden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Vallestrom wird auch heute die Abstimmung ausgefällt.

Die nächste Petition, von der Kreisynode Berlin II ausgehend, bezieht sich in der Uebersetzung des dort einstimmig gefassten Beschlusses: beim kgl. Staatsministerium und beim Reichstage eine erneute Prüfung der einschlägigen strafgerichtlichen Bestimmungen dahingehend in Anregung zu bringen, daß den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden schärfere gesetzliche Handhaben zur Unterdrückung schlechter Literatur- und Kunst-erzeugnisse (wie Verweisen insbesondere auf Witzblätter und dergleichen) gegeben werden.

Die Petitionskommission hat mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, diese Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Semler und Genossen (natl.) beantragen Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Noeren (Z.) wendet sich gegen die in der Kommission ausgesprochene Ansicht, daß die Petition weder einen Antrag, noch eine Begründung enthalte. Die Petition enthält beides, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich. Es wird auch behauptet, man gehe mit der Petition einer neuen lex Heinze entgegen. Darum handelt es sich aber gar nicht. Die Petition will den „Schmutz“ in den Literatur- und Kunstzeugnissen bekämpfen. Was alles unter „Schmutz“ zu verstehen ist, darum brauchen wir uns jetzt nicht zu streiten, sondern erst dann, wenn eine Gesetzesvorlage eingebracht ist. Niemand kann leugnen, daß unsittliche Literatur sogar bis aufs Land bringt und die Jugend sittlich verdirbt. (Uhu! links.) Selbst liberale Blätter haben das mehrfach betont. Die „Münchener Abg. Zeitung“ zum Beispiel, seinerzeit eine heftige Gegnerin der lex Heinze, vergleicht die unsittliche Literatur mit geistiger Syphilis und meint, daß der Schmutz zum Himmel stinle. Selbst das „Berliner Tageblatt“ ruft in einem Artikel vom 6. August vorigen Jahres den großen Unflugparagrafen gegen die unsittliche 10 Pf.-Literatur auf. (Rufus bei den Sozialdemokraten: Gegen die eigenen Kuppel-Annunzen?) (Heiterkeit.) Das Blatt spricht nur von der unsittlichen Literatur. Auch der Goethe-Bund bekämpft diese. Von allen Seiten wird ein Einschreiten gegen obdane Schriften befürwortet. Was jetzt hat ja das Einschreiten in einzelnen Fällen nur den Erfolg gehabt, daß die beschlagnahmten Schriften wieder freigegeben werden müssen und dann für sie mit der Beschlagnahme befondere Bekamme gemacht wird. Das geht, daß der § 184 des Strafgesetzbuches nicht weit genug geht. Alle anderen Länder sind in dieser Beziehung weiter gegangen, nur das deutsche Strafgesetzbuch steht noch auf dem Standpunkt, der vor 33 Jahren maßgebend war. Seitdem hat aber die technische vervielfältigung von Abdrucken große Fortschritte gemacht. Auch ein „Vorwärts“-Artikel erkennt an, daß gegen die Schmutzliteratur wirksamer vorgegangen werden muß. Stimmen Sie also (zu den Sozialdemokraten) der Petition zu, so stimmen Sie damit nur dem zu, was auch der „Vorwärts“ als notwendig anerkannt hat. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Heine (Soz.):

Auf die Frage, ob formelle Bedenken gegen die Beratung der Petition vorliegen, will ich mich nicht einlassen, weil so viele materielle Bedenken gegen sie sprechen, daß man sie damit am besten tot machen kann. Meine Parteigenossen und ich erkennen vollkommen an, daß es ekelhafte und widerwärtige Schmutzliteratur gibt und sind durchaus nicht geneigt, diese Literatur zu beschlagnahmen. Ich erinnere mich, daß vor einigen Jahren der „Kunstwart“ geschrieben hat, daß von sämtlichen Zeitungen die sozialdemokratischen ihre Spalten am sorgfältigsten rein hielten von schäpftigen Romanen und Novellen und unzähligen Inhalten. Meine Parteigenossen und ich wissen auch ganz gut, daß die unsittliche Literatur sich in allerhand Gewänder kleidet, daß sie hier und da unter der Maske von Wissenschaft und Kunst verbreitet wird. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß in einem gewissen Maße darin eine Gefahr für die heranwachsende Jugend liegt.

Aber alle diese Dinge dürfen doch nicht so übertrieben werden, wie es diese Petition und ihre Befürworter tun. Alle diese Dinge dürfen doch nicht dazu führen, der Verwaltung und Justiz weitere diskretionäre Gewalt gegen die Literatur und Kunst in die Hand zu geben. Erstens glaube ich gar nicht, daß dieser unbestreitbare Uebelstand jetzt wirklich so viel stärker ist als früher. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts soll es damit viel ärger gewesen sein, wenigstens habe ich in den Memoiren des Ritters v. Lang, eines alten hohen bayerischen Beamten, gelesen, daß zu jener Zeit ein Domherr des Kapitels Würzburg eine Sammlung von zweitausend unzähligen Büchern besaß. (Große Heiterkeit.) Jetzt dürfte es doch einigermaßen schwer fallen, einen gebildeten Mann zu finden, der sich solch eine Sammlung zulegte. (Heiterkeit.) Ich glaube auch, daß vor dreißig Jahren, etwa im Anfang der 70. Jahre, es vielfach ärger zuging als jetzt. Wenn ich mich der Zeit erinnere, als ich noch ein halbes Kind war, was da an Couplets gefungen und in den Zeitungen an Wägen gelehrt wurde, so glaube ich, daß die Sache heute nicht so arg ist wie damals. Die Polizei lokortiert heute in solchen Dingen viel weniger; damals wurden ganz offen Fotereien der ärgsten Art auf den Wägen der Dinkelwagen gefungen. Die Herzen, die älter sind, und diese Zeit noch kennen (Heiterkeit), werden mir das bestätigen.

Gegen die Petition sind wir vor allem aus dem Grunde, weil sie ganz unbestimmte Befugnisse für die Behörden in dieser Sache fordert. Sie verlangt neue Handhaben, ja, was für Handhaben? Welcher ernsthaften und vernünftigen Mensch kann sich auf eine Petition festlegen, die den Behörden Befugnisse geben will, ohne zu wissen, was das für welche sind! Wir sind aber überhaupt der Ansicht, daß man sich auf diesem Gebiete wie auf den meisten anderen grun dätzlich gegen neue Strafgesehe wehren soll. Was das Strafgesetz auf dem Gebiete der Bekämpfung unsittlicher Literatur leisten kann, hat es tatsächlich geleistet, was man der Justiz anvertrauen kann, ist für heute schon anbertraut. Herr Noeren berief sich darauf, daß § 184 seit 50 Jahren in Geltung sei, ohne erweitert worden zu sein, während andere Gesetzgebungen neue Formulierungen angenommen hätten. Es wird dem Herrn Kollegen Noeren als Richter nicht unbekannt sein, daß, wenn auch der Wortlaut des Gesetzes derselbe geblieben ist, doch durch Kuslegung und Handhabung des § 184 durch die Gerichte das Gesetz einem vollkommen anderen und erheblich erweiterten Inhalts bekommen hat, ganz abgesehen von den Wenderungen, die es vor einigen Jahren durch die lex Pompey erfahren hat. Unter dem

Begriff „unzuchtig“ verstand man früher nur, was in irgend einer Weise bestimmt war, geschlechtliche Erregung hervorzurufen. Heutezutage steht die Rechtsprechung auf dem Standpunkte, daß unzuchtig alles ist, was geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des normalen Menschen in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen. Und der Normalmensch, das wissen wir ja, ist bei uns der Denunziant (Große Heiterkeit links, Unruhe im Zentrum), das Mitglied eines Sittlichkeits-Denunziantenvereins, der Normalmensch, das ist der Schutzmann, der sogar noch einmal umkehrt, um an den unzuchtigen Darstellungen das vorchristumäßige Kergernis zu nehmen.

Die Auslegung des § 184 hat eine Ausdehnung erfahren, daß man, wenn man will, alles darunter bringen kann. Wenn heute § 184 auf Schiller und Goethe nicht angewendet wird, so geschieht es nur deshalb nicht, weil man sie als klassiker respektiert und weil man sich doch etwas fürchtet, sie anzufassen, es gibt ja auch bei uns ab und zu Leute, die sich fürchten, sich lächerlich zu machen. Aber nach der Juridik der Reichsgerichte könnte man unzählige Sachen von Goethe und Schiller unter den § 184 bringen. Entgegen der Ansicht des Rechtslehrers Oshausen hat sich das Reichsgericht auf den Standpunkt gestellt, daß auch der künstlerische Standpunkt nicht den Charakter der Unzuchtigkeit beseitigt, wenn durch die Darstellung das Schamgefühl beim Normalmensch verletzt wird. Sie sehen, es gibt heute schon gar keine Grenze für die Handhabung des § 184. Dazu kommt noch die Verschärfung des Strafgesetzbuches in bezug auf das Verbot des Angebots von unsittlichen Schriften an die Jugend.

Kun gebe ich zu, daß die rigorose und weitestgehende Auslegung des Strafgesetzbuches nichts genügt hat gegen die wirklich schmutzige Literatur. Trotz der Strafbestimmungen werden immer wieder schmutzige Sachen verbreitet, und das merkwürdigste ist, daß die Polizei diese schmutzigen Dinge ganz ruhig gewähren läßt. (Hört! hört!) Wir haben bekanntlich in der Gewerbe-Ordnung die Bestimmung, daß gewisse Sachen vom Straßenhandel ausgeschlossen werden können, und alle Augenblicke liest man, daß politische Witzblätter mit Beschlagnahme belegt werden. Aber alle Tage werden einem die 10 Pfennig-Schriften schmutziger Literatur mit halbnackten Frauenzimmern auf der Straße angeboten, ohne daß die Polizei zuvorkommt. Wahrscheinlich geht man von dem richtigen Standpunkt aus, daß man durch Verfolgung die Sachen nur interessanter macht. Tatsächlich ist der Absatz dieser kleinen schmutzigen Witzblätter zurückgegangen, seitdem die Polizei sich weniger darum kümmert und man die Schriften nicht mehr mit dem Hinweise empfehlen kann: „Konfiszieren lassen!“ Wenn die Strafgesetze wenig erzielt haben, so ist das für mich nicht ein Grund, neue Strafgesetze zu geben. Man sollte lieber andere Wege einschlagen, um die wirkliche Unsittheit zu bekämpfen.

Kun haben wir noch andere Gründe, weswegen wir uns gegen die Petition wenden. Wir glauben, daß hinter diesem Kampf gegen die vermeintlich unsittliche Literatur sich ganz andere Zwecke verbergen, daß sich dahinter verbirgt die Absicht, die Erörterung des Natürlichen und des Wahren noch mehr einzuzengen und wirkliche Kunst und Wissenschaft noch weiter zu beschranken. In der Kommission hat man den „Simplicissimus“ und die „Jugend“ als unzuchtige Schriften bezeichnet. Nach meinem Gefühl und dem weiter Kreise des Volkes sind diese Zeitschriften zwar dorb, aber nicht unzuchtig. (Sehr richtig! links.) Gewiß sind sie manchen Leuten unangenehm, namentlich der Zentrumspartei. Was die „Jugend“ betrifft, so ist leicht verständlich, daß alle „Schwarzen Auguste“ darin übereinstimmen, dieses Blatt möglichst zu unterdrücken. Die Ausführungen des Herrn Noeren gegen die halb naturwissenschaftliche, halb unsittliche Popular-Literatur haben etwas für sich. Aber wir fürchten, daß wenn man der Polizei die gewünschten Handhaben gibt, sie sich eher gegen solche ernsten Bücher wie Volkes „Liedesleben in der Natur“ wenden würde, weil darin die Deszendenz-Theorie vortragen wird! Wir sind auch der Ansicht, daß noch etwas anderes hinter der Petition steckt. Es geht ja eine Tendenz des unwarren, unkeuschen Nudertums durch gewisse Kreise. Wir müssen in dieser Zeit erleben, daß in einer Schule den Mädchen verboten wurde, aus Schillers „Lied von der Glocke“ die Stelle, die beginnt: „Vom Mädchen reißt sich stolz der Knabe bis, daß sie ewig grünen bliebe, die goldne Zeit der jungen Liebe“, auswendig zu lernen. (Große Heiterkeit.) Die Mädchen haben das Gedicht gedruckt vor sich, sie lernen das ganze Gedicht auswendig, nur diese Stelle ist ihnen verboten, auswendig zu lernen. Heißt das nicht die Kinder mit der Nase auf das Geschlechtliche stoßen. (Sehr richtig! links.) Wir haben erlebt, daß in einem Gesangbuch aus einem alten schönen Lied die Stelle fortgelassen wurde, wo es heißt: „Der uns von Mutterleib und Kindesbeinen an usw.“ Das müßte gestrichen werden, weil, ja weil es eben gewisse Leute gibt, die es für unkeusch halten, vom Mutterleib zu sprechen, weil ihnen der bloße Gedanke der Heiligkeit der Mutterschaft ein unkeusches Gefühl erregt. (Sehr richtig! links.) Wir haben es erlebt, daß irgend so eine Tugendlehre, ein Pfarrer oder ein Lehrer, den kleinen Mädchen verboten hat, mit nackten Armen in die Schule zu kommen, weil er sich dabei aufrege. (Große Heiterkeit.) Wir haben es vor ganz kurzer Zeit erlebt, daß die „Athenische Zeitung“ den Beizettel eines 10-jährigen Jungen abgedruckt hat. Auf diesem Beizettel mußte der Junge folgende Fragen beantworten: „Ich habe unkeusches gedacht. Wie oft? Ich habe unkeusches gehört, gesagt, gesungen. Wie oft? Ich habe unkeusches getan; allein, wie oft? oder mit anderen, wie oft?“ (Große Heiterkeit.) Diesen Zettel hatten die zehn- oder zwölfjährigen Kinder auszufüllen. Gibt es denn etwas Jugendverderbenderes, als die Kinder in der Schule solche häßlichen Fragen beantworten zu lassen? (Sehr richtig! links.) Derselben Kreise, aus denen solche Dinge hervorgehen, wollen jetzt uns zumuten, diskretionäre Bestimmungen zu treffen. Damit noch weiterer Unflug damit getrieben wird! (Uebhafter Beifall links.) Ein Kind, das von Jugend auf geübt ist, Bilder von nackten Menschen zu sehen, wird sich nichts Schlimmes dabei denken. Die Gebühnsträmerei ist es, die die Unsittheit erregt, die zum mindesten ihrer Bekämpfung erschwert, die die Kinder veranlaßt, wenn sie etwas älter sind, nach der wirklich unsittlichen Literatur zu greifen. Deshalb sind alle meine Parteifreunde gegen die Petition. Jeder, dem deutsche Geistesfreiheit, deutsche Bildung und die Sittlichkeit der Jugend etwas wert ist, muß gegen die Petition stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lattmann (wirtsch. Bg.): Die Petition will gar nicht das Beschäftigen, was der letzte Herr Vordredner befürchtet. Nicht um Kampf gegen Wahrheit, Schönheit und Freiheit handelt es sich, sondern um Unterdrückung der Afterkunst. Der „Simplicissimus“ wird von dem sozialdemokratischen Redner als „echte Kunst“ bezeichnet. Ich will Ihnen eine Probe davon geben. Der Pfarrer Weber wurde wegen seines Kampfes gegen die Unsittheit vom „Simplicissimus“ mit einem Gedicht bedacht, von dem ich Ihnen zwei Verse vorlesen will. (Rufus links: Das Ganze vorlesen!) Gut, wenn Sie wollen, werde ich Ihnen das Ganze vorlesen. Es heißt also:

Warum schlumpfen Sie, Herr Lizenziate  
Ueber die Amoral in der Kemenate?  
Warum erheben Sie ein solches Gedeule  
Sie gnadenriefende Schöpferkente!  
Ezechiel und Jeremia Jünger,  
Was beschmeißen Sie uns mit Wibelbünger,  
Was gerendert Ihnen zu solchem Schmerze?  
Sie evangelische Unschlifferte?  
Was wissen Sie denn von der Liebe,  
Mit Ihrem Pastoren-Rominsentriebe?  
Sie multiplizierter Kinderzeuger,  
Sie gottesfölicher Peitbestreuger!

Als die Menschen noch glücklich waren,  
Herr Lizenziate, vor vielen Jahren,  
Da wohnte Frau Venus im Griechenslande  
In schönen Tempeln am Meeresstrande.  
Man hielt sie als Göttin in hohen Ehren  
Und lauschte innig den holden Lehren.  
Sie redete von einem schmutzigen Kaster,  
Sie jammerföliges Sündenleibchen!  
Sie haben den Schmutz wohl häufig gefunden  
In Ihren kindigen Fleischstunden,  
Bei Ihrem christlichen Eheweibchen,  
In Frau Pastorens Planenleibchen!

Die Verlesung des Gedichtes ruft stürmische Unterbrechungen hervor. Redner fragt nach jeder Strophe: „Ist das nun Kunst oder Gemeinheit?“ Das Zentrum und die Rechte antworten: „Es ist eine Gemeinheit!“ Auf der Linken wird unter großer Heiterkeit gerufen: „Weiter vorlesen!“ Der Redner entgegnet darauf: „Da sieht man ja den Ernst, mit dem Sie die Sache auffassen.“ Das ruft erneute, langandauernde Heiterkeit der Linken hervor.

Man mag zu dem Kongreß in Köln stehen wie man will, und ich persönlich könnte nichts Uebertriebeneres in seinen Beratungen und Forderungen finden. Jedenfalls hat er das große Verdienst, die gesamte Strafrechtsliteratur des Auslandes auf diesem Gebiet und zugänglich gemacht und einen Vergleich ermöglicht zu haben. Und da hat sich ergeben, daß Deutschland den Weltrekord auf diesem Gebiet leider zu erreichen nahe daran ist. Während früher hauptsächlich Paris und Budapest die unsittliche Literatur lieferten, hat sich jetzt die Produktionsstätte nach Deutschland verschoben. Seit der hochverdiente Otto v. Beizner die Künstler und die Presse mit aufgerufen hat zum Kampf gegen die Unsittheit, ist zu hoffen, daß die strafrechtliche Unterdrückung der schlechten Literatur fortgeschritten wird, sie deren Zurückdrängung auch im Interesse der wahren Kunst liegt. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Noeren (Z.): Ich hoffe immer noch, daß, wenn das Witzverständnis beseitigt ist, auf den alle Ausführungen des Abgeordneten Heine beruhen, wie zur einstimmigen Annahme der Petition gelangen werden. Ich kann dem Kollegen Heine als Juristen den Vorwurf nicht ersparen, daß er in all seinen Ausführungen neben der Sache her und nicht aufs Ziel losgegangen ist. Es wird ja keine bestimmte Maßnahme, keine Erweiterung des Strafgesetzes, keine diskretionäre Vollmacht der Polizei oder der Gerichte in der Petition verlangt. Es wird ja nur der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge auf wirksamere Maßnahmen gegen die Schmutzliteratur sinnen. Sie behalten ja die Freiheit, die Maßnahmen der Regierung, die sie Ihnen später vorschlägt, anzunehmen oder abzulehnen. Der „Vorwärts“, dessen Haltung in dieser Frage ich durchaus nicht so beurteile, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) vielleicht glauben, da er in der Bekämpfung der öffentlichen Unsittheit einen vielfach einschländeren Standpunkt einnimmt als die liberalen Blätter, schrieb vor einiger Zeit, daß niemand, am wenigsten die Sozialdemokratie die auf die Erregung geschlechtlicher Triebe und namentlich auf die Korruption der Jugend in Wort und Bild gerichteten Machwerke verteidigen werde. — In diesem Sinne nehmen Sie den Antrag der Kommission an! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wenn es richtig wäre, daß die Petition nur die Regierung auffordern will, nachzudenken, wie man den Schmutz in Wort und Bild bekämpft, so könnten wir ihr vielleicht zustimmen. Aber die Petition verlangt ausdrücklich eine Verschärfung des Strafgesetzes, insbesondere gegen die Witzblätter, und wenn noch ein Zweifel bestehen konnte, so zeigten die Worte des Abg. Lattmann, daß diejenigen getroffen werden sollen, die Ihre unsittlichen politischen Beschreibungen ins rechte Licht setzen und Ihre Heuschrecke entlarven, daß die Klassenjustiz und Klassenverwaltung aufgehoben werden soll gegen die, die das bodenlos Gemeine, gegen die, die die politische Unsittheit der herrschenden Klassen leinzeichnen. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Wenn auch der Abg. Lattmann gesagt hat, wer das Simplicissimus-Gedicht nicht unsittlich finde, gehöre nicht hierher, so empfinden wir es doch nicht als unsittlich. Es mag dorb und Ihnen unangenehm sein. (Rufus rechts: Schweinisch!) Ach, meine Herren, dem Meinen ist alles rein, dem Schweine alles Schwein! (Große anhaltende Unruhe rechts, Glor des Präsidenten.) Aber ich kann Ihnen mit einem Zitat dienen. Der evangelische Pfarrer Pfleger an der Stadtkirche in Zürich hatte ein hochsittliches Flugblatt geschrieben (Rufus rechts: Ach, ein sozialdemokratischer Pfarrer!) Ja, es gibt auch sozialdemokratische Pfarrer, wenn man sie auch in der preussischen Landeskirche nicht duldet (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber das wollen Sie eben nicht gelten lassen, alles Ihnen feindselig kennzeichnen Sie als unsittlich! Auf wie tönernen Füßen muß Ihre Weltanschauung stehen, wenn Sie gegen alle, die entgegengeleitete Weltanschauung sind, nach dem Strafritter rufen! Ich danke Ihnen (zu den Konservativen) für den Zwischenruf; Herr Noeren mag sich die Bundesgenossen ansehen. (Unruhe und Lachen rechts.) Wegen das Flugblatt des evangelischen Pfarrers Pfleger schrieb die „Harburger Zeitung“ (Redner verliest unter ungeheurer Heiterkeit der Linken und wachsender Unruhe der Rechten einen Artikel der „Harburger Zeitung“, indem er folgende Kraftstellen besonders markiert): „Die hiesigen Sozialdemokratenträger, allerdings nur die begabtesten... verbreiten... ein Schandstück, ein Schmutzstück, das die Herzen verrotten und die Sinne verderben soll... einen ellen Witz, mit Feuer und Gift durchsetzt. Mit dieser Hohnschrist entpuppen sich die Genossen als wahre Luftverpester und Wasserverseuer... Die Spitzfindigkeit, die Verrohung, die Verdröppelungsgemeinheit, mit der das Evangelium inferes Herrn zittert wird, sind hundertgemein. Die „Genossen“ mühten sich mit Eitel und Widerwillen von solchen im Riste verkommenen Ueberfahren abenden... Der Verfasser dieses Witzes... ist ein Betrüger und ein Lügner, aber kein Pfarrer. Er verdient für seine gnostische Impotenz lebenslängliche Zuchthausstrafe.“ (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Das unterstehen sich ernsthafte politische Blätter Ihrer Richtung gegen einen evangelischen Pfarrer! Das ist die Sittlichkeit des Abgeordneten Lattmann. Wir würden den Pfarrer Pfleger bedauern, wenn er wegen dieser Auslösung nach dem Strafritter rief. Wir haben das Zeug einfach tiefer gehängt. In dem „Simplicissimus“-Gedicht wird die Ansicht bestimmten Ständen gegenüber, allerdings in dorb, rohen Worten dargelegt. (Rufus im Zentrum: Es ist eine Gemeinheit!) Es ist noch lange nicht so dorb, wie die katholischen Schriften des Mittelalters! (Unruhe und Widerspruch im Zentrum.) Das könnte ich Ihnen durch sehr viele Zitate beweisen.

Man sollte die schlechten Literaturzeugnisse tiefer hängen, ebenso wie wir das gemeine Gezeter über meine Freunde, das in verschiedenen Zeitschriften steht, tiefer hängen. Solche Neuherrungen zeigen, daß man in den Kreisen, in denen man die Loterung nicht kennt, Furcht hat. Gerade die Ausführungen des Abg. Lattmann sollten den Abg. Noeren darüber aufklären, daß bei den ganzen Verschreibungen, um die es sich hier handelt, das wesentliche ist, die Ansichten anderer zu unterdrücken. Der Witz und die Karikatur zeigen, daß die von ihnen gezeigten Fehler wirklich vorhanden sind, und wer nicht wünscht, daß die Fehler aufgedeckt werden, der zeigt seine Furcht vor den Menschen. Ich möchte dringend bitten, der Petition entgegen zu treten. Wenn ich für sie eintreten so würden wir für etwas eintreten, was im letzten Grunde Heuchler und Oberheuchler schafft. (Beifall links.)

Abg. Heine (Soz.): Dem Abg. Noeren möchte ich mit dem Dichter erwidern: „Das Gute, dieser Satz steht fest, ist nicht das Böse, das man löst.“ Die Keuschheit ist die Unkeuschheit der Unkeuschheit. Das Geschlechtliche ist etwas Natürliches



**Und nichts Unkeusches.** Darin stimme ich dem Abg. Roeren bei: wenn Menschen einen widerlichen Reiz bei der Bekunde einer Schrift empfinden, so ist das unkeusche. Aber die Unkeuschheit liegt nicht in den Menschen und sehr oft nicht in den Schriften und Bildern. (Sehr richtig! links.) Man kann die Jugend nicht von allem Geschlechtlichen abwendig machen, aber man soll nicht lehren, das Geschlechtliche als etwas überaus Wichtiges und Besonderes anzusehen. Wenn man der Jugend sagt, das Geschlechtliche ist Unkeuschheit, so weiß sie ja, daß sie selbst auf diesem Wege zur Welt gekommen ist. Wir müssen die Jugend frühzeitig stützlich stärken und ihr Interesse auf andere Dinge lenken, damit ihre reinen Seelen vor dem Schmutze zurückbleiben. Das Vertreiben von Weichzettelern an die Kinder im Kommuniionsunterricht wird auch von sehr strenggläubigen Katholiken nicht für richtig gehalten; sie erwecken in den Kindern geradezu eine unkeusche Lust. Abg. Roeren sagt, die Petition wolle keine Erweiterung oder Umbildung des § 184. Ja, was will sie dann? Er sagt ja selbst, der Paragraph sei unzulänglich! — Wenn den verbündeten Regierungen die Petition zur Erwägung oder Berücksichtigung überwiesen wird, so glauben wir, daß aus den Erwägungen nichts Gutes herauskommt. (Weißfall links.)

Abg. Benzmann (fr. Sp.): Wenn man sieht, wie hier die evangelische Kreissynode mit den Katholiken Hand in Hand geht, so könnte man meinen, wir wären endlich so weit, bald zu einem konfessionellen Frieden zu kommen. Aber diese Allianz will mir nicht behagen! Die lox Heize, die übrigens sehr dazu angetan war, den konfessionellen Frieden zu fördern, ist durch den Reichstag abgegan. Nun geht man einen anderen Weg und will mittels einer Petition diese Bewegung wieder in Fluß bringen. Ich bin mit dem Abg. Heine der Meinung, daß die Erziehung zur natürlichen Keuschheit ein sehr probates Mittel gegen die Unkeuschheit ist. Aber noch probater wäre es, wenn von oben herab gute Beispiele gegeben würden (Sehr gut! links), auch in den oberen Kreisen könnte man etwas keuscher sein. „Simplicissimus“ und „Jugend“ sind teure Blätter, die meist in besseren Kreisen gelesen werden, die keine Freunde an der Schundliteratur haben. Wenn wir die Petition den Regierungen zur Berücksichtigung überweisen, so könnte dabei etwas herauskommen, was der Abg. Roeren nicht will. Wir verwarfen uns gegen die Ueberweisung zur Berücksichtigung, wir können nicht den Regierungen überlassen, die Petition zu interpretieren, und werden daher für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen. (Weißfall links.)

Abg. Pätzig (natl.) begründet den Antrag seiner Freunde auf Uebergang zur Tagesordnung über die Petition. Der Streit, der vor einigen Jahren über die lox Heize entbrannt, aber nur zur Ruhe gekommen sei, werde von neuem entbrennen, wenn diese Petition den Regierungen zur Berücksichtigung überwiesen werden würde. (Weißfall links.)

Der Antrag Dr. Semler (natl.) wird gegen die Stimmen der gesamten Linken und des Grafen Reventlow (wirtsch. Bg.) abgelehnt, der Kommissionsantrag mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Die Petition betreffend Beseitigung der Theaterzensur wird auf Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) von der Tagesordnung abgesetzt, da sie nur vor einem vollbesetzten Hause verhandelt werden soll, ebenso die Petition betreffend Stilllegung von Kohlenzechen auf Antrag Dr. Pätzig (natl.), welcher ausführt, daß der Reichstag sich ja doch bald mit dem sozialdemokratischen Antrag, der diesen Gegenstand betrifft, beschäftigen wird.

Die Petition des Vorstandes der demokratischen Partei zu Mühlhausen i. E. betreffend Aenderung der Militärstrafgerichtsordnung wird nach dem Kommissionsantrag ohne Debatte zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die zahlreichen (über 40) Petitionen betreffend Einschränkung des Flaschenbierhandels und Aenderungen des Schankkonzessionswesens sollen nach dem Kommissionsantrag als Material überwiesen werden.

Abg. Pätzig (B.) betont die Wichtigkeit dieser Petitionen: Durch das Flaschenbier bringen geistige Getränke in Kreise hinein, die sonst nicht davon berührt wurden, z. B. die Schmitzer bei der Ernte. Wenn die Petition des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke auch zu weit gehen mag, so ist doch viel Wahres daran. Mein Parteigenosse Erzberger hat deshalb den Antrag eingebracht, die Petitionen nicht als Material, sondern zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Heine (Soz.): Ich habe seitens meiner Partei kurz zu erklären, daß wir sowohl gegen den Antrag Erzberger als gegen den Kommissionsantrag sind. Ich kann nicht anerkennen, daß Leute sich an Flaschenbier leichter betrinken, als an Maßbier. Wir sehen in diesen Petitionen nur das Bestreben, einen neuen Erwerbsszweig mit politischen Schikanen zu bedenken. Wir erleben es ja in kleinen Städten alle Tage, daß wenn ein Sozialdemokrat um die Konzession einkommt, die Bedürfnisfrage verneint wird, kommt aber dann ein Konservativer ein, so ist das Bedürfnis mit einem Male vorhanden. So soll es nun auch beim Flaschenbierhandel werden. Ich beginnige und wünsche wahrhaftig nicht das Saufen der Leute, aber ich kann in der Petition gegen den Flaschenbierhandel kein geeignetes Mittel für seine Bekämpfung sehen. Die Herren, die die Petitionen unterstützen, scheinen sich auch nicht klar darüber zu sein, wie sehr sie den Mittelstand, namentlich die kleinen Kolonialwarenhändler damit schädigen. (Weißfall links.)

Hieraus wird der Antrag Erzberger (B.) auf Ueberweisung „zur Erwägung“ gegen die Stimmen der gesamten Linken, der Polen und der Reichspartei angenommen.

Eine Petition der Handwerkskammer für Mittelranken auf Sicherung der Bauforderungen will die Kommission zur Erwägung überweisen; an einer anderen Stelle des Kommissionsberichts ist von Ueberweisung als Material die Rede.

Abg. Erzberger (B.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bittet wiederholt unter wachsender Heftigkeit des Hauses den Berichterstatter Abg. Schidert (L.) um Klärung der Unstimmigkeiten des Kommissionsberichts; der Berichterstatter ist jedoch nicht antwortend.

Abg. Wattenberg (B.) spricht als Vorsitzender der Petitionskommission seine Ansicht dahin aus, daß die Kommission Erwägung habe beantragen wollen.

Das Haus beschließt demgemäß. Ueber eine Petition des Verbandes deutscher Köche um Ausdehnung der besonderen Bestimmungen der Gewerbeordnung für das Handwerk auf das Kochgewerbe wird nach dem Kommissionsantrag zur Tagesordnung übergegangen. Ein vom Abg. Erzberger (B.) begründeter und vom Abg. Schwarz (Soz.) bekämpfter Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung ist damit abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präz. Graf Ballestrem: Teils wegen Mangel an Material, teils um den Kommissionen Zeit zu lassen, neues Material für die Plenarsitzungen vorzubereiten, teils auch, weil andere Gründe wenigstens für einen freien Tag vorliegen, schlage ich Ihnen vor, die nächste Sitzung erst Donnerstag, den 18. Mai, nachmittags 2 Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Rechnungssachen, zweite Lesung des Totalfaktor-Gesetzes und dritte Lesung des Gesetzes betr. Aenderung der Strafprozessordnung.

Abg. Bebel (Soz.) beantragt, nach den während der ersten Staatsberatung getroffenen Vereinbarungen jezt vom Dienstag an außerordentliche Schwerrichtstage abzuhalten.

Präz. Graf Ballestrem bekämpft diesen Antrag mit Rücksicht auf die Arbeiten der Kommissionen.

Der Antrag Bebel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner freisinniger Abgeordneten abgelehnt. Es bleibt also bei dem Vorschlage des Präsidenten.

## Aus der Partei.

### Offerten mit Gehaltsansprüchen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Nummer 108 des „Vorwärts“ bringt zwei Ausschreiben: ein größeres Parteiblatt sucht einen Redakteur, das Arbeitersekretariat Nürnberg eine weibliche Hilfskraft. Beide verlangen Angabe der Gehaltsansprüche. Zwischen ihnen sieht ein bürgerliches Geschäft, das einen Schriftsteller sucht und sein Lohnangebot genau spezifiziert. Die Arbeiter sind mit Recht Gegner des heutigen Submissionswesens, das zur gegenseitigen Unterbietung der Unternehmer und in letzter Linie zur Vohndrückerei führt. Wie können sie es da dulden, daß ihre eigenen Unternehmungen in dieser unwürdigen Art ausgeschrieben? Jeder Betrieb, der einen Angestellten sucht, weiß ziemlich genau, wie hoch er in der Gehaltszahlung gehen will. Er wird die Gehaltsansprüche also nicht einfordern, um eventuell wesentlich mehr zu bewilligen, sondern um den billigsten Satz zu finden, zu dem eine geeignete Kraft zu haben ist. Und unter sonst gleichen Umständen wird natürlich der Mindestfordernde den Sieg davontragen. Bedenkt man, daß ein nicht geringer Teil stellungsuchender Personen und „freier Schriftsteller“ in Verlegenheiten und vielfach selbst in bitterer Not lebt, so wird man es verstehen, daß eine solche Art der Ausschreibung nur zur Vohndrückerei durch gegenseitige Unterbietung führen wird. Ein anständiger Betrieb, vor allem aber ein Unternehmen der organisierten Arbeiter, soll angeben, was er zu zahlen gewillt ist. Dann weiß jeder Stellungsuchende, wie er sich zu verhalten hat.

Unangenehm erscheint aber auch das Ausschreiben unter Chiffre. Nicht nur sind die Kosten des Lebensunterhalts an den einzelnen Orten verschieden, so daß ohne Kenntnis des Ortes gar keine Berechnung des notwendigen Einkommens, also auch keine wohlüberlegte Gehaltsforderung möglich ist — die stellungsuchenden Genossen sind doch schließlich auch Menschen, die sich fragen, ob sie für einen bestimmten Ort, man denke nur an die verschiedene Stellung zu Parteifragen, sich eignen und ob dieser für sie passend ist. Also möge man, wie jenes Kasseler Geschäft in genannter Nummer, ruhig den Ort angeben.

Alles das sind freilich nur „kleine Mittel“. Notwendig zur Herbeiführung würdigerer Zustände ist die Herbeiführung eines Tarifs mit Lokalgeldschlägen, der eine Gleichmäßigkeit für das ganze Reich sicherte, während es heute von dem Zufall der Rentabilität einer Zeitung, die mit den Leistungen ihrer Redakteure oft gar nichts zu tun hat und von der übertriebenen oder mangelnden Bescheidenheit der in Frage kommenden Personen abhängt, ob sie unwürdig oder angemessen, vielleicht auch anmaßend hoch besoldet werden. Was wir von anderen verlangen, ziemt sich doch wohl für uns zu allererst. Simon Kayenstein.

Ein Manifest der dänischen Sozialdemokratie. Der Hauptvorstand der Sozialdemokratie Dänemarks, der aus 48 von den Parteigenossen des ganzen Landes gewählten Männern und Frauen besteht, hielt am Sonntag in Kopenhagen seine statutenmäßige Frühjahrsvorversammlung ab. Der Geschäftsführer der Partei, P. Knudsen, gab Bericht über die Tätigkeit der Partei und der Reichstagsfraktion im letzten Halbjahr und legte den Entwurf zu einem Manifest an die Bevölkerung vor. Nach gründlicher Debatte wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern mit der Ausarbeitung des Manifestes betraut, das dann nachher von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. In dem Manifest, das in der Dienstagsnummer von „Social-Demokraten“ an leitender Stelle veröffentlicht wurde und beinahe zwei Spalten füllt, wird zunächst die allgemeine politische Lage beleuchtet, wie sie sich durch den Ministerwechsel vom Anfang dieses Jahres und die damit zusammenhängende Sprengung der Linkenpartei gestaltet hat. Es

wird auf den kulturellen und parlamentarischen Rückschritt hingewiesen, der in dem durch das neue Ministerium und die ihm folgenden „Liberalen“ zustande gebrachten Brägelgesetz und in der „Anmerkung“ zum Militärbudget zutage tritt, sowie auf die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verdankenden Fortschritte: die Tuberkulosegesetz, das Gesetz über Erziehung verwahrsloster Kinder, weitere Ausdehnung der Unfallversicherung, Vorbereitung zur Revision des Besindegesetzes und Aussicht auf eine gerechte Wahlkreiseinteilung. Unter Hinweis auf die im Jahre 1906 stattfindenden Wahlen — Stadtrats- und Kirchspieltatswahlen im ganzen Lande, Hofscheidungs- und Landstingswahlen — wird zu eifrigem Kampfe gegen die Reaktion und für die Sozialdemokratie aufgefordert. Das Manifest schließt: Jeder Fortschritt auf gesellschaftlichem, politischem und kooperativem Wege ist für uns ein Hebel zu weiterer Wirksamkeit für die Befreiung des Volkes vom Kapitalismus, Militarismus und Merkantilismus. Keine ernstlich demokratische Befreiungsarbeit ist in unsern Tagen möglich, ohne auf die Schwächung und schließlich Abschaffung des Kapitalismus gerichtet zu sein.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Die Zimmernummer.

In Breslau sind zwei Parteigenossen in Strafe genommen worden wegen Verletzung des Vereinsgesetzes, der eine als Referent und der andere als Wirt des Gewerkschaftshauses, in dem eine unangemeldete Versammlung abgehalten worden sein soll. Die Versammlung war ordnungsgemäß angemeldet worden mit der Ortsangabe: Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17. Das hielt die Polizei für ungenügend, sie verlangte die Angabe der Zimmernummer und verweigerte, als diese nicht angegeben wurde, die Versammlung. Die Versammlung ist aber trotzdem in Anwesenheit der Polizei abgehalten worden.

Die darauf ausgesetzene Polizeistrafe wurde vom Schöffengericht und von der Strafkammer bestätigt. Die Bestraften wollen aber Revision einlegen. Das Breslauer Gewerkschaftshaus ist ein verhältnismäßig kleines Haus mit wenigen Räumen. Daß darin eine Versammlung leicht zu finden ist, dürfte die Anwesenheit der Polizeibeamten in der „ungenügend“ angemeldeten Versammlung beweisen. Die Aktion zeugt von sehr großer Auffassung.

Daß die Einberufer die Angabe der Zimmernummer verweigerten, hat seinen guten Grund. Erfahrungsgemäß passiert es manchmal, daß Versammlungen in solchem Lokale das ursprünglich in Aussicht genommene Zimmer nicht benutzen können und im letzten Augenblick ein anderes nehmen müssen. Wenn die Angabe der Zimmernummer ein Erfordernis der genügenden Anmeldung bildete, dann könnte es passieren, daß beim Wechsel des Zimmers, obwohl beide vielleicht auf einem Korridor liegen, die Versammlung nicht mehr als die angemeldete angesehen und dadurch unmöglich gemacht würde.

## Soziales.

### Das „Selbstverwaltungsdrecht“ in den Krankenkassen.

In Alstedt, einem Industrieort des Kreises W. Gladbach ist ein grimmiger Krieg zwischen der Orts-Krankenkasse und der Aufsichtsbehörde entbrannt. Bis vor einiger Zeit herrschte dort zwischen dem Vorstand der Kasse und der Behörde ein sehr „harmonisches“ Verhältnis, das wohl hauptsächlich seinen Grund darin hatte, daß die Kasse von einem Magistratsbeamten im Nebenamte verwaltet wurde. Der innige Konnex zwischen Rendant und Behörde war aber auch daran schuld, daß die Arbeitervertreter im Vorstand als das fünfte Rad am Wagen betrachtet wurden. Opposition ihrerseits hatte keinen Erfolg, der Rendant bezog seine mehrere tausend Mark Nebeneinkünfte ruhig weiter. Nun machte sich eine Opposition in der Bürgerchaft im allgemeinen bemerkbar, weil ein großer Teil der Kommunalbeamten sich Nebeneinkünften verschaffen und die Bürger dadurch schädigten. Diese Opposition mag wohl der Grund gewesen sein, daß der Rendant erklärte, daß er sein Amt am 1. April d. J. niederlegen wolle. Von den zahlreichen Gewerbern um diesen Posten kam nur ein städtischer Beamter, der aber den Kommunaldienst quittieren wollte, und unser Genosse Heusgen aus Arefeld in Frage. Heusgen, dem das Zeugnis eines ausgezeichneten Kassendameanten ausgestellt wurde, ward von dem Vorstande, aber gegen die Stimmen der Arbeitgeber, die den städtischen Beamten haben wollten, gewählt. Der Schluß der Affäre war, daß der Vorstand, nachdem die Arbeitgeber ihr Amt niedergelegt, von der Aufsichtsbehörde abgesetzt wurde. Die Wahl unseres Genossen Heusgen zum Rendanten wurde, obwohl derselbe allen an ihn gestellten Anforderungen genügte, annulliert und am 1. April ein städtischer Beamter als Kassensführer eingesetzt. Selbstverständlich wird sich der Bezirksausschuß noch mit der Angelegenheit beschäftigen. Während des ganzen Kampfes hatten sich die Vertreter der Generalversammlung auf Seiten des Vorstandes gestellt und die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde verurteilt. Letztere machte jetzt aber ganze Arbeit, sämtliche Vertreter der Generalversammlung erhielten dieser Tage ein Zirkular des Inhalts, daß sie ihres Amtes entsetzt seien und ihre Funktionen von der Aufsichtsbehörde ausgeübt würden. Und was war der Grund? Die Generalversammlung hatte einem Entwurf zu einem Vertrag mit den Kassensärzten, der ihr von der Aufsichtsbehörde vorgelegt war, nicht bedingungslos zugestimmt. Es wurden von den Vertretern verschiedene Paragraphen des Entwurfs als schädigend für die Kasse angesehen und eine Aenderung befürwortet. Darauf ließ sich die Aufsichtsbehörde nicht ein, sondern waltete kurz und entschieden ihres „Amtes“.

Die Ursache, daß die Versicherten gänzlich von der Verwaltung ausgeschlossen wurden, ist darin zu suchen, daß der Vorstand sich einen Rendanten wählte, der oben nicht gefiel, und der Grund, daß er nicht genehm war, ist der, daß er sich zur sozialdemokratischen Partei bekannte.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 13. Mai:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Die Heirat wider Willen.  
Schauspielhaus. Die die Allen jungen.  
Neues Opernhaus. Jung-Geidelberg.  
Deutsches. Der Haxer von Kirchfeld.  
Berliner. Kata-Toto.  
Westen. Die Hebermaus.  
Nachmittags 3 Uhr: Büchlein Tell.  
Thalia. Die Bäder von Lucca.  
Residenz. Herzogin Crevette.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Heiratsneß.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Leibschle.  
Festung. Teumastus.  
Nachmittags 3 Uhr: Demetrius.  
Kleines. Radtasyll.  
National. Das Glöckchen des Eremiten.  
Central. Die kleinen Lämmer.  
Trianon. Ihr zweiter Mann.  
Zustspielhaus. Der Familientag.  
Welle-Milance. Liebemannsdrö.

Carl Weich. Der Schützer-Frangl von Berchtesgaden.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Kasko. Kolos Vater.  
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.  
Metropol. Die Herren von Naghin.  
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.  
Herrnsfeld-Theater. Die Rehergatsin.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Urania. Taudonstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr: Der Simphon und sein Gebiet.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

### National-Theater

Weinbergsweg 19.  
Sonnabend, den 13. Mai 1905:  
Rehtes Galkspiel von Mme. Ch. Wyo.  
Glöckchen des Eremiten.  
Morgen: Die Indin. Galkspiel des Kammerjägers Werner Alberty.  
Anfang 8 Uhr.

### Zustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr:  
Der Familientag.  
Sommerpreise.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr:  
Ledige Leute.  
Sonntag und folgende Tage:  
Ledige Leute.

### Kleines Theater

Anfang 8 Uhr:  
Nachtasyl.  
Sonntag:  
Nachtasyl.

### Neue Königl. Oper (Kroll).

Heute und folgende Tage:  
Jung-Heidelberg.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Billettverk.: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Werthofm. Invalidendank und Abendkasse. Ab Sonntag täglich:  
Garten-Militär-Konzert.

### Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Herzogin Crevette.  
Schwan in 1 Vorpiel u. 2 Akten von Georges Feydeau.  
Deutsch von Benno Jacobson.

### Urania, Taudonstr. 48/49

8 Uhr:  
Der Simphon und sein Gebiet.

### Sternwarte

Invalldonstr. 57/62.  
Friedrichstr. 165.  
Mlle. Vallée aus Paris, armlose-Fußkünstlerin!  
Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist!  
Lebende Photographien.  
Italien. Damenkapelle „Revelli“.

### P. GASTAN'S PANOPTICUM

218. Friedelichstraße 218.  
Täglich  
Berliner Luft.  
Musik von Paul Lincke.  
Dazu: Das glänzende Mai-Spezialitäten-Programm und Biederneufitäten von Robert Steidl.  
Ab 7 Uhr: Garten-Konzert.

### WOLZOGEN-OPER

THALIA-THEATER.  
DIE BÄDER VON LUCCA.  
Sonntag:  
Auf vielseitigen Wunsch: X  
Wiederholung d. Schillerfeier.  
Anfang 8 Uhr.

### Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Anf. täglich 8 Uhr.  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Nur noch bis Sonnabend:  
Colo's Vater.  
Ab Sonntag: Neu einstudiert:  
Hotel Klingebusch.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe.

### Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 100. Male:  
Die Herren von Maxim.  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.  
Anf. 8 Uhr. Raucher gestattet.

### Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag 5 Uhr.

### Oriona

aktorbilische Tänzerin.  
Hinode Truppe  
Japanische Gymnastiker.  
Emmi Kröchert  
mit neuem Repertoire und das glänzende Mai-Programm.

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
Ihr zweiter Mann.  
Anfang 8 Uhr.  
W. Noacks Theater.  
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16.  
Philippine Welser.  
Schauspiel in 5 Akten v. C. v. Redwitz.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Morgen: Dieleiche Vorhellung.  
Bei schönem Wetter: Vorstellung im Garten.



**Memelerstraße.**  
 Zu erreichen mit Hoch- und Stadtbahn Barthauserstraße, Getheliche: Frankfurterstr. u. Allee, Barthauserstraße, Droschkenbolzstelle nach jeder Vorstellung.

**Zirkus Henry.**

Gente Sonnabend, 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

**IV. High-Life-Evening**  
 mit besonderem Gala-Programm, bestehend aus 17 der besten Nummern des Circus-Repertoires.  
 Nur noch zweimal:  
**Das Pyramiden-Cableau**, dargestellt von 50 Hengsten mit Elefanten, Original-Dressur des Direktors **Henry**.

**Nollendorf-Platz**

**Zirkus Maximilian Brose.**

Sonnabend abends 8 Uhr:  
**Elite-Gala-Vorstellung.**

Auftreten sämtl. Spezialitäten.  
 Vorführung von 5 Elefanten, 40 sibirischen Windhunden, 50 edelsten Rasseperden.  
 Näheres durch Tageszettel und Annoncen.  
 Billett-Vorverkauf bei Paul Grimm, Zigarrengeschäft, NW, Unter den Linden 47, Ecke Friedrichstr. u. English-Buffer.

**Bernhard Rose-Theater**  
 Gesundbrunnen, Sobstraße 53.  
 Heute: **Geschlossen.**  
 Sonntag, den 14. Mai 1905:  
**Großes Garten-Konzert.**  
 Schiller-Gedenkfest.  
**Die Räuber.**  
 Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
 Anfang des Konzerts 5 Uhr.  
 Preise der Plätze: Orchesterpl. 1 M., Oberstg. 75 Pf., Parterre 50 Pf., Entree 30 Pf.

**Carl Weiß-Theater.**  
 Or. Frankfurterstr. 132.  
 Gastspiel der Original-Legernseer.  
**Der Schnitzer = Franzl von Berchtesgaden.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen nachmittag 3 Uhr keine Preise: **Der Schnitzer-Franz.**  
 Abends 8 Uhr: **Unsere Bauern.** (Wanernblut.)  
 Sonntag im Garten: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Anfang 4 Uhr.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
 Letzte Vorstellung:  
 Montag, den 15. Mai.  
 Bis dahin täglich:

**Die Meyerhains.**  
 Mit den Autoren **Anton u. Donat Herrfeld** in den Hauptrollen.  
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
**Voranzeige!**  
**Die Winter-Tymian-Sänger,**  
 15 sächsische Humoristen, das berühmteste u. beliebteste Ensemble in diesem Genre, beginnt sein Gastspiel am **Donnerstag, den 18. Mai.**

**WINTERGARTEN**

**Neues Programm.**  
**Otto Reutter.**  
 Das Liserl vom Schliersee.  
**The Erlis, Akrobaten.**  
**La Wima, Sandmalerin.**  
**Woodbee Wonders,** komische Akrobaten.  
**O'Neil und Torp,** amerikanische Excentrics.  
**Leslie Bros.,** musikalische Excentrics.  
**La belle Davies** mit 2 Negerjungen.  
**The Hartleys, Springer.**  
**The Heers, Drahtseilkunstl.**  
**Mlle. Lo, lebende Bilder.**  
**Romain Noiset,** Kunstradfahrer.  
**Biograph, Serienbilder.**

**Schiller-Theater**  
 Friedrich-Wilhelm-Sträßchen 10.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Heiratsnest.**  
 Lustspiel in 5 Aufz. v. Gustav Dabls.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Meine Schwiegertochter.**

**Neues Konzerthaus**  
 Grand Hotel Alexanderplatz.  
 Inhaber: **Albert Moerner, Blumengarten.**  
 Heute sowie täglich:  
 Gastspiel des Hamburger Konzert- und Variété-Ensembles  
 Direktion: **R. Sander.**  
 Anfang: 9 Uhr.

**Schmöckwitz Gasthaus zur Palme** am Seebinsee.  
 (Endstation der „Stern“-Dampfer.)  
**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
 Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfserlege, Regeldampfen, große Rasenfläche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

**Otto Pritzkows**  
**Abnormitäten-Ausstellung**  
 Münzstr. 16.  
 Kurzes Gastspiel des berühmtesten taubstummen Soubrettenkörpers **Paulo.**  
 die Schaffung eines Weibes aus dem Nichts.  
**Lola,** Melodrame, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.  
**Ilona,** total taubstumm tätowiert.  
 Entree 20 Pf.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sängler.**  
 Unsere süßen Dienstmädel. Burleske von Meisel.  
 Anf. Bes. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Gustav Behrens**  
 Spezialitäten-Theater.  
 Frankfurter-Allee 85.  
**Das großartige neue Mai-Programm.**  
 20 erstklassige Nummern.  
**Großer Ringkampf**  
 Parodie.

**Etablissement Bugenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
**Der große Naturgarten ist eröffnet.**  
**Streich-Konzert.**  
 Ricardo Munez.

**Greift zu!!!** dem Besten  
 Monats-Anzüge u. Paletots u. 8,50 M. an  
 Kavaller-Anz. u. Paletots 10.—  
 Abonnements-Anz. u. Pal. 9,50  
 Pfandlohn-Anzüge u. Pal. 8,50  
 Partie-Anz. u. Paletots, teils mit unmerklichen Fehlern 10,50  
 Kammg.-Hos. u. Jacketts 8.—  
 Getragene Kleidungsstücke aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, Engländer, Schweizer, Konieur- und sämtliche Arbeitsstücken wegen speziellen Umfanges enorm billig. 4/18  
**Zentral-Keller, Berlin,**  
 35 Neanderstr. 35, an der Strahlenbahn-Verbindungen: 1, 2, 9, 11, 27, 28, 29, 35, 36, 37, 41, 49, 50, 83, 84, 87, 88.

**Ausflüglern**  
 empfehlen wir folgende  
**Spezial-Karten der Umgebung Berlins.**  
 Bernau-Biesenthal, Lante-Riepitz und Wandlitz-See 1 M.  
 Buxtehude u. Umgebung mit angehängtem Fährer 75 Pf.  
 Eberswalde und Umgebung 75 Pf. und 1 M.  
 Erkner und Umgebung 75 Pf.  
 Freienwalde-Fallenberg 75 Pf.  
 Freienwalde, Wriezen, Oderberg, Probstein 1 M.  
 Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz 75 Pf.  
 Grunow und westliche Vororte, 2, 3, 5 u. 8-fach 25, 50, 75 Pf. und 1 M.  
 Nördliche Vororte, Spandau, Tegel u. 1 M.  
 Potsdam und Umgebung 75 Pf.  
 Potsdam und Berber 1 M.  
 Müdersdorfer Kalkberge, Umgebung von Müllersdorf u. Erkner 75 Pf.  
 Spreewald mit praktischen Touristenführer 75 Pf.  
 Straußberg u. der Blumental 1 M.  
 Tegel und Umgebung 75 Pf.  
 Ferner empfehlen wir:

**Märkisches Wanderbuch**  
 3 Teile mit 88 Karten.  
 Preis 2,50 M.  
 Dasselbe enthält vorzügliche Beschreibungen der landschaftlich schönsten Gegenden der Mark Brandenburg und ist für jeden Wanderer unentbehrlich.  
**Buchhandlung Vorwärts,**  
 Berlin SW. 68,  
 Lindenstr. 69, Laden.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Am Donnerstag, den 11. d. M., verstarb unser Mitglied, der Lagerist **Georg Brusche.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 1/3 Uhr vom Krankenhaus Urban aus nach dem Thomas-Kirchhof in Niddorf, Gernnamstraße, statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ergeht  
 Der Vorstand.

Allen Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Feilenhauer **Emil Kuttnik** im 40. Lebensjahre verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Friedrichshain aus nach dem Thomas-Kirchhof in Nordend statt.  
 Die trauernde Witwe **Pauline Kuttnik.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Franz Brückner** am 11. Mai nach kurzem Krankenlager verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des hl. Kreuz-Kirchhofes aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
 Sektion der Putztor.  
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Vögel zur Kenntnis, daß am 11. Mai unser Mitglied **Wilhelm Prochnow** nach langem Krankenlager verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wilhelmshavenstr. 84, aus nach dem Helands-Friedhof in Bismarck-See statt.  
 Um rege Beteiligung ergeht  
 Die örtliche Verwaltung.  
 J. H.: H. Neumann.

**Carl Stier,**  
 Berlin SO. Oranienstr. 166.  
 Berlin W. Potsdamerstr. 113a.  
 Potsdam, Nauenerstr. 23.  
 Herren- und Knaben-Garderobe.  
 Prachtvolle Qualität. Beste Verarbeitung.  
 Vornehme Ausstattung.  
 Tadelloser Sitz. Schicke Façons. Moderne Muster.  
 Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.  
**Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten**  
 sind in größter Auswahl am Lager.

**Jackett-Anzüge** von Buckskin Cheviot oder Kammgarn, gestreift, kariert oder meliert, deutsche od. engl. Fabrikate 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40 bis 55 Mk.

**Rock-Anzüge** farbig gemustert od. schwarz 27, 33, 38, 43, 48 und 53 Mk.

**Gehrock-Anzüge** marengo, farbig gemustert oder schwarz 30, 36, 42, 48, 54, 60 und 66 Mk.

**Frühjahrs-Paletots** von modernen Stoffen und Farben, kariert, gestreift od. meliert 18, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mk.

**Havelocks** von wetterfestem Loden, olive, bräunlich, grün, marengo od. grau 8,50, 12, 15, 20, 22,50, 25, 30 u. 35 Mk.

**Pelerinen** von imprägniertem Loden, dunkelgrau od. olive, die Länge beträgt je nach Größe 115-120 cm, 10,50 u. 12 Mk. Pelerine mit Kapuze kostet 1,50 mehr.

**Haus-, Jagd- u. Sport-Joppen** von Cheviot oder Loden, grau, grün, bräunlich od. mode 4,50, 6, 7,50, 9, 12, 15, 20, 25 Mk.

**Herren-Hosen** von gestreiftem Buckskin, Cheviot oder Kammgarn 3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9 bis 18 Mk.

**Herren-Westen** von hell-, mittel- oder dunkelfarbigem Fantasiestoffen, entzückende Muster 2,50, 3,50, 4,50 bis 18 Mk.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

**Adolph Wormann**  
 Parterre u. I. Etage. 77 Kottbuser Damm 77 Parterre u. I. Etage.  
 Ecke Pflügerstr. Ecke Pflügerstr.  
 Größtes Spezial-Haus für  
**Herren- und Knaben-Bekleidung**  
 fertig und nach Maß.  
**Die Vorzüge Spezial-Haus**  
 beim Einkauf in meinem sind:  
**D**ie anerkannt billigsten Preise!  
 Die unerreicht große Auswahl!  
 Die Selbstfabrikation in meiner Schneiderwerkstatt im größten Stile!  
 Ferner führe ich gleichfalls in bester Qualität und sehr preiswert:  
**sämtliche Herren-Artikel.**  
 Mein Geschäftsprinzip war und wird stets sein:  
**Streng feste Preise!**  
**Streng reelle Bedienung!**

**Versandhaus Germania**  
 seit 15 Jahren 30342\*  
 Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.  
 neben der Passage.  
 Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.  
**Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge**  
 aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.  
 hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.  
 Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter (agen wie allen Verwandten und Bekannten sowie dem Genossen R. H. H. Beutel) nebst Kindern.

**Filz- u. Seidenhüte.**



Diese Façon 1,80 M.  
 Spezialhut 3,50 M.  
 Beste Qualität 4,00 M.  
 Haarhüte von 5,00 M. an.  
 Strohhüte von 35 Pf. an.

**Schirme** Regenschirme, Sonnenschirme größte Auswahl von 1,50 M. an

**Krawatten** Halstr. v. 90 Pf. an Schleifen v. 15 Pf. an

**Wäsche** Oberhemden, Kragen, Manschetten, Seultens in bester Qualität

**Handschuhe** farbige Glace, Paar 1,50 M. !!

**Gottmann,**  
 Gr. Frankfurterstr. 130.

**Nathan Wand**  
 129 Stalischerstr. 129.  
 Die schönsten 31202\*  
**Herren-Sommer-Paletots und Anzüge** in neu sowie speziell  
**Monats-Garderobe** von Modisten getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
 129 Stalischerstr. 129.  
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.



# 8 Sonder-Angebote

## Sommer-Jacketts von 85 Pfg. an.

Herren-Joppe **85 Pfg.**  
Grün-  
schar-  
baum-  
wollstoff



Lüster-Jackett **2 M. 25**  
für Herren,  
Schwarz-  
weisse  
Farbe

Herren-Joppe **1 M. 75**  
Schwarz-  
weisse  
in sich  
kariert

Lüster-Jackett **2 M. 50**  
für Herren,  
Schwarz-  
weisse  
gestreift

Herren-Joppe **2 M. 60**  
Grau-  
schwarz,  
Loden-  
stoff

Lüster-Jackett **2 M. 90**  
für Herren,  
Schwarz-  
weisse  
Diagonal

Herren-Joppe **3 M. 30**  
Prima  
gegrünte  
Wasch-  
stoffe

Lüster-Jackett **3 M. 30**  
für Herren,  
Grau-  
schwarz-  
Loden

Obige 8 sehr billigen Angebote gelten nur, so lange die Vorräte reichen.

Knaben-Joppen von 75 Pfg. an.

# Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes  
für Herren- und Knaben-Kleidung

Chaussee-Strasse 24a-25 11 Brücken-Strasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 25te Haupt-Preisbuch (Pracht-Ausgabe) wird kostenlos versandt.

Niederlagen  
**Liegnitzer Hutfabrik**  
BERLIN:  
NW. Wilsnackerstr. 63  
SO. Ritterstr. 19a  
SO. Oranienstr. 204  
S. Friedrichstr. 250  
O. Gr. Frankfurterstr. 94  
CHARLOTTENBURG:  
Wilmsdorferstr. 155

HAMBURG  
MANNHEIM  
MÜNCHEN  
STUTTGART  
ELBERG

Unsere gesetzlich geschützten  
Marken sind:

Lloyd Mark 3.00 Zenith Mark 6.50  
Ang. Komet Mark 3.50 Ozon Mark 8.50  
Helios Mark 4.50 etc.

Verkauft von Filzhüten, Strohhüten, Gylindern,  
Reparaturen werden gut, schnell und billig besorgt.



**Pereat**  
geschl. gefäht, wirkungskräftigstes  
Insektenpulver ist als  
**Bestes Mittel**  
zur vollständigen Verilgung von  
**Schwaben**  
Fliegen, Motten, Flöhe, Wanzen,  
Ratzen, etc.  
Wanzen zc.  
bekannt.  
Nur echt in Originaldosen mit dem  
Namen „Pereat“  
**Fritz Kratz, Drogen,**  
Berlin N. 39,  
Reinickendorferstr. 70.

Nur  
neueste  
Moden.

Dieser steife, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claquees  
moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.  
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.  
Abteilung für den Einzelverkauf  
**Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,**  
drittes Haus vom Alexanderplatz.  
Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.  
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50,  
mit Filzfutter M. 2.—, hochfeine  
Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.  
Sonntags geöffnet.

Wo hin gehen wir Sonntag, und wohnen machen wir unsere Land-  
und Wasser-Partie? Nach **alten Freund.**  
Pichelswerder zum  
Da ist es gemütlich und schön, und  
Wir sind immer gern gefeh'n.  
Es laßt ein **Der alte Freund.**  
Einige Sonnabende im Juli noch frei.  
Grösster Tanzsaal in der Umgebung.

**Krug zum grünen Kranze**  
am Alexanderplatz (im Keller).  
Täglich: „Fidelitas!“  
**Carl Lüdeckes**  
humoristisches Ensemble.  
Entree frei.

# CONRAD TACK & COE

Deutschlands  
bedeutendste

## SCHUHWAREN-FABRIKEN

≡ BURG ≡  
b. Magdeburg.

**78**  
eigene  
Geschäfte

Eigene Geschäfte in BERLIN und Umgegend:

- C., Rosenthalerstr. 14.
- C., Spittelmarkt 15.
- W., Potsdamerstr. 50.
- W., Schilkestr. 16.
- S., Oranienstr. 65.
- SW., Friedrichstr. 240-241
- NW., Beusselstr. 29.
- NW., Thurmstr. 41.
- NW., Wilsnackerstr. 22.
- O., Andreasstr. 50.
- O., Gr. Frankfurterstr. 139.
- N., Danzigerstr. 1.
- N., Müllerstr. 3.
- N., Reinickendorferstr. 14.

Charlottenburg: Wilmsdorferstr. 122-123. Rixdorf: Bergstr. 30-31. Potsdam: Brandenburgerstr. 54.

**1500**  
Arbeiter  
und Beamte

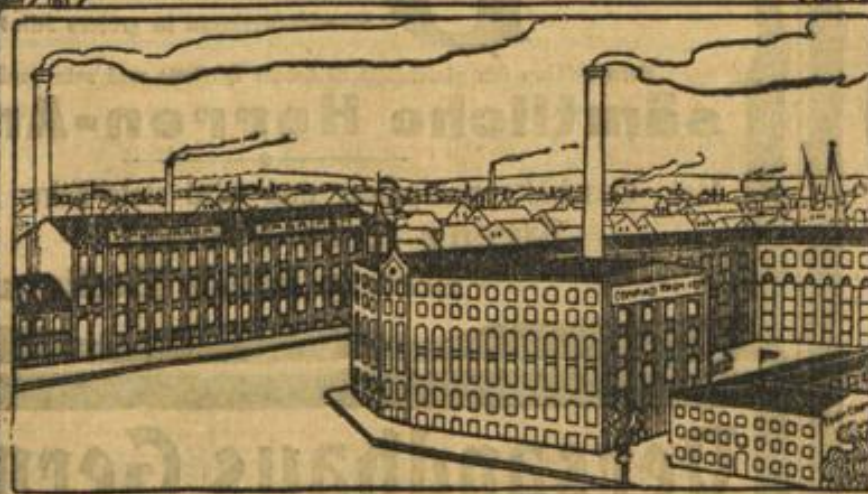
**Herren-Abteilung:**

**Schnürstiefel**  
außerordentlich  
dauerhaft 6.50, 5.70 **4.50**

**Zugstiefel**  
anerkannt preiswert **4.50**  
5.50 **4. M.**

**Schnallenstiefel**  
bequem und beliebt **5.90**  
8.50 **5. M.**

**Mädchen  
Knopf-  
u. Schnür-  
stiefel**  
äußerst dauerhafte  
„Schulstiefel“  
4.80 bis **3. M.**



### Die eigene Fertigstellung

von jährlich weit über eine Million Paar und  
der direkte Verkauf unserer Fabrikate bilden die  
Grundlagen unserer enormen Leistungsfähigkeit!

**Damen-Abteilung:**

**Knopfstiefel**  
vorzügliche Quali- **5.00**  
täten 7.75, 6.75, 6.— **5. M.**

**Schnürstiefel**  
moderne Façons **5.00**  
6.75, 6.50 **5. M.**

**Schnürstiefel**  
beige und grau Segeltuch  
mit feiner Leder- oder **4.90**  
Lack-Verzierung **4. M.**

**Spangenschuhe**  
leicht und angenehm **3.20**  
3.90, 3.75 **3. M.**

Kinderschuhe,  
Radfahrerschuhe,  
Turnschuhe,  
Lawn Tennisschuhe,  
Pantoffel  
in enormer Auswahl!

Unsere bewährten billigen Preislagen sind die beliebtesten der Gegenwart!



7. Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen.

Aus der Mittwoch-Sitzung ist noch nachzutragen: Den Antrag Berlin: „Der Antrag, bei großen Streiks anderer Verbände unserer Richtung eine Extramarke obligatorisch zu entnehmen, ist den Delegierten für den Gewerkschaftslongreß mit auf den Weg zu geben.“ begründet Sorg-Berlin: Da bei größeren Streiks sowohl von der Partei wie von der Gewerkschaftskommission Sammellisten ausgegeben werden, in die sich die Kollegen einzeichnen, sei den Druckern Gelegenheit gegeben, sich auf die eine oder andere Liste hinauszureden. Durch Extramarken, die eingeliefert werden müssen, sei eine Kontrolle darüber möglich, ob der betreffende Kollege der freiwilligen Pflicht, eine andere im Kampfe befindliche Gewerkschaft zu unterstützen, nachgekommen sei. — Silber-Schmidt, Vertreter der Generalkommission, ersucht, den Antrag in dieser Form nicht anzunehmen, da der Gewerkschaftslongreß einen beratenden Charakter habe, der in die Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreife, nicht lassen könne, der Gewerkschaftslongreß sei nicht die oberste Behörde, die Befehle zu erteilen habe, die einzelnen Verbände seien vielmehr autonom. — Auf Vorschlag Segawa-Berlin wird daher beschlossen, daß der Verband für sich selbst bei großen Streiks anderer Verbände obligatorisch eine Extramarke entnimmt.

Der wichtige Antrag Glogau: „Die Generalversammlung möge Stellung nehmen gegen die Beherrschungstheorie“, wird auf Vorschlag Gille-Berlin dem Zentralvorstand zur Vorbereitung, insbesondere zur Veranstaltung einer Enquete, überwiesen.

Sitzung vom Donnerstag. Ueber die Arbeitsnachweisfrage referiert Drunzel. Redner schildert die verschiedenen Phasen, die der Arbeitsnachweis bei den Töpfern durchgemacht und welche Schäden er gezeitigt hat. Von einer Zentralisation könne nicht die Rede sein, es könne sich nur darum handeln, den örtlichen Nachweis besser auszugestalten und die vorhandenen Fehler auszumergen. Da müsse vor allem der Passus fallen, daß die ortsgewiesenen Gesellen bevorzugt werden, der um den Ort gewissermaßen eine chinesische Mauer bilde. Ferner dürfe der Arbeitsnachweis nicht in den Tarif aufgenommen werden, ein Arbeitsnachweis läßt sich oft nicht aufrechterhalten und dann wäre der Tarif, um dessen Zustandekommen man jahrelang gekämpft habe, ebenfalls verloren. Referent faßt seine Ausführungen in folgender Resolution, die er zur Annahme empfiehlt, zusammen:

In Erwägung, daß einseitige Arbeitsnachweise sehr schwer im Stande sind, eine ausschließlich obligatorische Arbeitsvermittlung zu bewerkstelligen, in weiterer Erwägung, daß Verbandsmitglieder, welche ihre Pflichten erfüllt haben, allerorts Arbeit nehmen und daran nicht gehindert werden dürfen, empfiehlt die Generalversammlung den einzelnen Orten, in ihre Arbeitsnachweis-Statuten Bestimmungen aufzunehmen, die diese Mißstände beseitigen. Und zwar soll bei einseitigen Arbeitsnachweisen das Umschauen gestattet sein und bei paritätischen Arbeitsnachweisen das Einschreiben nicht erschwert werden. Nur im Falle an einem Orte 93 1/2 Proz. der Kollegen arbeitslos eingeschrieben sind, kann der Arbeitsnachweis zeitweise eingestellt werden. Die Gründe sind im Fachorgan bekanntzugeben. Die paritätischen Arbeitsnachweise sind nicht als Tarifeinrichtungen festzulegen.

Heine-Berlin hält eine Verbindung der Arbeitsnachweise mit der Arbeitslosenversicherung für möglich. Redner empfiehlt den Antrag Leipzig, aus den bestehenden Arbeitsnachweisen eine Grundregel zu schaffen, die den solidarischen Gesinnungen der organisierten

Kollegen Rechnung trägt und damit eine Kommission zu betrauen. Sorg teilt mit, daß die von Leipzig gewünschte Kommission abgelehnt ist.

Deder-Berlin bittet den letzten Absatz der Resolution abzulehnen; Redner schildert die unergieblichen, durch die Lokallisten in Berlin geschaffenen Verhältnisse; die die Freizügigkeit beschränkende Bestimmungen müßten unter allen Umständen verschwinden, der Antrag Heine trifft das Richtige, daß jeder Verbandskollege Arbeit nachgewiesen bekommt; das Umschauen ist schlecht, aber die Beschränkung des Nachweises zugunsten der Ortsansässigen zerstört den Verband.

Kriegel-Stettin schildert, wie von der Abwimmelsucht verschiedener Städte die Indifferenten profitieren. Die wirklichen Berliner sind ganz gute Kollegen, aber gerade die, die sich in Berlin angestellt haben, gönnen den Zugiehenden nicht ein Fortkommen.

Lachenmayer-Rürnberg kann sich für eine Zentralisation des Arbeitsnachweises nicht begeistern, die Arbeitsnachweise sind ohnehin die Opfer nicht wert, die für sie gebracht wurden.

Lieschwager-Sabed lehnt jeden einseitigen Arbeitsnachweis ab.

Segawa-Berlin ist auch ein Gegner aller Nachweise. Beim paritätischen Nachweis werden die Kollegen ausgefuchst, das ist so schlimm als das Umschauen.

Marzig-Rathenow: Die Arbeitgeber von Rathenow beantragen sogar den Berliner Arbeitsnachweis.

Reil-Chemnitz: Die „chinesische Mauer“ ist in Chemnitz jetzt gefallen, jeder zugereiste Kollege wird eingeschrieben, aber der Kollege muß, wenn keine Arbeit vorhanden ist, wieder abreisen. Da jetzt nur in wenigen Städten Nachweise bestehen, strömen die Kollegen hier zusammen.

Sorg-Berlin: Der obligatorische Berliner Nachweis ist eine Gefahr für den Verband, ist aber nur eine Folge der Nachweise anderer Städte. Der Arbeitsnachweis in Berlin leidet unter dem großen Zuzug, besonders von Nürnberg und München, obwohl die Kollegen gewarnt wurden. Der Zuzug muß geregelt werden, durch Bekanntgaben im „Töpfer“, aber nicht durch Beschränkung der Freizügigkeit, die die Solidarität untergräbt.

Hofbauer-München: Der Arbeitsnachweis ist ein Schmerzenskind durch den Egoismus der Kollegen selbst. Ein Münchener wurde von Berlin weggeschickt, obwohl in Berlin die Verhältnisse besser sind als in München, dort ist die Arbeitslosigkeit 8, hier 20-30 Wochen. Präzedenz, die günstige Konjunktur haben, sollten den Zentralvorstand in Kenntnis setzen, daß einige Kollegen untergebracht werden können.

Frahdorff-Dresden ist beschworen der paritätischen Arbeitsnachweise; dazu gehört freilich geschlossene Arbeitgeberkassen. Hoppens-Leipzig: Ein Schaden des Arbeitsnachweises war es, daß man nur Organisierten Arbeit vermittelte; die Indifferenten wurden daher fortgetrieben und erschwert dort, wo sie sich festsetzten, die Organisationsarbeit. Redner wendet sich gegen den Passus der Resolution, daß der Arbeitsnachweis geschlossen werden könne, wenn ein Drittel Kollegen arbeitslos seien.

Drunzel erweitert den eben beanstandeten Passus der Resolution dahin, daß ein Drittel der Kollegen längere Zeit arbeitslos sein müssen und keine Aussicht auf Arbeit vorhanden ist.

Koczorowsky-Posen bittet, die Resolution und den Arbeitsnachweis rundweg abzulehnen. In Posen drängten die Meister, daß der Arbeitsnachweis im Tarif festgelegt wurde, die Meister nähren dies nur rücksichtslos zu ihrem Vorteil aus.

Verlich-Berlin ist Anhänger der Nachweise. Redner bedauert, daß der Fall vorkommen konnte, den Hofbauer angeführt hatte. Der Berliner Nachweis wurde als Hindernis für die Kollegen hingestellt, und doch haben die Kollegen in einer Versammlung sich gegen die Aufhebung des Nachweises ausgesprochen.

Mauthe-Berlin: Die Solidarität kann nicht so weit gehen, daß verheiratete Familienväter fort müssen, während die jungen Leute herzustromen und beim Arbeitsnachweis gleiche Rechte haben. (Widerpruch.)

John-Berlin ist mit der Resolution einverstanden, dann werden auch in Berlin die Verhältnisse anders.

Die Resolution Drunzel wird sodann einstimmig angenommen. Die Statutenberatungs-Kommission erhält den Auftrag, die Resolution als Paragraphen in entsprechender Form dem Statut einzuverleiben.

Vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Es wird in der Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt.

Dann halten die Berichterstatter ihre Schlusswort. Kahler-Berlin: Die gegebenen Anregungen zur Klassenführung werden gewiß einer einnehmenden Erwägung unterzogen werden. Die Differenzen mit den Revisionen waren rein persönlicher Natur und entsprangen daraus, weil den betreffenden Kollegen das Stimmrecht nicht gegeben wurde. In der Praxis gestaltet sich die Klassenführung ganz anders als sich in der Theorie voraussehen läßt. Die einzelnen Komitäs erläutern, spricht Redner schließlich den Wunsch aus, daß dem Hauptkassierer durch größere Aufmerksamkeit auf Aufstellung der Abrechnungen die Arbeit zu erleichtern sei.

Schumann-Berlin: Der Vorstand hat keine Veranlassung, bei keiner Kritik persönlich zu werden, er stellt nur die Tatsachen fest. Ein recht großer Teil der Erfolge unseres Verbandes kommt leider

Leuten zugute, die der Organisation nicht angehören, aber das kommt der Kultur im allgemeinen zugute und der Hebung der Arbeiterklasse im besonderen. In Leipzig ist die Bahn für den Fortschritt vom Vorstand geordnet worden, es hat einen harten Kampf gekostet, die dort herrschende Engherzigkeit zu brechen. Der Vorstand muß darauf bestehen, daß seitens der Orte nötigenfalls alles vorhandene Kapital der Hauptkasse zur Verfügung gestellt werden muß. Von der Leipziger Straßenbahnbewegung fehlte jede Grundlage, deshalb ist sie im Bericht nicht veröffentlicht. Berlin ist stark durch Streiks in Mitleidenschaft gezogen worden, deswegen seine verhältnismäßig geringe Ablieferung an die Hauptkasse. Die Gauorganisation ist an der finanziellen Misere nicht schuld, denn die Ausgaben dafür haben sich gemindert. An der Gauorganisation zu sparen, wäre grundverfehlt. Die ungünstige Entwicklung in Westfalen ist durch die Verhältnisse zu entschuldigen versucht worden; an den Verhältnissen liegt es aber nicht allein, sondern auch an dem Fehlen inneren inneren Organisation. Es muß dafür gesorgt werden, daß die konservativen Widerstände ein Ende finden. Dummheit und Gleichgültigkeiten müssen energisch und ohne Rücksicht auf die Personen bekämpft werden. Der Vorstand beabsichtigt einen ständigen weiteren Ausbau seiner Berichte, die diesbezüglichen Wünsche der Delegierten sollen berücksichtigt werden. Selbstverständlich ist es, daß bei Anstellungen zuerst Verbandsmitglieder in Betracht kommen; aber das kann und darf nicht so weit gehen, daß man zu unfähigen Leuten greifen muß. Es liegt nicht im Interesse des Verbandes, den Ausschluß stets auf die Wanderschaft zu schieben, weil dadurch die Abwicklung der Geschäfte wesentlich gehemmt wird. Daß den Gauleitern und den Ortsvereinigungen mehr freie Hand gelassen werden soll, ist ein schöner Wunsch, der im Interesse des Verbandes wohl nicht immer erfüllt werden kann. Die Aussprache war notwendig und sie wird hoffentlich keinen persönlichen Eintrag zurücklassen.

Dem Hauptkassierer wie dem gesamten Zentralvorstand wird hierauf einstimmig Decharge erteilt.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gibt ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß der „Verein Berliner Hausdiener“ es trotz der weitgehenden Zugeständnisse seitens des Zentralverbandes abgelehnt hat, sich letzterem anzugliedern. Da die Statuten des Vereins nicht in Einklang zu bringen sind mit den Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung, so erhebt die Generalversammlung schärfsten Protest dagegen, daß dem Erfuchen des Vereins um Aufnahme in die Berliner Gewerkschaftskommission entsprochen wird. Die Generalversammlung erwartet von der Gewerkschaftskommission, daß sie die eventuelle Aufnahme des Vereins abhängig macht von einer Abänderung der Statuten im Sinne der Arbeiterbewegung und von der Bedingung, daß der Verein sich spätestens innerhalb eines Jahres nach seiner Aufnahme in die Gewerkschaftskommission dem Zentralverbande anschließen. In diesem Falle wird der Hauptvorstand beauftragt, in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung Berlin I die Bedingungen zu formulieren, welche den Beitritt des Vereins ermöglichen. Werner-Berlin.

Die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hält nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, daß seitens der Berliner Gewerkschaftskommission an den „Verein Berliner Droschkenkutscher“ die Aufforderung gerichtet wird, sich dem Zentralverband anzuschließen. Anderenfalls kann nach Meinung der Generalversammlung dieser Verein nicht länger mehr der Gewerkschaftskommission angeschlossen bleiben. Geyer-Charlottenburg.

Marktpreise von Berlin am 11. Mai. Nach Ermittlungen des fgl. Reichs-Verkehrsamts. für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte 00,00-00,00 M., mittel 00,00-00,00 M., geringe 00,00-00,00 M. Roggen\*\*, gute Sorte 14,75-14,75 M., mittel 14,69-14,69 M., geringe 14,69-14,69 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 16,00-14,00 M., mittel 14,80 bis 13,70 M., geringe 13,60-12,60 M. Hafer\*\*, gute Sorte 15,20-15,40 M., mittel 15,00-14,80 M., geringe 14,50-13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00-30,00 M. Speisebohnen, weiße 60,00-30,00 M. Hülsen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-7,00 M. Nichtkoch 0,00 bis 0,00 M. Hen 0,00-0,00 M. für ein Kilogramm Butter 2,80-2,20 M. Eier per Schod 4,00-2,80 M. \*) frei Wagen und ab Bahn. \*\*) ab Bahn.

Wasserstand am 11. Mai. Elbe bei Wulffig + 1,87 Meter, bei Dresden - 0,19 Meter, bei Magdeburg + 2,11 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,55 Meter. - Oder bei Rathbor + 2,61 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,23 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,80 Meter, bei Frankfurt + 2,18 Meter. - Wesel bei Brahmehöhe + 3,54 Meter. - Rarthe bei Posen + 1,14 Meter. - Rhe bei Wlß + 0,70 Meter.

Witterungsübersicht vom 12. Mai 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. e. in Grad. Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. e. in Grad.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. Mai 1905. Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe, später aufklarende mit mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.



Advertisement for Sunlight Soap. Large stylized text 'Sunlight Seife'. Below it, a bar of soap in a decorative wrapper. Text: 'Ein kleines Stück - reicht mellenweit, denn sie ist reine Seife, enthält keine Beimischungen, die mit dem Reinigungsvermögen nichts zu tun haben. Ebenso ist sie frei von allen Bestandteilen, welche die Farben gestrichener Fußböden, Türen, Wandverkleidungen und Oelanstrieche angreifen. Sie entfernt allen Schmutz und frischt die Farben auf, sodass diese wie neu gestrichen erscheinen. Man kann aus ihr eine vorzügliche „Weiße Seife“ herstellen, die - weil ausgiebig - sehr billig ist. Wäsche, mit Sunlight Seife gewaschen, gleicht dem frischgefallenen Schnee.'

Advertisement for Sunlight Roman-Bibliothek. Large stylized text 'Die Sunlight Roman-Bibliothek'. Text: 'erfährt, zeigt sich am besten durch die beispiellose Nachfrage. Im Buchhandel kostet derselbe, komplett in 6 Lieferungsbandchen, 1,50 Mark. Die Käufer der Sunlight Seife erhalten ihn kostenlos und portofrei direkt vom Verlag zugesandt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigelegten Erklärung zu ersehen. In jedem einschlägigen Geschäft ist diese an Güte konkurrenzlose Haushaltungsfeste erhältlich.'



Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkaules tragen. Klein-Berlin. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbbare Blat-Zäpfchen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Annahme von 4 Mk. 50  
6 Stück 26 Mk.

- Schblaues Monteur-Jackett 1 Mk. 90
- Schblaues Monteur-Hose 1 Mk. 50
- Schblaues Monteur-Jackett Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 50
- Schblaues Monteur-Hose Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 10
- Manchester-Hose 5,50, 4,50, 3 Mk. 50
- Gefütterter Manchester-Jackett 13, 8, 7,5
- Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 Mk. 75
- Ronditor-Jacken, dreifig 4 Mk. 50
- Waler-Mittel 3, 2,50, 2 Mk. 25
- Rehmanier-Mittel (braun) 3, 2 Mk. 40
- Weiße Leder-Jacketts, dreifig 7,50, 3 Mk. 75
- Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 90
- Kleiderreiner-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 Mk. 50

**Baer Sohn**

En gros. Export. En detail. Chaussestr. 24a/25, Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 30. Das 20. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 35802\* - Versand von 20 R. an franco.

Nachdruck verboten!

**Eine Mark**

wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden. Erfah. für Maßarbeit. Anfertigung nach Maß. Feinste Verarbeitung.

Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus.

**J. Kurzberg**

An der Jannowitzbrücke 1, Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Im schönen Böhmerwald.**

Im schönen Böhmerwald stand meine Wiege halt, So hört man vielfach singen in Berlin. Dies klingt fürwahr ganz schön, Doch was kann's uns angehn, Zum Böhmerwald ist's gar zu weit man hin. Wir hab'n den Grunewald, Wo laut das Echo schallt, Dort steht mit frohem Sinn Im Sommer alles hin. Doch es' wir wandern' raus Geh's hin zum Koberhaus, Universum ist's genannt Und weit und breit bekannt Man sucht dort aus ein neu Gewand sich Invalidenstraße Grundzwanzig. Großartige Auswahl von Herren- u. Knabenbekleidung fertig und nach Maß: Herren-Sommer-Paletots, streng modern, 9, 12, 15, 18, 24, 30 R. pr. Herren-Jackett-Anzüge, in modern. Streifen u. kariert, 10, 15, 18, 21, 25, 30 R. prima. Herren-Garrock-Anzüge, in- u. ausländisch, Stoffe, 24, 26, 28, 30, 35 R. pr. Herren-Joppe in Leder- u. Samtstoff 2,50, 3, 4, 5, 6, 7 R. prima. Herrenhosen in allen Dessins u. Ausführungen 2,50, 3, 4, 5 bis 10 R. pr. Knaben-Anzüge modernste Fassons, halbbare Stoffe, 3, 4, 5, 6, 7, 8 R. prima. Arbeitshosen, Jacken sowie sämtliche Berufsbeleidung in größter Auswahl u. zu billigsten Preisen.

**„Universum“**

21. Invalidenstr. 21. Ein Stuhl, Bahnst. u. d. Postamt 4. Jeder Käufer erhält ein Geschenk! Frack-Verleihe!

Nur 10 Mk. an neu entstandener Kolonie Alpenberge, bei den südlichen Berliner Wohnfahrtsanstalten in Buch gelegen, größte Zukunft, salubere Bedingungen, verkauft A. Joers, Schlächterstr. 16855\* Kochsmindestr. 35. Sonntag in Buch bei Albrecht im Parkrestaurant oder auf Terrass. Vertreter Bartsch, Königsplatz.

**Tausende von Herren können Geld sparen,** wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken im neu eröffneten

**Spezial-Haus** eleganter

**Herren- u. Knaben-Bekleidung** fertig und nach Maß  
**Bekleidung für sämtliche Berufe** der Firma

**Leske & Lehrer**  
**78 Kottbuser Damm 78**

Der große Andrang während unseres Bestehens in unserer Abteilung: **Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß** unter Leitung erster Meister gibt uns Veranlassung, das verehrte Publikum zu bitten, uns Pflingstbestellungen schon jetzt zu machen. Wir haben uns entschlossen, in unserem Etablissement Räume zur Aufbewahrung der uns bestellten Herren-Bekleidung nach Maß einzurichten. Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an unsere verehrten Freunde und Gönner, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen aufs sorgfältigste verarbeiten zu lassen. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ steht, was Passform, Eleganz, Verarbeitung, Qualitäten und Auswahl an Stoffen anbelangt, unerreicht da.

**Frühjahrs-Anzüge. \* Frühjahrs-Paletots.**

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!  
Am Sonnabend und Sonntag verabfolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante **bunte Weste gratis!**

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Achtung! Bürsten- u. Pinselmacher usw. Achtung!  
Montag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Pfeffer, Rosenhaldenstr. 57:  
**Versammlung**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 85/6 Die Branchenkommision.

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.**

Sonntag, den 14. Mai, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassensbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Anträge. — Däne Mit- gliedsbuch kein Zutritt. 138/13 Die Kreisverwaltung.

**Bilanz der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin am 31. Dezember 1904.**

Aktiva.		Mk.	¢	Mk.	¢
1. Kasse				33 479	84
2. Bankguthaben				2 070 600	50
3. Bau- u. Grundbesitz-Konto der Bahnanlage				29 004 553	52
4. Konto Kraftwerk				2 954 329	89
5. Konto Betriebsmittel				3 235 441	84
6. Borrätige Betriebsmaterialien				129 871	57
7. Grundstücks- und Gebäude-Konto	4 608 181	72			
8. Abfchreibung	59 269			4 548 912	72
9. Wertpapiere (bei Behörden hinterlegte Kautionen)				109 941	65
10. Bureau-Inventar	22 616	96			
11. Abfchreibung	22 616	96			
12. Verschiedene Debitoren				198 207	59
				42 279 339	12

Passiva.		Mk.	¢	Mk.	¢
1. Aktienkapital				30 000 000	—
2. Gesetzlicher Reservefonds				328 208	89
3. 4% Schuldverschreibungen (außerdem Mk. 4 700 000, — noch nicht bezogene Schuldverschreibungen)				7 900 000	—
4. Hypotheken auf erworbenen Grundstücken.				1 115 300	—
5. Bahnanlage-Zugungsfonds				221 700	—
6. Erneuerungsfonds				825 000	—
7. Fonds für außergewöhnliche Ausgaben im Betriebe	100 000	—			
8. Fonds für außergewöhnliche Ausgaben im Betriebe	32 291	11			
9. hierzu Rücklage aus dem Ertragnis des Jahres 1904	67 708	89			
10. Zinsen der Schuldverschreibungen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1904 (fällig am 1. April 1905)	100 000	—		167 708	89
11. noch nicht erhaltene Dividende und Zinsen auf Schuldverschreibungen				78 000	—
12. Verschiedene Kreditoren				7 580	—
13. Reingewinn des Jahres 1904	1 293 217	75		399 394	40
14. zuzüglich Gewinnvortrag aus dem Jahre 1903	43 229	69		1 336 447	44
				42 279 339	12

**Gewinn- und Verlust-Rechnung.**

Debet.		Mk.	¢	Mk.	¢
1. Zinsen der Schuldverschreibungen				312 000	—
2. Rücklage für den Bahnanlage-Zugungsfonds				83 000	—
3. Rücklage für den Erneuerungsfonds				300 000	—
4. Rücklage für außergewöhnliche Ausgaben im Betriebe				100 000	—
5. Abfchreibungen: auf Wohnhäuser	59 269	—			
6. Bureau-Inventar	22 616	96		81 884	98
7. Saldo, zur Verteilung verbleibender Ueberschub				1 336 447	44
				2 213 332	42

Die auf 4 Proz. festgesetzte Dividende gelangt mit 40 R. für die Aktie gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 8 zur Auszahlung bei der Deutschen Bank oder der Berliner Handelsgesellschaft oder der Mitteldutschen Kreditbank oder dem Bankhause Robert Warschauer & Co., Berlin. Berlin, den 11. Mai 1905. 31079 Der Vorstand.

**Hundkrankheiten**  
Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp, Köpenickerstr. 9. Voliklinik wochentags 9-11, 4-5, Sonntags nur vormittags

**„Paradiesgarten“ Birkenwerder**  
Jeden Sonntag Tanz.  
Das Lokal ist freigegeben! 16675

**Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.**

Gegr. 1875 **Max Kaplan** Gegr. 1875  
**1 Friedrichstraße 1.**  
Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.  
Sommer-Paletots, Seldenfutter, hervorragend M. 42  
Jackett-Anzüge, elegante Ausführung in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 24, 25, 26 usw.  
Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.  
Wäsche. Krawatten.

**Barbier- u. Friseur-Genossenschaft**  
„Vorau“  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Bilanz pro 31. Dezember 1904.  
Aktiva.  
Inventar nach Abz. u. 5% 2 543,70  
Kontokorrentkonto, Debit 815,98  
Kassakonto 175,55  
Kautionskonto 20,—  
Barenskonto 43,15  
R. 3 598,38  
Passiva.  
Kontokorrentkonto, Kredit 276,06  
Darlehenskonto 2 187,74  
Kassakonto 1 088,70  
Reservefondskonto 36,25  
Gewinn- und Verlustkonto 9,63  
R. 3 598,38  
Die Mitgliedszahl betrug am Anfang des Geschäftsjahres 21  
Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein 7  
Mitglieder am Schlusse des Geschäftsjahres 28  
Mit dem Schlusse des Geschäftsjahres scheideten aus:  
durch Aufkündigung 1  
Ausfchluß 1 = 2  
Mitgliedszahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 29  
Es haben sich die Geschäftsguthaben der Genossen um 110,80 R. vermindert. Die Kassenkasse bleibt 1400 R.  
Der Vorstand.  
V. Kitzschmann, Paul Liere, Otto Kranz.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,** Schneidermeister,  
Große Frankfurter-Str. 37, II, Eingang Strausborger Platz.

**Reste**  
Damentuche, schwarz u. farb. Costumes-Stoffe, neueste Kammgarne (Muster Staubmäntel-Stoffe Corkskrew Sammet, Plüsch Besatzartikel. 2265L\*  
**Confection**  
Jaquett, Dollmann Staubmäntel, Costumes Costum-Röcke, Blousen.  
**C. Pelz, Kottbuser** Straße 4.

**Hienfong-Essen** extra stark für Biederwer- käufer verendet 1 Dtd. 2,50 R. bei 30 Flaschen 6 R. kostenfrei überallhin.  
Laborator. E. Walther, 10, Reilstr. 2.

**Dr. Simmel,** Prinzen- Str. 41, 98/10\*  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Montag, 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23:

## General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht vom 1. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion über die Tages-Ordnung des Gewerkschaftsfestjahres. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Böhrlichen Besuch erwartet

117/1

Die Ortsverwaltung.

# Stukkateure!

Montag, 15. Mai, abends 6 Uhr, in den Musiker-Festsälen, C. Kaiser Wilhelmstr. 18a:

## Außerordentliche General-Versammlung

der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung: 1. Feststellung der vertretenen Firmen. 2. Unter welchen Bedingungen arbeiten wir nach dem 15. Mai?  
Kollegen! Schon der erste Punkt muß ergeben, daß alle Firmen vertreten sind. Der Besuch der Versammlung muß weiter beweisen, welches Interesse jeder organisierte Kollege an dem zukünftigen Arbeitsbedingungen hat. Besonders Ihr, Herrschaftlicher, erwidert Mann für Mann! — Eintritt, auch der Retalieremittelhaber, nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.  
Die Ortsverwaltung.

Berlin  
SO.

## Spezial-Angebot hervorragender Neuheiten

Frühjahrs- u. Sommer-Anzüge • Frühjahrs-Paletots

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Starke Herren finden stets passende Kleidungsstücke am Lager.

**Frühjahrs-Anzüge** in mittelschwerem, modern kar. oder gestr. Cheviot, sehr solides Fabrikat, mit 1- oder Dreihäger Weste . . . M. 18.-  
**Jackett-Anzüge** aus mittelschw. Cheviot, grau u. braun Kareaus od. leichte, vornehme, karierte Kammgarne in hellen Frühjahrsfarb., Maß ersetzend, M. 26.-  
**Jackett-Anzüge** aus Aschener Kammgarn, halbsehwer u. leicht, entzückende Dess., vornehm. Ausstatt. M. 30 u. 36.-  
**Jackett-Anzüge** aus deutschen und englischen modernen Stoffen, elegant ausgestattet und verarbeitet, vollständiger Ersatz für Maß, auch einzelne Modelle . . . M. 40, 45, 50 u. 52.-

Besonders beliebte Anzüge.

außer-  
gewöhnlich  
extra  
billigen  
Preisen.

3125L

**Eleganter Paletot** dunkelgrau, einfarbig kariert oder gestreift, streng modern verarbeitet . . . M. 18.-  
**Eleganter Paletot** aus gemustertem Cheviot oder Covercoat, vornehme elegante Dessins, schick hergestellt . . . M. 25.-  
**Elegante Paletots** aus deutschen oder englischen Nouveautés, von Maßschneidern hergestellt, gediegen ausgestattet, auch einzelne Modelle . . . M. 30, 36, 40, 45 u. 50.-  
**Gehrock-Anzüge** aus feingeripptem oder Strichtuch-Kammgarn mit prima Zutaten, sauber verarbeitet M. 20, 25, 33, 36, 40, 50 u. 60.-

Preis-  
kurant  
gratis  
und  
franko.

**Knaben-Anzüge,  
Knaben-Paletots,  
Knaben-Hosen,**

für jedes Alter, vom billigsten bis zum feinsten Genre vorrätig.

**Heitinger & Co**  
Oranien-Str. 40/41  
Deutsche Compagnie

**Beinkleider**

in tausendfacher Auswahl aus modernen haltbaren Stoffen  
von 3-18 M.

**Maßkleidungs-  
stücke**

fertigen wir auf unser Risiko aus modernen haltbaren Stoffen, vorzüglich sitzend zu sehr billigen Preisen an.

### 5. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai 1906, nachmittags.  
Aus der Gewinnsäule über 240 Mtl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

203 305 11 453 528 30 [5000] 698 98 775 85 804 45  
1180 212 341 50 464 277 908 . . . 2200 16 83 381 458 704  
944 83 94 3047 137 [5000] 240 [5000] 573 85 612 30 49  
705 831 51 70 4078 305 457 725 907 5110 47 500 49  
090 727 50 800 918 6050 190 225 [10000] 392 515 [5000]  
19 649 56 733 7008 81 128 334 60 [10000] 472 306 58  
746 81 849 901 8016 [10000] 48 309 23 495 15 638 84  
9269 328 68 617 691 804 [5000] 941 49  
10022 60 171 75 218 407 525 [10000] 33 51 [5000] 680  
712 34 917 11008 33 138 44 519 36 416 47 63 75 894  
873 12395 601 91 746 83 7322 489 727 865 942  
14017 34 212 344 467 509 87 132 856 15141 430 [5000]  
649 01 639 748 72 95 16128 251 382 553 62 [3000]  
17303 433 75 590 628 [30000] 779 [10000] 810 128388  
428 [10000] 87 [10000] 500 913 14 31 90556 108 15 [3000]  
678 879 88  
20003 23 40 108 36 608 307 709 948 85 21094 107  
246 73 391 453 71 72 828 78 22164 78 203 15 66 380  
549 435 96 48 525 75 85 602 743 67 984 23317 24 40  
549 730 96 [5000] 504 56 942 24153 [10000] 98 453 814  
25077 388 [10000] 464 73 86 573 838 933 [10000] 87 26049  
63 64 79 138 89 221 353 409 98 513 700 831 67 27125  
619 633 25 50 [10000] 745 890 978 94 28221 69 313 75  
403 [5000] 615 59 702 94 846 922 46 59 29098 189  
[5000] 217 [10000] 85 90 343 516 19 624 71 [10000] 700  
887 974  
30013 89 101 230 376 484 613 60 [5000] 749 903  
31017 81 88 270 50 518 64 633 [10000] 73 845 907  
32011 21 108 238 351 53 486 628 639 768 78 847 62  
33239 373 78 488 520 61 629 746 997 34014 27 42 55  
280 90 [5000] 707 863 77 906 73 35010 205 306 555 [5000]  
64 794 609 73 [5000] 77 999 36046 66 79 118 95 201  
685 605 87 733 52 935 37101 5 66 [5000] 487 685 756 863  
384 76 82 329 497 537 60 648 99 813 33 53 39180 356  
531 610 45 721  
40215 388 672 714 31 41 826 82 915 41050 55 60  
64 183 243 [10000] 691 825 93 42025 36 114 330 672 85  
743 814 43031 56 175 254 335 41 542 699 957 87  
44072 345 449 75 780 81 918 33 45294 301 51 62 [30000]  
604 35 610 602 742 [5000] 839 46989 123 41 62 [5000]  
63 210 [5000] 425 63 608 63 740 847 927 81 47039 380  
[5000] 83 438 602 725 77 [5000] 800 38 48198 268 339  
670 93 702 844 49049 122 73 212 302 65 745 894  
50083 105 212 516 707 811 987 51013 107 82 338  
589 676 878 52024 39 102 9 08 222 518 631 [5000] 784  
53032 48 120 286 403 47 97 750 79 808 37 54046 47  
[10000] 96 [10000] 186 398 415 80 513 671 732 51 890 971  
55141 673 790 949 [5000] 99 56986 529 716 804 74 975  
[5000] 57171 282 582 608 66 58069 204 301 43 437 41 60  
61 609 844 59125 228 440 [5000] 331 [30000] 63 85 630  
[5000] 725 39 [5000] 882 909  
60015 [5000] 175 431 44 629 760 [10000] 810 [5000] 62  
935 61015 06 67 131 [30000] 373 482 684 712 [10000] 88  
62062 196 355 444 [5000] 566 671 709 80 826 59 63024  
76 99 323 96 448 33 [10000] 561 69 699 788 [5000] 863  
64071 237 911 19 [10000] 63 691 964 65023 37 311 716  
833 [30000] 66990 150 524 31 95 717 880 67510 696  
737 909 65226 320 89 418 530 52 97 781 822 69030 50  
149 527 78 91 732 68 [5000] 897 981  
70150 90 299 300 87 510 757 71006 23 52 153 217  
30 419 515 706 863 72157 292 [5000] 547 754 83 97  
73245 305 11 402 13 638 712 891 74053 91 102 8  
43 47 216 376 434 502 74 657 753 91 75053 152 364 77  
[5000] 624 69 796 964 [5000] 1 6079 126 49 57 71 333 87  
423 35 91 527 40 811 921 77079 245 408 527 49 53 94  
696 [5000] 735 63 996 78069 125 329 31 457 98 549 53  
724 907 88 79291 300 30 [5000] 57 503 883 941 78 [10000]  
80000 176 218 87 417 51 692 712 51 888 999 81186  
202 45 308 662 715 872 921 82052 [10000] 123 403 25  
[10000] 836 58 83111 422 12 84 [30000] 685 98 741 72  
84162 96 292 302 4 7 88 440 618 78 716 62 825 85052  
120 30 301 463 856 922 48 82 86052 79 114 81 361  
436 780 580 [30000] 87001 117 267 87 93 377 983  
88068 23 66 336 52 727 837 89017 146 200 67 324 47  
471 [5000] 537 55  
90000 21 151 221 [5000] 38 76 741 55 [10000] 81  
[5000] 812 88 91141 426 31 689 744 57 [30000] 63 883  
952 92321 84 408 599 850 948 93121 [10000] 247 82  
[50000] 347 478 [30000] 520 6 65 53 727 [5000] 36 829  
74 961 94108 607 621 31 [30000] 702 899 954 80 81  
95035 208 16 74 69 416 504 618 73 676 96010 [10000]  
125 [5000] 262 447 [5000] 543 57 72 631 51 97063 103  
73 202 435 513 [30000] 641 796 828 49 63 959 98053 132  
72 222 376 612 726 73 852 99044 135 561 797  
100028 138 80 276 343 425 62 534 758 101173 275  
412 817 102015 303 48 425 69 526 727 [5000] 38 42  
103000 79 185 324 472 81 642 854 905 [5000] 18 [30000]  
62 104092 95 135 57 89 232 50 50 828 105052 183  
328 [30000] 72 429 614 752 81 23 88 106007 [5000] 97  
108 17 87 94 202 88 389 94 401 9 903 59 706 886 950  
107017 19 101 370 410 [50000] 30 880 108006 61  
[50000] 88 125 288 632 756 922 [5000] 109052 122  
62 [30000] 94 411 535 54 60 617 94 894 77 945  
110054 153 269 41 632 [5000] 784 [5000] 803  
111126 83 506 626 713 47 70 112104 285 372 81 447  
662 [5000] 688 659 113452 85 054 728 45 51 85 114036  
61 [5000] 69 75 288 448 411 35 607 50 [5000] 51 922 86

### 5. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai 1906, nachmittags.  
Aus der Gewinnsäule über 240 Mtl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

245 67 323 577 51 [5000] 630 41 58 707 815 984  
[5000] 1045 103 355 729 71 808 [5000] 909 [5000] 2500  
677 711 42 54 88 [5000] 3100 13 852 [5000] 949 62  
4101 61 466 558 [5000] 681 741 46 839 [30000] 5024 30  
47 66 98 267 734 988 6118 74 63 214 [30000] 30 349  
581 716 846 [5000] 7316 55 803 77 975 97 [5000] 8088  
104 63 230 313 [5000] 476 589 716 [30000] 836 63 909  
9116 31 75 [5000] 253 68 365 443 90 59 524 43 83 797  
[5000] 983 [5000]  
10042 172 79 395 [5000] 662 [5000] 927 11005  
[3000] 43 [5000] 78 [5000] 154 313 474 584 611 83 738 68  
99 12020 29 70 342 70 81 85 468 500 608 33 842 60  
985 13074 [30000] 314 57 645 [30000] 728 14238 39  
[10000] 57 64 410 514 [30000] 67 625 [10000] 878 950 55  
15132 74 314 682 64 759 844 16067 112 371 529 684  
803 94 934 950 17012 [5000] 118 630 31 63 834 51  
18004 93 135 [30000] 394 413 63 98 99 720 817 [10000]  
991 19006 [5000] 39 173 207 [5000] 416 26 80 533 946  
20000 [5000] 83 314 [5000] 79 [10000] 417 [30000] 548  
99 [5000] 815 21066 142 53 83 348 73 418 70 888 718  
67 22024 91 130 219 387 516 740 81 84 808 984 23056  
61 125 94 239 60 390 661 [5000] 87 893 902 44 24115  
24 243 92 417 64 547 584 72 83 77 974 25068 197 444  
580 768 [5000] 83 26000 332 407 51 685 903 79 814  
27001 [5000] 43 265 81 90 396 631 722 96 99 860  
28036 220 81 [5000] 97 [5000] 399 53 [10000] 812 20 619  
19 723 828 69 99 925 29022 452 530 636 [30000] 66 833  
30057 217 30 925 29022 452 530 636 [30000] 66 833  
[5000] 134 560 [30000] 37 737 42 95 896 983 32341 996  
33186 323 339 79 63 450 544 [10000] 604 53 828 31 941  
86 34025 308 25 [10000] 307 53 490 81 541 48 [5000] 78  
613 735 83 896 934 35156 297 68 325 [5000] 619 726  
62 42 801 2 80 932 [30000] 30066 43 187 218 428 507  
28 98 702 60 832 37113 27 331 56 465 80 697 869  
38017 61 257 [10000] 547 668 718 39039 62 116 [10000]  
296 494 [5000] 79 517 23 38 920 44  
40123 201 9 401 53 583 94 821 76 88 903 [5000] 29  
82 41064 188 286 388 534 835 73 94 42127 222 42  
69 338 529 65 436 83 [5000] 757 81 866 67 43651 60  
87 283 [10000] 392 849 774 945 44033 [5000] 377 481  
503 789 45135 69 388 91 748 846 46047 [30000] 73  
[5000] 175 312 48 59 94 409 937 47243 409 62 942  
48078 263 [10000] 78 323 [5000] 505 80 730 91 999 [5000]  
49046 87 314 23 573 616 51 774 869  
50022 41 120 81 337 55 465 85 507 55 83 660  
754 969 51117 75 [5000] 225 725 894 690 37 52089  
115 61 269 93 314 34 440 [30000] 616 690 720 904 54  
53147 54 487 647 [10000] 76 806 915 [5000] 54048  
390 376 412 47 75 655 69 943 87 55003 136 296  
[5000] 450 60 558 [30000] 616 23 48 804 56169 [3000]  
207 20 329 431 577 606 852 917 [30000] 81 37155 336  
624 818 966 58024 [5000] 102 4 27 233 346 489 629  
[30000] 35 85 [5000] 727 841 59098 112 53 256 63  
361 401 546 [5000] 614 710  
60179 226 32 54 426 87 775 839 59 61028  
66 [10000] 72 100 78 222 315 438 [10000] 863 62022  
126 [5000] 541 54 [5000] 71 784 81 70 940 63013 235  
82 200 487 [10000] 881 [10000] 730 56 918 25 62 64007  
80 167 247 300 14 57 [10000] 96 420 667 978 65102 589  
623 66053 119 20 49 64 85 210 61 363 [30000] 405  
939 961 67275 [5000] 383 401 574 990 [5000] 68210  
331 557 [5000] 609 925 75 81 84 87 69048 118 203 77  
344 49 557  
70038 63 312 492 727 919 35 71364 20 433 [5000]  
554 72083 171 246 74 337 92 873 899 73286 [10000]  
90 508 21 33 36 746 937 74063 135 292 360 467 549  
95 818 [5000] 27 903 92 75037 177 216 24 462 610 34  
87 607 84 90 94 802 22 62 80 625 76027 471 626 79  
710 34 823 77060 244 592 665 739 805 78000 100 79  
249 624 729 70 [5000] 79010 229 418 4 505 625 94 839  
80077 346 99 480 [30000] 548 [30000] 61 [10000] 613  
77 824 806 92 81018 [30000] 88 [30000] 363 98 577 90  
276 834 94 949 63 82023 426 512 50 [5000] 414 54 996  
83021 218 85 365 [5000] 548 751 84031 63 45 83 678  
800 918 80 85075 210 324 586 921 30 63 45805 92  
277 521 621 761 75 83 914 85 994 87059 [50000] 98 87  
541 81 95 [10000] 619 82 58 1 806 83 88315 10 82  
16 51 92 610 738 89025 100 492 40 577 706 852 655  
90172 [10000] 504 514 22 642 [5000] 98 700 18 878  
91000 [10000] 110 46 [30000] 65 413 17 31 570 730 38 803  
84 92021 69 125 255 665 745 60 77 93070 92 116 220  
553 797 842 934 94540 615 [10000] 63 95043 92 411  
24 569 654 88 711 51 831 939 93012 190 95043 92 411  
807 86 97203 8 826 681 [5000] 911 95230 457 489  
[5000] 92 762 800 71 99011 117 246 85 232 43 55 735 985  
100012 23 141 59 260 323 92 17 88 100000  
708 61 999 101227 48 88 320 82 90 [5000] 414 54 996  
708 102369 80 424 746 885 967 103012 51 227 52  
587 371 482 517 691 857 [30000] 104012 51 227 52  
587 618 779 801 944 105079 140 92 299 416 1 227 52  
636 703 106051 65 127 321 61 411 563 618 56 82  
865 107910 62 196 456 554 779 847 52 108007 57 199  
[5000] 271 457 669 717 109153 233 307 [30000] 40 [5000]  
110336 457 64 68 [10000] 548 690 [5000] 70 88 904  
998 [10000] 111088 91 246 91 392 423 [5000] 90 833  
[5000] 662 705 35 905 112072 106 488 96 563 83 901  
887 931 52 113381 472 [10000] 673 616 23 [30000] 792  
99 114135 341 434 [10000] 30 649 115001 32 255

### 5. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai 1906, nachmittags.  
Aus der Gewinnsäule über 240 Mtl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nach







Berliner Nachrichten.

Zur Umgestaltung der kommunalen Waisenflege.

Aus dem jetzt erschienenen 3. Teil des „Berichtes über die Gemeindevverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1895—1900“ bringt die „Vossische Zeitung“ eine statistische Darstellung des Zustandes unserer kommunalen Waisenflege. Sie macht dazu die Bemerkung, der Bericht ergebe, daß die Versorgung, die Anstalts-erziehung solle beseitigt werden, übertrieben sei. Und ist nicht klar geworden, wie es aus dem Bericht hervorgeht. Die Frage, um die es sich handelt, ist ja im wesentlichen erst nach 1900 zu einer „brennenden“ geworden. Die Bevorzugung der Familienerziehung vor der Anstalts-erziehung ist zwar sehr alt, und die Anfänge dieser als Sparmaßnahme sind in den ersten Jahrzehnten entstanden. Bewegung liegen um viele Jahrzehnte zurück; im „Vorwärts“ ist das oft genug gesagt und nachgewiesen worden. Aber den Plan, nicht einmal mehr die vorhandene Anstalt in ihrem bisherigen Umfang dem Erziehungs- und dienlich zu machen, sondern ein Stück nach dem anderen von ihr abzubrechen und höchstens einen armseligen Rest übrig zu lassen — diesen Plan auszuführen hat man doch erst in den allerletzten Jahren begonnen. In welchem Tempo die Ausführung bisher erfolgt ist und wie weit sie bereits vorgeschritten ist, das haben wir im März aus Anlaß der Beratung des städtischen Etats gezeigt. Schon Ende 1904 war die Kummelsburger Anstalt zum geringsten Teil noch Erziehungsanstalt, zum größten Teil nur noch Lazarett und Säuglingsheim. In der Anstalt befanden sich nur noch 66 gesunde Kinder, aber bereits 130 kranke Kinder und 49 Säuglinge, die der Etat gleichfalls zu den Lazarettinsassen zählt. Noch Ende 1901 waren 256 gesunde Kinder in der Anstalt. Angesichts dieser Zahlen fehlt uns wirklich ein parlamentarisches Ausdruck für den Versuch, die Umgestaltung zu bemänteln, den in der Stadtverordneten-Versammlung der Oberbürgermeister Kirchner gemacht hat. Wenn die Kummelsburger Anstalt größtenteils nicht mehr Erziehungsanstalt, sondern Kranken- und Siechenanstalt ist, und wenn selbst die paar gesunde Kinder, denen noch ein Plätzchen darin gewährt wird, auch nur deshalb aufgenommen werden, weil sie vorübergehend nur kurze Zeit in der Waisenflege bleiben, so daß eine Unterbringung in Familien sich nicht lohnt, dann kann doch kein Mensch im Ernst behaupten wollen, daß noch von Anstalts-erziehung im früheren Sinne die Rede sein könne.

Die Streitfrage, ob Anstalts-erziehung oder Familienerziehung, ist nicht neu. Schon seit etlichen Jahrhunderten wird sie erörtert. Wenn in der Stadtverordneten-Versammlung kürzlich von freisinniger Seite gesagt wurde, dazu seien lange Erfahrungen nötig, so möchte man fast annehmen, daß der betreffende Redner zum ersten Mal in die Berliner Waisenflege hineingekammt hat. Das städtische Waisenhaus Berlin ist rund zweihundert Jahre alt, da könnte man nachgerade Erfahrungen genug gesammelt haben. Seit es besteht, sind schon recht oft Zweifel laut geworden, ob nicht Familienerziehung empfehlenswerter sei. Zu jeder Zeit bestand neben der Anstalts-erziehung auch noch Familienerziehung. Aber der Gedanke, Familienerziehung noch mehr als bisher zu bevorzugen, tauchte besonders dann auf, wenn infolge ungewöhnlich starken Zuwachses von Waisenkindern die Pflicht zur Sparsamkeit wieder einmal recht deutlich empfunden wurde. Derselbe Erwägung gibt ja auch heute den Ausschlag. Man fühlt, daß die Stadt sich ihrer Verpflichtung, das Waisenlazarett zu erweitern und ein ausreichendes Heim für Waisenkinder zu schaffen, nicht entziehen kann. Da man aber kein besonderes Grundstüd dazu hergeben, keine eigene Anstalt errichten mag, so muß die Kummelsburger Anstalt ausschließen. Wo sind denn die Betreuer dafür, daß die Anstalts-erziehung nicht besser sei? Heraus mit der Sprache, wenn Sie etwas darüber wissen! Der Verwaltung ist es ja ein Leichtes, Material hierzu zu beschaffen. Wiederholt ist früher solches Material zusammengetragen worden, um die alte Streitfrage zu beleuchten: in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als Berlin das neue Waisenhaus in Kummelsburg baute, in den 70er Jahren, als man dazu übergegangen war, wenigstens die Mädchen nur noch in Familien zu geben. Für die neueste Zeit ist man auf das angewiesen, was die Waisenvorwaltungs-Berichte sagen, und da ist das Urteil über die Anstalts-erziehung stets günstig. Dagegen kommt die Kostpflege in manchen Berichten sehr schlecht weg. Beispiele sind im „Vorwärts“ oft mitgeteilt worden, und noch kürzlich wurde in der Stadtverordneten-Versammlung vom Genossen Tolsdorf, der in der Waisenvorwaltung sitzt, der Fall angeführt, daß ein „Waisenvater“ nach Berlin berichtete, das ihm zur Kontrolle überwiesene Kind befände sich wohl, während es tatsächlich — im Krankenhause lag. Auch in dem großen Verwaltungsbericht für 1895—1900 steht über die Waisenanstalt nur Günstiges. Insofern könnte man sich allerdings versucht fühlen, aus ihm mit der „Voss. Zig.“ zu folgern, daß die Versorgung „übertrieben“ seien — wenn man nicht wüßte, daß im Rathaus nicht das Gute, sondern das Billige den Sieg davonzutragen pflegt.

Die Ausführung des Hafensprojektes am Stralauer Anger wurde in der gestrigen Magistrats-Sitzung beschlossen. Nach einem eingehenden Vortrage des Stadtbaurats Krause stimmte der Magistrat den Plänen des Stadtbaurates für die Errichtung eines großen städtischen Hafens am Stralauer Anger mit Bahn- und Speicheranlagen zu und bewilligte die Kosten für die Vorarbeiten in Höhe von 300 000 M. Die Gesamtkosten der Anlage werden sich nach dem Voranschlage auf rund 8 000 000 M. stellen, wobei das städtische Terrain in einer Ausdehnung von etwa 5000 Quadratmeter außer Ansatz geblieben ist. Die Restkosten der Berliner Kaufmannschaft und die Handelskammer haben eine Zinsgarantie je zur Hälfte bis zur Höhe von 70 000 M. jährlich übernommen.

Es wird nach Ansicht dieser Körperschaften zu erstreben sein, daß die Hafenanlage zur Tariffikation gemacht und in dem Tarif- sache nur die Streckenfahrt zur Anrechnung gebracht wird. Ebenso wie auf den Bahnananschluß wird von der Kaufmannschaft großes Gewicht darauf gelegt, daß in dem projektierten Speicher eine zoll- freie Niederlage mit eigener Rollabfertigungs- stelle eingerichtet werde. Die nach dieser Richtung mit der kgl. Provinzial-Steuerdirektion gepflogenen Verhandlungen haben bereits zu einem günstigen Ergebnis geführt.

Wie sich der Betrieb des neuen, abgesehen von dem Wert des städtischen Grundstückes, mit einem Kostenaufwande von rund acht Millionen Mark herzustellenden Unternehmens wirtschaftlich gestalten wird, ist natürlich nicht mit Sicherheit vorher anzugeben. Es sind nur Schätzungen möglich.

Der undankbare Künstler. Wegen Bedrohung seiner Wohlthäterin, der 90-jährigen Witwe eines Berliner Kanalarbeiters, hatte sich der Cellist Walter Ferner aus Wilmersdorf bei Berlin vor der Strafkammer zu Wiesbaden in der Verurteilungsinstanz zu verantworten. Der junge, begabte Künstler hatte in der alten Dame, die seinerzeit in Wiesbaden in Pension wohnte, eine mütterliche Freundin gefunden, die ihm reichliche Geldmittel zukommen ließ. Im März 1903 erfuhr die Freundlichkeit zwischen beiden aber eine jähe Erkrüfung: wie man sagt, weil Ferner die Geschenke der Dame zwar mit Freuden akzeptierte, von Verpflichtungen, die ihm daraus erwachsen, aber nichts wissen wollte; nach einer anderen Version soll die Kanalarbeiterin ein Verhältnis nicht gebilligt haben, das Ferner mit einer Wiesbadener Dame angeknüpft hatte. Als sich der Künstler und die Ältere eines Tages auf der Straße trafen und die Letztere ihn mit „Walter, Walter!“ anrief, sagte Ferner in erregtem Tone: „Wie können Sie es wagen, mich anzurufen!“ und setzte, indem er drohend seinen Stod hob, hinzu: „Waschen Sie, daß Sie wegkommen, sonst schlage ich Ihnen den Schädel ein!“ Die Dame er-

stattete Anzeige, und der undankbare Künstler wurde wegen Bedrohung mit Zuchthaus vom Schöffengericht in Wiesbaden zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Seine Verurteilung wurde gestern von der Strafkammer kostenpflichtig verworfen.

Der Eisenbahnverkehr von und nach Werder sowie auf der Wanneseebahn hat aus Anlaß des Besuches der Baumbilste einen gewaltigen Umfang erreicht; am letzten Sonntag überstieg die Frequenz- ziffer die der Vorjahre um ein ganz Bedeutendes. Es fuhrten allein von Werder 41 264 Personen nach Berlin zurück (am Baumbilste- Sonntag des Vorjahres nur 24 280 Personen). Auf der ganzen Strecke Werder-Potsdam-Berlin wurden am letzten Sonntag 71 747 und auf der Wanneseebahn 65 942 Personen, zusammen 137 689 Personen nach Berlin zurückbefördert, während an dem betreffenden Sonntage des Vorjahres auf der Strecke Werder-Berlin nur 40 402 und auf der Wanneseebahn 39 583, zusammen 79 985 Personen zurückbefördert wurden. Die Steigerung des Verkehrs betrug somit gegen das Vorjahr 57 704 Personen.

Die Betriebskrankenkasse der Firma Kengert u. Co., Linienstr. 81, ist durch Erlass des Oberpräsidenten vom 14. April d. J. am 1. Mai aufgelöst worden. Die zurzeit der Betriebskrankenkasse angehörenden Mitglieder sind der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker überwiesen worden. Das am 1. Mai vorhandene gewesene Vermögen der aufgelösten Betriebskrankenkasse wurde gegen Uebernahme sämtlicher Verpflichtungen dieser Klasse der genannten Orts- krankenkasse übereignet.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich heute nachmittag in der Brenzlauer Straße ereignet. Aus dem Hause Ede der Pirtenstraße kam aus dem Vorweg ein Arbeitshilfswert heraus, während auf der Straße Arbeiter beim Straßenpflastern beschäftigt waren. Plötzlich schreuten die Pferde und überarntten mit ihrem Fuhrwerk die Arbeiter. Einem von ihnen, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, wurde der Schädel zertrümmert, so daß er auf der Stelle tot war. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Abermals Genidstarr. Der zehn Monate alte Sohn Arthur des Kaufmanns Kopper, Kleine Auguststr. 11 wohnhaft, wurde nach dem jüdischen Krankenhause und von dort nach der Charité gebracht. Dort wurde nun gestern nach eingehender Untersuchung eine Erkrankung an epidemischer Genidstarr festgestellt. Für geeignete Ab- sperrung und sofortige Desinfektion der Wohnung wurde Sorge ge- tragen.

Der Provisionschwindler Weiner, der vorgestern hier verhaftet wurde, hat nicht nur Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch viele Geschäftsleute geschädigt. Er führte sich mit gefälschten Karten als Vertreter von Zeitungen bei ihnen ein, ließ sich für Inserate be- zahlen, gab aber diese nicht auf. Viele Geschädigte haben jetzt der Kriminalpolizei Anzeige gemacht.

Zwei Flederer wurden am Donnerstagabend in der Großen Frankfurterstraße abgefaßt. Auf dem Mittelwege vor dem Hause Nr. 14 sah ein Fischer Bernhardt auf der Bank, um etwas frische Luft zu schöpfen. In ihm gefielten sich rechts und links zwei alte Flederer namens Dichtl und Wahlen, die auch schon wegen Raubes bestraft sind. Sobald der Fischer eingeschlafen war, setzten sie ihre Hände in seine Taschen. Aber so tief sie auch hineinfaheten, sie fanden nichts, weil Bernhardt sie zu Hause geleert hatte. Während sie immer noch suchten, packte plötzlich ein Schurmann, der sie beobachtet hatte, mit jeder Hand einen am Kragen. Im ersten Schrecken konnten sie ihre Hände kaum aus den Taschen herausbekommen. Dann sprangen sie auf und stellten sich wie auf Verabredung schwer betrunken. Auf der Revierwache spielten sie diese Rolle weiter. Es war kein vernünftiges Wort aus ihnen herauszubekommen. Auch gestern bei ihrer Vernehmung durch die Kriminalpolizei taten sie so, als ob sie noch nicht nüchtern wären und sich nicht erklären könnten, wie sie mit den Händen in die Taschen des Fischlers gekommen wären. Beide wurden in Untersuchungshaft genommen.

Strafensperrung. Die Eisenbahnstraße von Brangelstraße bis Lanfyer Platz einschließlich der nördlichen und östlichen Seite des Lanfyer Platzes wird wegen Asphaltierung vom 15. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Auf der Treptow-Sternwarte werden jetzt täglich interessante Sonnenfleckengruppen mit dem großen Fernrohr von nachmittags 2 bis 7 Uhr gezeigt. Abends ein Richter und bis 12 Uhr nachts abwechselnd der Nord und Mars. Das Thema für den Sonntagnachmittags-Vortrag von Direktor Kruehbold um 5 Uhr lautet: „Einführung in die Astronomie“; um 7 Uhr: „Die fernen unsere Schiffe den Weg über den Ozean“? Das Thema für den Vortrag am Montag, den 15. Mai, abends 9 Uhr, lautet: „Ausflug in die Sternwelt“.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße wird der mit zahlreichen farbigen Bildern angefüllte Vortrag „Der Simphon und sein Gebiet“, welcher sich mit dem Durchsicht und der Vollendung des Simphoniums, sowie mit einem Pahl- übergang über denselben beschäftigt, in nächster Woche am Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend zur Darstellung ge- langen; am Montag und Donnerstag finden Wiederholungen des mit Momentbildern des Afrikanersenden C. G. Schillings illustrierten Vortrages „Tierleben in der Wildnis“ statt.

Theater. In der Wolzogen-Oper wird Sonntag der 14. Wiederholung der erfolgreichen Feptischen Oper „Die Räder von Lucca“ auf vielseitiges Verlangen noch einmal die Sailer- Gedächtnisfeier vorangehen (Festlänge von Franz Liszt, zu Schillers Gedächtnis, verfaßt und vorgetragen von Ernst v. Wolzogen, Schillerische Lieder zur Laute gesungen von Elsa Laura v. Wolzogen und Schillers Hymnus von Richard Strauß, gesungen von Hermann Jacobs). Im Laufe der nächsten Woche wird als Neuheit den Wädern von Lucca ein Einakter „Melanie“, Text und Musik von Martin Jacob vorangehen. — National-Theater. Heute Sonnabend, den 13. Mai, gastiert Madame Charlotte Wynn als „Rose Friguet“ im „Blöcken des Cremiten“. Am Sonntag, den 14. Mai, abends 8 Uhr: „Die Jüdin“, Gasspiel des königl. Kammerängers Werner Alberty. — Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater findet morgen die letzte Sonntag-Vorstellung in dieser Spielzeit statt, da die Direktion am Montag bereits die diesjährige Saison beschließt, um ihre Gasspiel-Tournee nach Leipzig und Hannover zu beginnen. Die Komödie „Die Meyerhains“ gelangt daher nur noch dreimal zur Aufführung. Am Donnerstag, den 18. Mai, beginnen die Winter-Tyran-Sänger ihr Gasspiel.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Lohnbewegung der Freisprengel. Die vom Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Freisprengel Deutschlands am Mit- woch, den 10. Mai, im Restaurant „Jägerhof“ zu Charlottenburg veranstaltete und gut besuchte öffentliche Versammlung befaßte sich mit folgender Tagesordnung: „Die Lohnbewegung Berlins und schließen wir uns derselben an?“ Der Referent Liere, Berlin be- leuchtete eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Groß-Berlins. Er zeigte die Notwendigkeit der Lohnbewegung und forderte die Charlottenburger Gehilfenchaft auf, sich derselben anzuschließen. Nach einer regen Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Charlottenburger Gehilfen erklären sich mit den Aus- fahrungen und den vom Referenten aufgestellten Forderungen ein- verstanden. Die Versammelten versprechen, dieselben mit Nachdruck zu vertreten. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, sich der Organi- sation anzuschließen.“

Schöneberg.

Bei einer Razzia, die von 20 Polizeibeamten des 2. Reviers in den Anlagen der Hauptstraße (Dorfau) veranstaltet wurde, sind gegen 40 Personen fixiert worden. Schon wiederholt gingen Klagen über das schamlose Treiben halbblühiger Puscheln und Mädchen ein, die sich auf den Bänken und in den Gebüschen herumdrückten, so daß es den Passanten vielfach unmöglich war, die Anlagen am Abend zu betreten. Ein großer Teil der fixierten 14—16-jährigen Jungen und Mädchen wurde nach Feststellung ihrer Personalien mit einer Verwarnung entlassen und die übrigen vorläufig in Haft gehalten.

Spandau.

Einen Festzug durch die Stadt werden die organisierten Arbeiter, insoweit sie Turn-, Radfahrer- und Gesangsvereinen angehören, zum erstenmal hier selbst veranstalten (nachdem die Polizei hierzu bereits ihre Genehmigung erteilt hat) und zwar anläßlich des allgemeinen Arbeiter-Sportfestes, das am 23. Juli hierorts stattfindet.

Die Genidstarr. Auch hier sind, wie erst nachträglich bekannt wird, bereits Ende April zwei Fälle von Genidstarr zur amtlichen Kenntnis gekommen. Der eine Fall betraf das Kind einer in der Adlerstraße wohnhaften Arbeiterfamilie, der zweite einen Soldaten. Erfreulicherweise nahmen beide Erkrankungsfälle einen befriedigenden Verlauf.

Vor dem Tode des Ertrinkens mit knapper Not gerettet wurde am Donnerstagvormittag das Töchterchen eines Eisenbahnbeamten, das von einem Knaben mutwillig in die Habel gestochen sein soll. Durch die Hülfsleistung anderer Kinder wurde der Maschinist des städtischen Pumpwerkes am Lindenufer auf den Vorfall aufmerksam und holte das Kind aus dem Wasser. Dem herbeigeholten Arzt Dr. Dreyfuß gelang es schließlich, die Verunglückte wieder zum Bewußtsein zu bringen.

Potsdam.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Donnerstag auf dem Bahnhofe in Potsdam ab. Der vormittags 9 Uhr 5 Min. vom Potsdamer Bahnhofe in Berlin abgefahrne Fernzug nach Magdeburg hatte sich eben zur Abfahrt in Bewegung gesetzt und war etwa drei Wagenlängen vorgeückt, als man vor der Erfrischungshalle des Bahnhofes zwischen den Schienen unter dem fahrenden Zuge liegend den zappelnden Körper eines neun Monate alten Kindes erblickte. Zugleich wurde in dem Zuge die Notbremse gezogen, so daß er hielt, und nun stellte es sich heraus, daß in einem Wagen vierter Klasse eine von der Berliner Markthalle kommende Frau eines Werderschen Obitäters plötzlich von Mitterwehen befallen war. Sie eilte, als sich eben der Zug in Potsdam in Bewegung setzte, nach dem Abort des Wagens, wofolbst sie einem Kinde das Leben gab. Dieses, ein kräftiger Knabe, entfiel ihr plötzlich durch den nach außen fahrenden Trichter des Aborts und zwar so glücklich, daß es unverfehrt dicht neben der einen Eisenbahnschiene zu liegen kam. Dort wurde der junge Weltbürger von einer anderen Werderschen Frau, die in Be- gleitung eines Bahnbeamten unter den stilstehenden Zug kroch, her- vorgeholt, in eine Schürze gewickelt und samt der inzwischen aus dem Wagen herausbeförderten Mutter nach dem städtischen Kranken- haus gebracht, wo es beiden den Umständen nach wohl ergeht.

Rummelsburg.

Die Wahrung der Gemeinde-Interessen durch die staatliche Aufsichtsbehörde wird durch die von ihr beliebte Führung des Disziplinarverfahrens gegen den früheren Baumeister Hahly der Gemeinde Vorhagen-Rummelsburg recht charakteristisch beleuchtet. Verschiedene Vorkommnisse in der Geschäftsführung dieses Herrn gaben der Gemeindeverwaltung Veranlassung, auf seine ferneren Dienste zu verzichten. Gleichzeitig wurde ihm aufgegeben, das Disziplinarverfahren gegen sich selbst zu beantragen. Das geschah auch. Seitdem sind nun bereits zwei Jahre verfloßen, und die Vernehmungen in dieser Angelegenheit sind seit etwa einem Jahre abgeschlossen. Dennoch ist seit dieser Zeit die Angelegenheit keinen Schritt weiter gekommen. Heute noch ist nicht abzusehen, wann das Disziplinarverfahren seine Erledigung finden wird. Die Gemeinde hat dem Baumeister, der ein Jahresgehalt von 6000 M. bezieht, bis jetzt also bereits 12 000 M. zahlen müssen, ohne daß er auch die geringste Tätigkeit für die Gemeinde ausübt. Ihm kann diese unverantwortliche Verzögerung natürlich nur angenehm sein, nicht aber der Gemeinde Rummelsburg, die unter schwierigen Finanz- verhältnissen leidet und 150 Prozent kommunalzuschlag zur Staats- einkommenssteuer erheben muß. Da alle Beschwerden des Gemeinde- vorstandes unberücksichtigt blieben, beschloß sich die Gemeinde- vertretung in mehreren Sitzungen mit der Frage, wie es möglich sei, die Aufsichtsbehörde zu einem schnelleren Tempo in diesem Ver- fahren zu bewegen. Nach einem allgemeinen Gerücht, dessen Ueberbe- stätigung man dem Herrn Hahly selbst zuschreibt, soll er eine hohe Ver- wandtschaft mit weitreichendem Einfluß besitzen. Die Möglichkeit, daß es diesem Einfluß gelänge, das Disziplinarverfahren aufzu- halten, schien der Gemeindevertretung undenkbar. Sie vermag aber keine Gründe für die unverschämte Verzögerung des Disziplinar- verfahrens zu entdecken. In einer Sitzung erklärte der Gemein- desvorsteher auch, daß er nicht in der Lage wäre, seiner vorgelegten Behörde gegenüber diese Sache mit der unter den obwaltenden Um- ständen notwendigen Energie zu vertreten. Auch müßte er der vor- gesetzten Behörde gegenüber in Anwendung des „Tonos“ sehr vor- sichtig sein. Unter diesen Verhältnissen beschloß die Vertretung, einen Rechtsanwalt, der den Willen der Gemeinde stärker zum Aus- druck bringen kann, mit der ferneren Vertretung zu betrauen. Ob das Disziplinarverfahren nun einen schnelleren Verlauf nimmt?

Zernsdorf.

Ein umfangreicher Brandstiftungsprozeß begann gestern vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts II und erregt das lebhafteste Interesse der Dorfbewohner von Zernsdorf und Umgebung. Die Anklage richtet sich gegen den Gutsbesitzer Karl August Albert Ruden, der seit dem 5. Dezember v. J. in Untersuchungshaft sitzt und sich wegen wiederholter Brandstiftung und Verleitung zum Meineide zu verantworten hat. Es handelt sich um eine Reihe mysteriöser Brandstiftungen, die seit den letzten zwei Jahren die Be- wohner von Zernsdorf in Aufregung erhalten haben. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor v. Haugsdorf, die Anklage vertritt Staatsanwalt Giersdorf, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Krndt. In dem Zeitraum von zwei Jahren sind im Orte nicht weniger als 16 Brände ausgekommen, die von böswilliger Hand angelegt waren und großen Schaden anrichteten. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich zunächst gegen den Widner Wilh. Aust, er wurde aber nicht genügend bestätigt und richtete sich sodann auf Grund der verschiedensten Indizien nach und nach immer mehr gegen den jetzigen Angeklagten. Es war auffallend, daß bis Mai 1903 fast alle Brände in der Nähe des damals von dem Vater des An- geklagten bewohnten Grundstücks stattfanden. Der Vater verlegte dann seine Wohnung an das andere Ende des Dorfes und nun wechselte auffallenderweise auch der Schauplatz der Brände. Seit Mai 1903 fanden fast alle Brände wieder in der Nähe des neuen Grundstücks des Vaters statt. Es war ferner auffällig, daß bei den meisten Bränden der Angeklagte als einer der Ersten in der Nähe der Brandstätte anzutreffen war. Insbesondere war dies bei den beiden Bränden der Fall, die dem Angeklagten von der Anklagebehörde zur Last gelegt werden. Am 27. Juli brante eine Scheune des Widners Wolfsmann vollständig ab, so daß nur die Umfassungsmauern stehen blieben. Die Scheune grenzt mit einem Pfähel unmittelbar an das zum Grundstück des Vaters gehörige Gartenland. Zwei Knaben hatten um die Zeit des Brandes den Angeklagten „forsch“ durch den Garten nach einem Kirchbaum zu



laufen sehen; bald darauf brante die Scheune. Auch bei einem am 22. September ausgebrochenen Brande, die die Scheune des Lohnbauers Ruden einäscherte, ist der Angeklagte von dem Nachtwächter, der auf den Feuerarm herbeigeeilt war, in verdächtiger Nähe der Brandstätte gesehen worden. Besonders gravierend erscheint für den Angeklagten, daß er bei einer Vernehmung fälschlich angegeben haben soll: er sei, als er von dem Nachtwächter gesehen wurde, von einem nächtlichen Besuch bei der Dienstmagd Hansche, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalte, gekommen. Er soll dann auch versucht haben, die Dienstmagd zu einer falschen Aussage zu überreden. Er soll nämlich dem Mädchen gesagt haben: „Wenn wir beide vor Gericht kommen, dann sage doch, ich hätte zu Dir kommen wollen. Du kriegst auch eine gute Belohnung. Es ist ja alles da, Du sollst meine Frau werden.“ Charakteristisch ist, daß seit der Verhaftung des Angeklagten keine Brände mehr vorgekommen sind. Der Angeklagte bestreitet entschieden jede Schuld, ein rechtes Motiv zur Tat ist nicht erkennbar, es sei denn, daß sich die Annahme der Anklage bestätigte, daß der Angeklagte aus dem bei solchen Bränden stattfindenden Zusammenströmen der Dorfbewohner für das Schanzlosat seines Vaters größeren Anspruch erhoffte. Da es sich um einen Indizienbeweis handelt, bei dem eine Reihe von Verdachtsmomenten den Beweis der Schuld des Angeklagten erbringen sollen, so sind über 40 Zeugen geladen worden. Die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Brandt haben zahlreiche Zeugen geladen, um die Unmöglichkeit der Täterschaft bei den früheren Bränden nachzuweisen und daraus zu folgern, daß er auch bei den unter Anklage gestellten beiden Brandstiftungen nicht der Täter sei. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt.

### Zoffen.

Einen Wortversuch gegen seine Ehefrau verübte der Schlächtermeister und Grundbesitzer W. Diedloff. Die Diedloff'sche Eheleute lebten bereits seit Jahren in Unfrieden. Die Frau hielt sich in den letzten Tagen in dem nahegelegenen Dabendorf auf und lehnte trotz wiederholter Aufforderung ihres Mannes nicht zu ihm zurück. Diedloff glaubte Grund zur Eifersucht zu haben, da sich seine Frau in der Wohnung eines Mannes namens Lindemann aufhielt. Montag früh lauerte er auf der Treppe seiner Frau auf und versuchte sie, als sie schlafen wollte, zu erstechen. Sie erhielt einen tiefen Stich im Rücken sowie Verletzungen am Halse und im Gesicht. Der auf ihr Geschrei herbeieilende Lindemann erhielt ebenfalls durch Messerstiche schwere Verletzungen an den Händen. Diedloff flüchtete, lebte aber bald zurück und wurde verhaftet. Die Frau befindet sich außer Lebensgefahr.

In dem rätselhaften Leichensunde in dem Walde bei Caputh über welchen wir bereits berichtet haben, wird uns mitgeteilt, daß nach behördlichen Feststellungen ein Verbrechen anscheinend nicht vorliegt. An dem Körper des Toten, der schon lange Zeit an der Hundstille gelegen haben muß, wurden keinerlei Spuren entdeckt, die auf ein an dem Manne begangenes Verbrechen schließen lassen. Es wird angenommen, daß der Unbekannte Selbstmord verübte, möglicherweise sich vergiftet hat. Der Körper war zwar mit Lanneneisig bedeckt, jedoch nicht so dicht, daß daraus unbedingt zu schließen ist, daß die Kadaver von dritter Hand aus den Körper geworfen sind. Da bei dem Toten keinerlei Wertsachen vorgefunden wurden, ist allerdings auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Leiche von Strolchen herab und dann mit Lanneneisig bedeckt wurde.

Auf der Havel untergegangen ist am Mittwoch bei Klützow ein mit Tonerde beladener Prahm, der durch die durch einen vorüberfahrenden Dampfer veranlaßten Wellen voll Wasser geschlagen wurde. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

## Gerichts-Zeitung.

Und wieder ward die Sittlichkeit nicht gerettet! Ein literarischer Prozeß beschäftigte gestern wieder die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner. Unter der Anklage der Verbreitung einer unächtigen Schrift standen der Verlagsbuchhändler Bruno Cassirer aus Charlottenburg, und der Schriftsteller Franz Wedekind. Die unächte Schrift, die sie verbreitet haben sollen, ist das Bedenkliche Drama „Die Waise der Pandora“, welches eine Fortsetzung des „Erdebebens“ darstellt und in geschlossener Vereinsvorstellung bereits fünfmal in Nürnberg und einmal in München aufgeführt worden ist. Als Sachverständiger war seitens des Gerichts Professor Dr. Wittkowski-Weipzig geladen, auf Ersuchen des Verteidigers Justizrat Paul Jonas war auch Gerhard Hauptmann als Sachverständiger zur Stelle. Als Dolmetscher für die in dem Drama enthaltenen französischen und englischen Stellen fungierten die Herren Professor Dr. Lamprecht und Haack. Die Verlesung des Dramas fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Professor Dr. Wittkowski sprach sich dem Vernehmen nach vollständig zugunsten der Angeklagten und des Buches aus, so daß der Gerichtshof auf ein weiteres Gutachten von Gerhard Hauptmann verzichtete. Staatsanwalt Liebenow, der gegen Cassirer die Freisprechung beantragte, führte aus, daß durch das Buch das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzt werde und beantragte gegen den Angeklagten Wedekind 100 M. Geldstrafe und Einziehung der vorfindlichen Exemplare. Justizrat Jonas führte dagegen aus, daß Wedekind nimmermehr den Zweck verfolgt habe, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen oder die Sittlichkeit zu erregen, sondern daß er ein ernstes Thema in künstlerischer Weise behandelt habe. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung der beiden Angeklagten, auf die das Gericht auch erlief.

Dem Extrablatt „Schwindel“, der aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges und der russischen Winternisse besonders überhand genommen hatte, wird von der Kriminalpolizei seit einiger Zeit besonders scharf entgegengetreten. Am Abend des 27. Dezember v. J., kurz nach Theaterschluss, zog eine Anzahl Strophenhändler die Preisdruckstraße entlang, die in dem üblichen brüllenden Tone das Publikum durch die Mitteilung: „Europatkin gefallen“ und ferner: „Ein Attentat auf den Zaren“ zum Kauf von Extrablättern aufforderten. Diese fanden auch reichenden Absatz. Die Leser wurden jedoch einigermaßen enttäuscht, als sie in dem mit „Europatkin gefallen“ überschriebenen Extrablatt, kleingedruckt die Mitteilung fand, daß Europatkin infolge eines Schusses leicht verletzt war. Die Mitteilung von einem Attentat auf den Zaren war vollständig aus der Luft gegriffen. Auf Veranlassung eines der Käufer dieser Schwindel-Extrablätter erfolgte die Festnahme der Händler durch die Kriminalhauptleute Dröschner und Kodel. — Vor dem Schöffengericht I waren gestern wegen Betruges angeklagt: der Händler Ernst Siedersleben, dessen Ehefrau, der Buchdrucker Wigankow und die Händler Hebel und David Poznanski. Wigankow hatte jene Schwindel-Extrablätter gedruckt, während die übrigen Angeklagten diese verbreitet hatten. Auf den Extrablättern zeichnete sich als „Redakteur“ ein gewisser Otto Winkler. Die Ermittlungen nach diesem ergaben, daß dieser Herr „Redakteur“ ein wegen Geisteskrankheit entmündigter Arbeiter ist, der sich zurzeit in der Abteilung für Gemeingefährliche einer Irrenanstalt befindet. Der Phantase dieses Mannes waren jene Schauerromane entsprungen, die später dem gutgläubigen Publikum, das immer wieder auf den Extrablattschwindel hereinfällt, als eine Wahrheit aufgetischt worden. In der gestrigen Verhandlung bezeichnet der Staatsanwalt den Extrablattschwindel als ein geradezu gemeingefährliches Unternehmen, dem mit aller Schärfe entgegengetreten werden müßte. Der Antrag lautete deshalb gegen Siedersleben, Hebel und Poznanski auf je einen Monat, auf Wigankow auf 2 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof glaubte indessen den Haupttäter in der Person des geisteskranken „Redakteurs“ Winkler finden zu sollen, der die jetzigen Angeklagten zu seinem Werkzeuge gemacht habe. Wegen groben Unfugs verurteilte das Schöffengericht die Angeklagten Sieders-

leben und Poznanski zu je einer Woche Haft, die übrigen wurden freigesprochen.

Der Krankenassenprozeß in Hannover zeitigt in seinem ferneren Verlaufe ungläubliche Manipulationen der Kassengründer. Durch Infiltrate suchte die Kasse Agenten. Jeder, der sich meldete, wurde „Generalagent“ und wurde mit reichlicher Provision ausgestattet. Etwa 150 Generalagenten waren angeheilt, und um deren Tätigkeit zu heben, wurde ein Wettbewerb veranstaltet. Wer in der Zeit vom 10. August bis 10. Oktober die meisten Mitglieder „machte“, sollte 300 M. Extraprämie erhalten, der nächste 200 und der dritte 100 M. Alles wurde als Mitglied aufgenommen, denn es kam den gewissenlosen Gründern ja nur auf das Geld an. Verlangte ein Mitglied aber Krankengeld, dann wurde es ohne weiteres ausgeschlossen. Aus den Büchern ist festgestellt, daß in der kurzen Zeit vom September 1902 bis März 1903 616 derartige Ausschüsse erfolgt sind. Man schloß aus, weil die Mitglieder ein Zahlungsgeld, Krankengeld, die in zwei Tagen heilten, weil ein Kugel am Daumen abgegangen, eine Erkältung und ähnliche mit Erwerbsunfähigkeit nicht verbundene Kleinigkeiten nicht angegeben hatten, ferner weil die Wohnung nicht richtig angegeben und die Krankmeldung nicht binnen 48 Stunden einging. Wenn das Krankengeld nicht vorenthalten werden konnte, der bekam eben keine Antwort und wurde der Generalagent, dem die Betragene das Haus einliefern, grob, dann wurde dieser entlassen; man hatte ja in allen Städten mehrere — in München gar sechs — Generalagenten. Geld gab es von der Hauptkasse nie. Ausdrücklich wurden keine Mitglieder aus Hannover-Linden aufgenommen, denn so sagten die Obergamern: „Wenn die Kasse kaputt geht, dann demotieren uns sonst die Arbeiter Hannover-Lindens die Bude!“

Nach den vorläufigen Feststellungen sind 65 Prozent der Einnahmen zu Verwaltungszwecken verbraucht. Von 40 000 M. Vereinnahmen sind 8000 M. an Krankengeldern ausgezahlt. Wie unglücklich dreift der Schwindel betrieben wurde, geht aus den Prospekten und Flugblättern hervor, in denen es hieß: „Gedenket der Noth! Wer die Noth abwenden will, der trete ein in die unter sachmännlicher Leitung stehende Krankenasse „Union“! An die Generalagenten schrieb man: „Wenn Sie sich unserer guten Sache widmen wollen und für viele Menschen ein gutes Werk tun wollen!“ usw. Vor Gericht erzählten die beiden Hauptangeklagten, sie hätten im Interesse der Kasse viele Nächte hindurch und bis in die finstere Nacht hinein gearbeitet, aber ein Angestellter konstatierte unter Eid, daß die Herren tagelang in animierter Stimmung waren und nur wenige Stunden gearbeitet haben. Der „Kontrollleur“ Schomburg habe unbedeutende Briefe verbrannt.

## Verfassungen.

### Die Berliner Holzarbeiter und die Malfeyer.

In der letzten Generalversammlung der Filiale Berlin des Holzarbeiterverbandes beantragte Vermuth die nachstehende Resolution, welche die Versammlung ohne Debatte einstimmig annahm:

Die Versammlung erkläre in der eigentümlichen Stellungnahme einiger Verbandsbeamten gegen die bisherige Form der Malfeyer eine dem proletarischen Klassenkampf zuwiderlaufende Kleinigkeitskammer. Den auf verschiedenen Gewerkschaftskongressen aus Opportunitätsgründen ausgesprochenen Gedanken: „Die Opfer, welche die Arbeiterschaft am 1. Mai erbringt, für andere nützlichere Zwecke zu verwenden“, verwerfe die Versammlung im Hinblick auf die Tatsache, daß die Malfeyer durch Arbeitstrübe ein erhebendes Beispiel für alle Arbeiter bedeutet, die sich noch nicht zur sozialistischen Weltanschauung durchgerungen haben. — Dem einseitigen Standpunkt, den Gewerkschaften erwachsen durch die Malfeyer zu hohe Opfer, die in keinem Verhältnis zu den Erfolgen ständen, tritt die Versammlung mit der Anschauung entgegen, daß der Kampf um die Durchführung der Malfeyer nicht nur ein Protest gegen alle verwerflichen Handlungen unserer herrschenden Klassen, sondern auch ein Kampf um die Anerkennung der Organisation und der daraus resultierenden Freiheit und Menschenrechte bedeutet. — Die organisierten Holzarbeiter Berlins haben sich durch energisches Handeln den Feiertag der Arbeit zu erkämpfen getrachtet, es würde für sie wie für alle anderen an der Malfeyer beteiligten Arbeiter die Befestigung desselben nicht nur eine Ignorierung der um der Malfeyer willen geführten Kämpfe bedeuten, sondern die Arbeiterschaft auch vor den Segnern blamieren. — Die Versammelten verwerfen auf die Tatsache, daß überall, wo die Malfeyer keine künstliche Eindämmung erfahren, dieselbe im Wachsen begriffen ist. Die Versammelten sind überzeugt, daß mit der zunehmenden Macht und Bedeutung der Arbeiterbewegung auch die Malfeyerbewegung zunehmen wird. — Aus diesen Gründen erwartet die Versammlung von dem deutschen Gewerkschaftskongress, daß er beschließt, die Malfeyer in der bisherigen Form beizubehalten.

Somit nahm die Versammlung den Geschäfts- und Kassensbericht für das erste Quartal entgegen. Die Hauptkasse verzeichnet eine Einnahme von 106 854,50 M., eine Ausgabe von 211 685,64 M. und ein Guthaben der Filialkassen von 15 251,14 M. — Die Filialkassen haben eingenommen 250 812,86 M., ausgegeben 136 501,28 M., es bleibt ein Bestand von 113 811,60 M. — Unter den Ausgaben finden sich unter anderem folgende Posten: Für Streiks, Mafregelungen und Ausperrungen 175 490,80 M., Arbeitslosen-Unterstützung 89 835,82 M. Diese Posten sind aus der Haupt- und der Filialkassen zusammen gezahlt worden. Außerdem hat die Hauptkasse noch für Sterbes-, Unfalls-, Rottfall-Unterstützung 1093,12 M., und für Rechtschutz 1518,10 M. ausgegeben.

Dem Vorstandsbericht, den Glöckle erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Im ersten Quartal wurden abgehalten 3 Generalversammlungen und Branchentraineeversammlungen, 17 Versammlungen, 4 Gesamt-Vertrauensmännerversammlungen, 62 Bezirks-Mitgliederversammlungen, 62 Branchenversammlungen, 1 Versammlung der gesamten Kontrollkommission, 13 Verwaltungssitzungen. Rechtschutz erhielten 78 Kollegen. Die Organisationen der Möbelpolierer und der Kistenmacher sind am 1. April in den Verband übergetreten. Der Nebner heißt sie als Kampfgenossen in den Reihen des Holzarbeiterverbandes willkommen. 1200 Polierer und 150 Kistenmacher haben sich neue Bücher ausstellen lassen.

Die 78 Mitglieder, welchen Rechtschutz bewilligt wurde, hatten 77 Prozesse zu führen. Davon betrafen 82 gewerbliche Streitigkeiten und 45 Strafsachen. Von diesen sind 41 aus Anlaß von Streiks eingeleitet worden und zwar betrafen 18 die allgemeine Ausperrung, 9 den Klavierarbeiterstreik, 12 verteilten sich auf vier Berufsstreiks, je eine auf die Metallarbeiterausperrung, den Tapeziererstreik und den Wälzlagerstreik und 4 auf die Kontrolle des Arbeitsnachweises der Innung. 12mal ist gegen Strafmandate wegen Streikpostensiehens gerichtliche Entscheidung herbeigeführt worden. Drei Kollegen wurden freigesprochen, fünf Klagen schweben noch, vier Kollegen sind zu 6—30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Wegen angeblicher Nötigung, Verbohung und Verleumdung von Streikbrechern sind 20 Kollegen angeklagt worden. In zwei Fällen wurde das Verfahren eingestellt, 8 Kollegen wurden freigesprochen, fünf Klagen sind noch nicht erledigt, in vier Fällen wurden Geldstrafen von 20—50 M. und in einem Falle eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen verhängt.

Ueber den Streik der Modellsticker teilte der Redner mit, daß derselbe unverändert fort dauert. Wo Berliner Streikarbeit in anderen Städten ausgegeben werde, würde dieselbe verweigert. Arbeitsniederlegungen, die aus diesem Grunde erfolgen, werden auf Verstoß des Hauptvorstandes aus der Hauptkasse unterstützt.

Der Reformverein der Kistenmacher in Berlin wünschte den Abschluß eines Vertrages analog dem, der mit den Organisationen der Holzindustriellen z. abgeschlossen ist. Zu diesem Zweck werden

gegenwärtig Feststellungen über die Zahl der Beteiligten und die weiteren Einzelheiten gemacht.

Den Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungskommission, Berichtsdifferenzen und Streiks erliefte R a a h. In acht Sitzungen hat die Schlichtungskommission 77 Berichtsdifferenzen entschieden. 88 Differenzen wurden durch die Beauftragten der Kommission erledigt ohne daß es zu einer Verhandlung in der Sitzung kam. — Im ganzen waren 221 Berichtsdifferenzen und Streiks zu verzeichnen. 39 Differenzen wurden ohne Streik erledigt, in 31 Fällen kam es zum Streik, der in 23 Fällen mit, in 8 Fällen ohne Erfolg endete. Außerdem wurden vier erfolgreiche Branchenstreiks geführt, an denen 84 Berksellen beteiligt waren. Anlässlich der Malfeyer wurden 274 Mitglieder ausgesperrt, beziehungsweise entlassen und zwar nur bei solchen Arbeitgebern, die nicht unter dem Vertrage stehen.

Dem Bericht des Arbeitsvermittlers ist zu entnehmen, daß im Laufe des Quartals 3742 Adressen von 2524 Unternehmern eingegangen. Besetzt wurden 2900 Stellen, 4015 Arbeitslose hatten sich eintragen lassen, am Schluß des Quartals waren 499 Arbeitslose vorhanden. Für Tischler, Maschinenarbeiter, Möbelpolierer, Drechsler und Einfeiler erfolgt auf Grund des Vertrages die Arbeitsvermittlung vom 1. Juni ab in dem paritätischen Arbeitsnachweise in der Gornamstraße. Für die übrigen Branchen wird die Arbeit nach wie vor vom Verbandsbureau im Gewerkschaftshause vermittelt.

Wegen der Arbeit, welche durch die Einführung der Krankenunterstützung erforderlich ist, beantragte die Verwaltung die Anstellung eines neuen Bureaubeamten. Die Versammlung stimmte dem zu und übertrug das Amt dem Möbelpolierer R i s s e.

Den Streikenden der Stockfabrik von Gemblid wurde eine Extra-Unterstützung von 15 M. bewilligt und gleichzeitig beschlossen, daß für die Zukunft jede Extra-Unterstützung in Fortfall kommt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. D. Hamburg). Filiale Berlin I. Sonnabend, den 13. Mai, abends von 7<sup>1/2</sup>—11 Uhr bei Thomsen, Querenauerstr. 30: Sitznachricht der Abgeordneten zur Generalversammlung. — Filiale Berlin VI. Heute Sonnabend, den 13. Mai, abends von 8—11 Uhr bei Dietz, Adlerstr. 123: Sitznachricht zur außerordentlichen Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig. — Filiale Charlottenburg. Heute Sonnabend, den 13. Mai, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Sitznachricht der Delegierten.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 14. Mai, vorm. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Bürgerlaube des Rathauses, Umgang Königsstr. 15—18: Versammlung, „Freiwillige Vorlesung“. — Am 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags in der Schul-Aula, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Frei. Ida Altmann: „Der stillesse Wert der Arbeit“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein ehemaliger Güterhober zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonnabend abends 9 Uhr im Rühlerhaus, Kaiser Wilhelmstr. 12m: Sitzung. Gäste willkommen. Der Vorstand.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, hält am Sonntag vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: Schillers „Malfeyer“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Die öffentliche Dienstboten-Versammlung findet am Dienstag, den 16. Mai, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Buggenbogen, am Kochplatz, statt. Herr E. Ragenstein wird über das Thema sprechen: „Die Forderungen der Dienstboten an die Gesetzgebung“. Nach dem Vortrage Diskussion. Eintritt frei für jedermann.

## Vermischtes.

Schiller als Schutzgeist des Militarismus. Das Unmögliche ist in Siehe n möglich gemacht worden: Wie das „Siehener Anstaltblatt“ meldet, wurde dort am Schillertage bei der Parole-Ausgabe jedem Soldaten des Regiments eine eigens für diesen Zweck hergedruckte Broschüre überreicht, worin auf Schillers Schöpfungen, die den Wehrstand, das Soldatenleben und die Vaterlandsliebe behandeln, hingewiesen wird. U. a. sind in der Schrift das Gedicht „Die Schlacht“ und einzelne Stellen aus „Wallensteins Lager“ abgedruckt.

Nach diesem Muster könnte etwa Heinrich Heine für das Rudertum aller Schattierungen ausgeschlachtet werden. Aber interessant ist das Siehener Experiment und interessant wäre, die zusammengestoppelte Broschüre zu Gesicht zu bekommen. Einzelne Kapitel müßten lauten: Schiller und die Soldatenmännchen, „Schiller und die Militärjustiz“ usw. Ob der Literatur-Feldwebel den Soldaten auch erzählt, daß Schiller das Recht auf Revolution predigt und daß er den Tyrannenmord verherrlicht?

Die Montignoso-Affäre. Der neue Vertrag, den der sächsische Justizminister Dr. Otto mit der Gräfin Montignoso in Florenz vereinbart hat, und der jetzt der Genehmigung des Königs von Sachsen unterliegt, die unzweifelhaft erfolgen wird, weist folgende Hauptpunkte auf: 1. Die Gräfin verzichtet auf die sächsische Staatsangehörigkeit. 2. Sie liefert die Prinzessin Pia Monica ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Vertrages an den sächsischen Hof aus. 3. Die Gräfin erhält eine monatlich zahlbare jährliche Rente von 40 000 M. (früher 30 000 M.). 4. Der sächsische Hof gibt der Gräfin Gelegenheit, alljährlich ihre Kinder zu sehen. Der Vertrag ist zustande gekommen durch einen Briefwechsel des Großherzogs von Toskana mit dem König von Sachsen, ferner durch den Einfluß der langjährigen Fremdin der ehemaligen Kronprinzessin, der Gräfin Jucker, die schon in Wartegg in der Schweiz weilte und sich jetzt in Florenz aufhält. Zur späteren Auslieferung der Prinzessin Pia Monica hat sich die Gräfin Montignoso nur auf die Aussicht hin entschlossen, ihre übrigen Kinder wiedersehen zu dürfen. — Gräfin Montignoso fliehet im Sommer nach der Insel Wight über.

Durch den Tornado, der in der Stadt Snyder, Ameriko, toltete, wurden 125 Personen getötet und 150 verletzt. Die Stadt, die 1000 Einwohner zählte, ist fast gänzlich zerstört. Großer Schaden wurde auch an der Eisenbahn angerichtet; die Hauptlinie nach San Francisco ist unterbrochen. Zur selben Zeit wurden in dem Stadtgebiet von Duxter, einige Meilen südlich von Snyder, 80 Personen getötet.

Bei dem Eisenbahnunglück bei Harrisburg auf der Pennsylvania-Bahn wurden nach neueren Feststellungen gegen 20 Personen getötet und 70 verletzt.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Hbr.

H. G. Prinzessinnen 16. Sind Sie bei Unterdruck auf das Werk „großjährig gemessen, so ist leider ein Rücktritt unumgänglich. — G. S. 1.—3. Ein Heiligtum für solchen innerhalb eines Jahres nach der Hochzeit zu stellen. Rücktrittsantrag finden Sie S. 606 und 601 bei in den öffentlichen Versteigerungen ausliegenden „Arbeiterrecht“. Die Hälfte des Betrages der gestellten Renten wird zurückgezahlt. 4. Ist die Wohnung gesundheitsgefährdend, so steht dem Mieter das Recht zu, den Vertrag aufzulösen und Schadenersatz zu begehren. Klagen Sie, falls eine Einigung nicht zustande kommt, beim Amtsgericht auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz. — W. R. 9. Der Kassenführer darf Ihnen für den Fall eines Gewinnes (Kassenüberschuss) Rückstellungen machen Sie nichts. — R. W. 51. Der bei Entlassung der Sie freigesprochenen Urteils vom Jahre 1873 bestehende Rechtszustand ist nicht geändert. Die Verurteilten können auf das damalige Erkenntnis Bezug nehmen und Sie als Neuen benennen. — H. R. 65. Ihre Frau möchte mündlich oder schriftlich den Antrag auf Vornahme der Zwangsabrechnung stellen. — R. W. 5. 1. Sind Sie vollständig, so sind Sie nicht für Mann zur Heirat verpflichtet. 2. Die Ehescheidung ist möglich. — H. R. 6. 1. und 2. Ja. — G. S. 23. Wenn Sie nicht innerhalb sechs Wochen nach dem Tode auf die Erbschaft in gültiger Weise verzichtet haben, sind Sie zur Zahlung der Kosten verpflichtet. — W. R. 6071. Wenn Sie überreicht sind, können Sie nachträglich dagegen nichts machen. Es lag bei Ihnen, bei dem Eintritte vor einem halben Jahr für die Bank genauger anzusehen. — W. R. 32. 1. und 2. Wahrscheinlich. 3. Ein Anwalt ist beim Rechts-Verschleppungsdami nicht erforderlich. Wenden Sie sich an das Reichs-Arbeitsministerium, Angelegenheit 15. — Wemel. G. D. Zeit. — R. W. 1099. 1. Rein. 2. Ja.